

ANTRAGSBUCH TEIL 2

WEITERE ANTRÄGE

Mit den Empfehlungen der Antragskommission

Arbeit / Wirtschaft	66
Bauen / Wohnen	72
Bezirke	80
Bildung	82
Europa	85
Finanzen	100
Gesundheit	106
Gleichstellung	107
Inneres / Recht	109
Inneres / Verwaltung	118
Integrationspolitik	122
Kinder / Jugend / Familie	123
Kultur	124
Medien	125
Netzpolitik	126

Die im Antragsbuch mit (K) gekennzeichneten Empfehlungen der Antragskommission wurden im Konsens ausgesprochen (siehe Konsensliste).

01 **ARBEIT / WIRTSCHAFT**

02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

Wiedervorlage Antrag 17/I/2012
Vertagt vom Landesparteitag 09.06.2012
KDV Reinickendorf
Der Landesparteitag möge beschließen:

Mehr öffentlichen Einfluss auf die Energienetze gewinnen
Die Privatisierung der Bewag und insbesondere die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe sind Beispiele, die eindrucksvoll verdeutlichen, dass eine staatliche Einflussnahme im Sinne der öffentlichen Daseinsvorsorge bei privatrechtlichen Unternehmensstrukturen nur sehr begrenzt umsetzbar ist und nicht den Unternehmenszielsetzungen, wie Profitmaximierung entgegenstehen dürfen.

Daher werden die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die SPD-Mitglieder des Senats aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass gegenüber dem Koalitionspartner mit Nachdruck die staatliche Einflussnahme bei der Neuvergabe der auslaufenden Konzessionsverträge für die Energienetze (Gas, Strom, Wärme) eingefordert wird, damit die Energieversorgung als ein wichtiger Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge gesichert wird. Ziel ist es mehr Einfluss auf die Strukturen, die Preis-, Investitions- und Unternehmenspolitik des zukünftigen Verteilnetzbetreibers zu nehmen und eine langfristige nachhaltige Energieversorgung gegenüber kurzfristigen Unternehmenszielen durchzusetzen. Diese Einflussnahme ist nur über eine Beteiligung an den Netzen durch das Land zu erreichen.

Wiedervorlage Antrag 31/I/2012 (Vertagt vom Landesparteitag 09.06.2012)
KDV Friedrichshain-Kreuzberg
Der Landesparteitag möge beschließen:
Der Bundesparteitag möge beschließen:

Tarifliche Gleichstellung für kirchliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Die SPD-Abgeordneten im Bundestag und in den Landesparlamenten sowie die sozialdemokratischen Vertreterinnen und Vertreter in den Landesregierungen werden deshalb aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Sonderbestimmungen für das ArbeitnehmerInnenrecht in kirchlichen Einrichtungen, die zum Beispiel die Zulässigkeit des "Dritten Weges" in der ArbeitnehmerInnenvertretung regeln, aufgehoben werden. Der "Dritte Weg" darf Tarifverträge nicht verhindern.

Für alle Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen muss das Betriebsverfassungsgesetz in vollem Umfang gültig sein. Für alle nicht direkt glaubensbezogenen Tätigkeiten von kirchlichen Beamtinnen und Beamten muss das Personalvertretungsgesetz gelten.

Wiedervorlage Antrag 17/I/2012
Erledigt durch Beschlusslage (K)

Wiedervorlage Antrag 31/I/2012
Annahme (K)

01 **Wiedervorlage Antrag 32/I/2012 (Vertagt vom Landespar-**
02 **teitag 09.06.2012)**

03 **AfA LAK**

04 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

05 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

06

07 Für 1,3 Mio. Beschäftigte in den kirchlichen Einrichtungen
08 Deutschlands gilt ein besonderes Arbeitsrecht, welches
09 durch den so genannten „Dritten Weg“ gekennzeichnet ist.
10 Als „Dritter Weg“ gilt die einvernehmliche Gestaltung der
11 Arbeitsvertragsrichtlinien und der Vergütung in Kommissio-
12 nen. Ausgeschlossen sind dabei Grund- und Menschenrech-
13 te wie etwa das Streikrecht. Auch die Mitbestimmung der
14 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Betriebs-
15 /Personalräte) ist stark eingeschränkt bzw. nicht vorhanden.
16 Es ist verständlich, wenn es Sonderregeln bei Pfarrern und
17 anderen direkt glaubensbezogenen Tätigkeiten gibt, nicht
18 jedoch bei Pflege- oder Reinigungspersonal in Heimen und
19 anderen Pflegeeinrichtungen. Hier hat der Glaube nichts mit
20 der ausgeübten Aufgabe und den Arbeitsbedingungen zu
21 tun. Es ist deshalb moralisch und ethisch nicht hinnehmbar,
22 dass es in unserer Gesellschaft Beschäftigte gibt, welche auf
23 Grund eines glaubensbedingten Sonderstatus des Arbeitge-
24 bers wichtiger Arbeitnehmerrechte beraubt sind.
25 Dadurch, dass viele Arbeitnehmerrechte im "Dritten Weg"
26 keine Gültigkeit haben, bestehen für wirtschaftlich tätige
27 Institutionen der Kirchen Wettbewerbsvorteile auf Kosten
28 der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Löhne bis
29 zu 20% unter dem Durchschnitt vergleichbarer weltlicher
30 Betriebe liegen. Viele kirchliche Einrichtungen drücken so
31 die Löhne nach unten. Um im Wettbewerb bestehen zu
32 können, sind die nicht-kirchlichen Mitbewerber gezwungen
33 ebenfalls die Löhne zu senken. Dies führt zu einer Lohnspira-
34 le nach unten.

35 Als juristische Begründung für den „Dritten Weg“ wird Arti-
36 kel 140 Grundgesetz in Verbindung mit Artikel 137 Absatz 3
37 Weimarer Reichsverfassung herangeführt. Mit dieser Zubil-
38 ligung von Selbstverwaltungs- und Selbstordnungsrechten
39 ist jedoch nicht zu begründen, dass sich die Sonderstellung
40 der Kirchen in Bereiche erstreckt, die nichts mit dem Glau-
41 ben zu tun haben, sondern vielmehr rein wirtschaftlicher
42 Natur sind.

43 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzten sich für
44 die Umsetzung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Ar-
45 beit“ ein. Die SPD-Abgeordneten im Bundestag und in den
46 Landesparlamenten sowie die SPD-Vertreter in den Landes-
47 regierungen werden deshalb aufgefordert, sich dafür einzu-
48 setzen, dass die Sonderbestimmungen für das Arbeitsrecht
49 in kirchlichen Einrichtungen, die zum Beispiel die Zulässig-
50 keit des "Dritten Weges" in der Arbeitnehmervertretung
51 regeln, aufgehoben werden. Der "Dritte Weg" darf Tarifver-
52 träge nicht verhindern. Für alle Beschäftigten in kirchlichen
53 Einrichtungen muss das Betriebsverfassungsgesetz im vollen
54 Umfang gültig sein. Für alle nicht direkt glaubensbezogenen
55 Tätigkeiten von kirchlichen Beamten muss das Personalvert-
56 retungsgesetz gelten.

57

58

59

60

61

62

Wiedervorlage Antrag 32/I/2012

Erledigt bei Annahme 31/I/2012 (K)

01 **Wiedervorlage Antrag 33/I/2012**

02 **Vertagt vom Landesparteitag 09.06.2012**

03 **KDV Marzahn-Hellersdorf**

04 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

05 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

06

07 **Kirchliches Arbeitsrecht - Abschaffung des „Dritten Weges“**

08 Für 1,3 Mio. Beschäftigte in den kirchlichen Einrichtungen

09 Deutschlands gilt ein besonderes Arbeitsrecht, welches

10 durch den sogenannten „Dritten Weg“ gekennzeichnet ist.

11 Als „Dritter Weg“ gilt die einvernehmliche Gestaltung der

12 Arbeitsvertragsrichtlinien und der Vergütung in Kommissionen.

13 Ausgeschlossen sind dabei Grund- und Menschenrechte wie etwa das Streikrecht.

14 Auch die ArbeitnehmerInnenmitbestimmung (Betriebs-/Personalräte) ist stark eingeschränkt bzw. nicht vorhanden.

15 Es ist verständlich, wenn es Sonderregeln bei Pfarrern und

16 anderen direkt glaubensbezogenen Tätigkeiten gibt, nicht

17 jedoch bei Pflege- oder Reinigungspersonal in Heimen und

18 anderen Pflegeeinrichtungen. Hier hat der Glaube nichts mit

19 der ausgeübten Aufgabe und den Arbeitsbedingungen zu

20 tun. Es ist deshalb moralisch und ethisch nicht hinnehmbar,

21 dass es in unserer Gesellschaft Beschäftigte gibt, welche auf

22 Grund eines glaubensbedingten Sonderstatus des Arbeitgebers

23 wichtiger Arbeitnehmerrechte beraubt sind.

24

25

26

27 Dadurch, dass viele Arbeitnehmerrechte im "Dritten Weg"

28 keine Gültigkeit haben, bestehen für wirtschaftlich tätige

29 Institutionen der Kirchen Wettbewerbsvorteile auf Kosten

30 der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Löhne bis

31 zu 20% unter dem Durchschnitt vergleichbarer weltlicher

32 Betriebe liegen. Viele kirchliche Einrichtungen drücken so

33 die Löhne nach unten. Um im Wettbewerb bestehen zu

34 können, sind die nicht-kirchlichen Mitbewerber gezwungen

35 ebenfalls die Löhne zu senken. Dies führt zu einer Lohnspirale

36 nach unten.

37

38 Als juristische Begründung für den „Dritten Weg“ wird Artikel

39 140 Grundgesetz in Verbindung mit Artikel 137 Absatz 3

40 Weimarer Reichsverfassung herangeführt. Mit dieser Zuzulassung

41 von Selbstverwaltungs- und Selbstordnungsrechten

42 ist jedoch nicht zu begründen, dass sich die Sonderstellung

43 der Kirchen in Bereiche erstreckt, die nichts mit dem Glauben

44 zu tun haben, sondern vielmehr rein wirtschaftlicher

45 Natur sind.

46

47 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzten sich für

48 die Umsetzung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“

49 ein. Die SPD-Abgeordneten im Bundestag und in den

50 Landesparlamenten sowie die SPD-Vertreter in den Landesregierungen

51 werden deshalb aufgefordert, sich dafür einzusetzen,

52 dass die Sonderbestimmungen für das ArbeitnehmerInnenrecht

53 in kirchlichen Einrichtungen, die zum Beispiel die Zulässigkeit

54 des "Dritten Weges" in der Arbeitnehmervertretung regeln,

55 aufgehoben werden. Der "Dritte

56 Weg" darf Tarifverträge nicht verhindern.

57 Für alle Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen muss das

58 Betriebsverfassungsgesetz im vollen Umfang gültig sein. Für

59 alle nicht direkt glaubensbezogenen Tätigkeiten von kirchlichen

60 Beamten muss das Personalvertretungsgesetz gelten.

61

62

Wiedervorlage Antrag 33/I/2012

Erledigt bei Annahme 31/I/2012 (K)

01 **Wiedervorlage Antrag 47/I/2012**
02 **Vertagt vom Landesparteitag 09.06.2012**
03 **Abt. 61 | Friedrichshain-Kreuzberg**
04 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
05
06 **Unterstützung der Bezirke bei der Wahrnehmung des Vor-**
07 **kaufsrechts gem. § 24 Abs. 1 BauGB in Erhaltungssatzungs-**
08 **gebieten (Milieuschutz gem. § 172 BauGB)**
09 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhaus-
10 ses von Berlin und des Senats von Berlin werden aufgefor-
11 dert,
12 ▪ dafür zu sorgen, dass der Senat unverzüglich ein Kon-
13 zept zur Förderung der Wahrnehmung des Vorkauf-
14 rechts nach § 24 Abs. 1 BauGB in Erhaltungssatzungs-
15 gebieten gem. § 172 BauGB Abs.1 Satz 1 Nr. 2 u. Abs. 4
16 durch die Bezirke vorlegt;
17 ▪ eine Finanzierung einer entsprechenden Vorkauf-
18 rechtsausübung der Bezirke aus dem Landeshaushalt
19 sicherzustellen;
20 ▪ dabei die jahrelangen positiven Erfahrungen der Stadt
21 München mit der dortigen Praxis der Vorkaufrechts-
22 wahrnehmung zu nutzen;
23 ▪ zu prüfen, ob mit der Durchführung des Erwerbs und
24 der Wiederveräußerung von Grundstücken bzw. Teilei-
25 gentum/Wohnungen gem. § 27 Abs. 1 BauGB i. V. m.
26 § 172 BauGB ein geeignetes, bspw. Wohnungsunter-
27 nehmen des Landes zu beauftragen ist oder nach Mün-
28 chener Vorbild eine Immobilienagentur gegründet
29 werden sollte.

30
31 **Antrag 05/II/2012**
32 **KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**
33 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
34 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
35

36 **Das sozialdemokratische Wahlprogramm zu den nächsten**
37 **Bundestagswahlen soll folgende Forderungen enthalten:**
38 1. Der Rechtsanspruch auf Verringerung der Arbeitszeit
39 nach § 8 Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) soll auf
40 das Recht zur Rückkehr von Teilzeitbeschäftigten auf
41 ein Vollzeitarbeitsverhältnis erstreckt werden (z.B.
42 Rechtsanspruch auf befristete Arbeitszeitreduzierung).
43
44 2. Die sozialrechtliche und steuerrechtliche Begünstigung
45 der Minijobs ist durch Gleichstellung mit anderen Ar-
46beitsverhältnissen zu beenden.

47
48 **Antrag 06/II/2012**
49 **ASG Berlin**
50 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
51 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
52

53 **Pflege aufwerten – mehr Gehalt für Pflegepersonal!**
54 Seit Jahren wird postuliert, wie wichtig qualitätssichernde
55 und patientenorientierte Pflege sei und dass diese aufge-
56wertet werden solle. Tatsächlich bilden die Einkommen der
57 Pflegerinnen und Pfleger deren hohe gesellschaftliche Be-
58 deutung in keiner Weise ab. Daher werden wir dafür sorgen,
59 dass die Ausbildungsvergütung und die Gehälter in der
60 Kranken- und Altenpflege erheblich angehoben werden:
61 1. In der nächsten Regierungsverantwortung im Bund
62 wird sich die SPD dafür einsetzen, dass ein zielgenaues

Wiedervorlage Antrag 47/I/2012
Annahme (K)

Antrag 05/II/2012
Annahme (K)

Antrag 06/II/2012
Annahme (K)

- 01 Programm zur dauerhaften Anhebung der Ausbil-
02 dungsvergütungen und der Gehälter der Pflegenden
03 um 30 % führt.
04 2. Die SPD wird sich darüber hinaus dafür einsetzen, dass
05 Schülerinnen und Schüler in der Pflegeausbildung kein
06 Schulgeld bezahlen müssen.
07 3. Zur Finanzierung werden die Beitragssätze in der sozia-
08 len Pflegeversicherung und in der gesetzlichen Kran-
09 kenversicherung angepasst.
10 4. Es wird dafür Sorge getragen, dass die Mehrmittel
11 ausschließlich in höhere Gehälter der Pflegenden flie-
12 ßen.

13 **Antrag 07/II/2012**

14 **KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**

15 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

16 **Der Parteikonvent möge beschließen:**

17 **Der Bundesparteitag möge beschließen**

18 **Pflege aufwerten durch gerechte Entlohnung im Gesund-** 19 **heitswesen**

20 Wir fordern, dass sich die SPD in der nächsten Regierungs-
21 verantwortung dafür einsetzen wird, dass die Ausbildungs-
22 vergütung und die Gehälter in der Kranken- und Altenpflege
23 erheblich angehoben werden. Ein zielgenaues Programm
24 soll dazu führen, dass die Ausbildungsvergütungen und die
25 Gehälter der Pflegenden dauerhaft angehoben werden und
26 Schülerinnen und Schüler in der Pflegeausbildung kein
27 Schulgeld bezahlen müssen. Dabei muss sichergestellt sein,
28 dass die Mehrmittel ausschließlich in höhere Gehälter der
29 Pflegenden fließen.
30
31
32

33 **Antrag 08/II/2012**

34 **AG Migration**

35 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

36 **Verbesserung der Rahmenbedingungen für ethnische Öko-** 37 **nomien und interkulturelle Öffnung der Arbeitsmarktpoli-** 38 **itik in Berlin**

- 39
40 1. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordne-
41 tenhauses werden aufgefordert, einen Antrag einzu-
42 bringen, der die Senatorin für Wirtschaft, Technologie
43 und Forschung auffordert, ein Aktionsprogramm für
44 den Landeshaushalt 2014/15 zu erarbeiten, das die
45 Rahmenbedingungen für ethnische Ökonomien und
46 die interkulturelle Öffnung der Arbeitsmarktpolitik in
47 Berlin stärkt.
48 2. Der Landesvorstand der Berliner SPD wird aufgefor-
49 dert, eine Konferenz zum Thema „Ethnische Ökono-
50 mien in Berlin“ unter Beteiligung von Verbänden und
51 Organisationen der Zivilgesellschaft unter Federfüh-
52 rung der LAG Migration und Vielfalt der Berliner SPD
53 zu veranstalten.
54 3. Die Berliner SPD unterstützt die Senatsverwaltung für
55 Arbeit, Integration und Frauen bei der Umsetzung des
56 Programms BerlinArbeit im Handlungsfeld „Interkultu-
57 relle Öffnung der Arbeitsmarktpolitik“.
58 4. Die Arbeit im Arbeitskreis „Migration und Wirt-
59 schaft“ der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Techno-
60 logie und Forschung mit dem Landesbeirat für Integra-
61 tion und zivilgesellschaftlichen AkteurInnen soll durch
62 eine Internetpräsenz, gemeinsame Erklärungen und

Antrag 07/II/2012

Erledigt bei Annahme Antrag 06/II/2012 (K)

Antrag 08/II/2012

Annahme (K)

- 01 Positionspapiere sichtbar gemacht und dadurch mit
02 mehr politischem Gewicht versehen werden.
03 5. Die IHK und die Handwerkskammer sollen in den Pro-
04 zess der Verbesserung der Rahmenbedingungen für
05 ethnische Ökonomien einbezogen werden.

06
07 **Antrag 09/II/2012**

08 **AG Migration**

09 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

10
11 **Zielvorgaben des Senats zur Erhöhung des Anteils von**
12 **Beschäftigten mit Migrationshintergrund erfüllen**

13 Im Rahmen des Partizipations- und Integrationsgesetzes
14 wurde im § 4 Abs. 5 festgelegt, dass der Senat Zielvorgaben
15 zur Erhöhung des Anteils der Beschäftigten mit Migrations-
16 hintergrund und Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung
17 festlegt. Wir fordern die Mitglieder des Senats auf, dieser
18 Aufgabe nachzukommen.

19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

Antrag 09/II/2012

Erledigt bei Annahme Antrag 08/II/2012 (K)

01 **BAUEN / WOHNEN**

05 **Antrag 10/II/2012**

06 **AG 60 plus**

07 **Der Landesparteitag möge beschließen;**

08 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

10 **Seniorenerechte Zusatzangebote bei Mietwohnungen**

11 Die SPD-Fraktion auf Landes- und Bundesebene wird aufge-
12 fordert, dafür zu sorgen, dass dem zunehmenden Bedarf
13 alter und behinderter Menschen an abschließbaren, barriere-
14 frei zugänglichen Räumen für Mobilitätshilfen, u. a. Roll-
15 stühle, Rollatoren bei Mietwohnungen entsprochen wird.

18 **Antrag 11/II/2012**

19 **KDV Steglitz-Zehlendorf**

20 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

22 **Seniorenerechte Zusatzangebote bei Mietwohnungen**

23 Die SPD Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus wird aufge-
24 fordert, die gesetz- und verordnungsmäßigen Vorausset-
25 zungen dafür zu schaffen, dass in Miethäusern barrierefrei
26 zugängliche Räume für Mobilitätshilfen, u. a. Rollstühle,
27 Rollatoren eingerichtet werden.

29 **Antrag 12/II/2012**

30 **AG 60 plus**

31 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

32 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

34 **Aufhebung des Rückbauebots**

35 Es werden gesetzgeberische Voraussetzungen geschaffen,
36 um Vermieter daran zu hindern, in jedem Fall Wohnungs-
37 rückbauten von senioren- und behindertengerechten Um-
38 bauten zu verlangen.

40 **Antrag 13/II/2012**

41 **ASJ**

42 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

44 **Sicherung einer gemeinwohlorientierten Liegenschaftspoli- 45 tik**

46 Die aktuelle und künftige städtebauliche Entwicklung Ber-
47 lins, insbesondere auch die Wohnsituation in der Stadt, wird
48 maßgeblich bestimmt durch die Liegenschaftspolitik und die
49 Nutzung denkbarer Instrumente zur Regulierung des Städ-
50 tebaus. Zwischen Liegenschaftspolitik, Stadtpla-
51 nung/Städtebau und Wohnsituation besteht somit ein enger
52 Zusammenhang.

54 **1. Zur Bedeutung der Liegenschaftspolitik**

55 Ein Blick auf die geschichtliche Entwicklung der Staatswesen
56 verdeutlicht die Bedeutung von Liegenschaften für die staat-
57 liche Machtstellung. Eigentum an Grund und Boden war
58 lange wesentliche Grundlage der Herrschaftsgewalt. Noch
59 das geteilte Deutschland war einerseits weitgehend von
60 Privateigentum an Grund und Boden geprägt mit einer
61 Verpflichtung zum Gebrauch unter Wahrung der Interessen
62 der Gemeinschaft nach Art. 14 GG der BRD, andererseits

Antrag 10/II/2012

Annahme in der Fassung der AK (K)

Seniorenerechte Zusatzangebote bei Mietwohnungen

Die SPD-Fraktion auf Landes- und Bundesebene wird aufge-
fordert, zu prüfen, dass dem zunehmenden Bedarf alter und
behinderter Menschen an abschließbaren, barrierefrei zu-
gänglichen Räumen für Mobilitätshilfen, u. a. Rollstühle,
Rollatoren bei Mietwohnungen entsprochen wird.

Antrag 11/II/2012

Erledigt bei Annahme Antrag 10/II/2012 (K)

Antrag 12/II/2012

Annahme in der Fassung der AK (K)

Aufhebung des Rückbauebots

Es werden gesetzgeberische Voraussetzungen geschaffen,
um Vermieter daran zu hindern, Wohnungsrückbauten von
senioren- und behindertengerechten Umbauten zu verlan-
gen.

Antrag 13/II/2012

Überweisung an AH-Fraktion (K)

01 weit überwiegend von staatlichem Eigentum an Grund und
02 Boden mit eng begrenztem Recht auf privates Grundeigen-
03 tum. Gerade in Berlin, wo es diese unterschiedlichen
04 Grundvorstellungen in einer Stadt zusammenzuführen galt
05 und gilt, besteht eine besondere Verpflichtung, im Interesse
06 des Gemeinwohls sorgsam mit den verbliebenen staatlichen
07 Ressourcen an Grund und Boden umzugehen.

08
09 Eigentum des Landes Berlin an Grund und Boden ist von
10 zentraler Bedeutung für die städtebauliche Entwicklung
11 Berlins. Noch im Eigentum der öffentlichen Hand verbliebe-
12 ne Liegenschaften des Landes müssen als Instrumente der
13 notwendigen und möglichst weitsichtigen Steuerung von
14 Infrastrukturmaßnahmen genutzt werden und deshalb im
15 Landeseigentum verbleiben. Sie sind für die Realisierung der
16 gegenwärtigen und künftigen Aufgaben des Landes im Inte-
17 resse des Gemeinwohls vorzuhalten. Dies gilt insbesondere
18 für wichtige staatliche Vorhaben bei der Daseinsvorsorge,
19 etwa im Bereich Wohnen und Erholung.

20
21 Um seine städtebaulichen Ziele und seine sozialen Aufgaben
22 erfüllen zu können, muss das Land Berlin sein Eigentum an
23 Grund und Boden nicht nur erhalten, sondern auch die
24 Möglichkeit haben, von anderen staatlichen oder unter
25 staatlicher Aufsicht stehenden Stellen insbesondere des
26 Bundes zu Sonderbedingungen Grundeigentum zu erwerben.
27 Nur eine so ermöglichte, vorausschauende Liegen-
28 schaftspolitik kann sonst in der Zukunft drohende, kostspie-
29 lige und rechtlich stets nur als äußerster Notbehelf zulässige
30 Enteignungen zur Durchsetzung der gebotenen Stadtent-
31 wicklung vermeiden und staatliche Gestaltungsmöglichkei-
32 ten auch für Berlin als Hauptstadt Deutschlands sichern.

33 34 **2. Verletzung des Wirtschaftlichkeitsgebotes des GG durch** 35 **Privatisierungen**

36 Entgegen der Ansicht des Senators der Finanzen ist der
37 Verkauf von staatlichen Liegenschaften aus Wirtschaftlich-
38 keitsgründen nicht geboten, selbst wenn diese derzeit nicht
39 dringend benötigt werden. Ein solcher Verkauf verletzt
40 vielmehr das für jedes Handeln der öffentlichen Hand gel-
41 tende Wirtschaftlichkeitsgebot aus Art. 114 Abs. 2 GG. Für
42 diesen Wirtschaftlichkeitsbegriff ist nicht die Erwirtschaft-
43 ung eines materiellen Gewinns, nicht die Höhe des finanzi-
44 ellen Ertrages im Verhältnis zu dem veräußerten Gut, ent-
45 scheidend. Maßgeblich ist der Nutzen, den die Allgemei-
46 heit im Rahmen der Erfüllung staatlicher Aufgaben erlangt.

47
48 Wegen der großen Bedeutung der Liegenschaften für die
49 Erfüllung von öffentlichen Aufgaben, wegen ihrer Funktion
50 als Steuerungsinstrument für die städtebauliche Entwick-
51 lung und ihrer vorgeschriebenen Nutzung im Interesse des
52 Gemeinwohls ist grundsätzlich davon auszugehen, dass die
53 Vorhaltung von staatlichem Grundeigentum eher im öffent-
54 lichen Interesse liegt als dessen Verkauf. Daher ist in jedem
55 Einzelfall zu prüfen, ob ein Verkauf geboten ist und nicht
56 eine Nutzung in anderer Form einem Verkauf an einen In-
57 vestor vorzuziehen ist, etwa eine Vergabe eines Grund-
58 stücks in Erbpacht.

59
60 Ohnehin ist die Erzielung von Einnahmen kein Grund für
61 einen Verkauf von staatlichen Liegenschaften, da der Staat
62 seine Aufgaben aus Steuereinnahmen zu finanzieren hat,

01 nicht aus wirtschaftlicher Betätigung, insbesondere aber
02 nicht aus dem nur einmal möglichen Verkauf von Vermö-
03 gensgegenständen.

04
05 Daher ist im Zweifel von der Unwirtschaftlichkeit jedes
06 Verkaufs von öffentlichem Grundeigentum auszugehen, da
07 dieses endgültig dem staatlichen Einfluss entzogen wird und
08 als Mittel zur Realisierung des Gemeinwohls entfällt. Beim
09 Liegenschaftsverkauf ist das von besonderer Tragweite, da
10 diese Vermögenswerte nur begrenzt vorhanden sind und für
11 wichtige Aufgaben der gegenwärtigen und künftigen Da-
12 seinsvorsorge, wie öffentliche Anlagen, Wohnungsbau,
13 Verkehrs- und Erholungsflächen, Verwaltungs- und Kultur-
14 bauten, benötigt werden und vorzuhalten sind.

15
16 **3. Sicherung einer gemeinwohlorientierten Liegenschafts-**
17 **politik**

18 Eine gemeinwohlorientierte Liegenschaftspolitik sollte
19 durch ausdrückliche Verankerung in der Landesverfassung
20 dauerhaft und eindeutig gesichert werden. Das würde die
21 Privatisierung von staatlichem Grundeigentum nachhaltig
22 erschweren.

23
24 Die öffentlichen Interessen können auch durch das Instru-
25 ment der Bauleitplanung gesichert werden. Dagegen darf die
26 Planung nicht umgekehrt genutzt bzw. missbraucht werden,
27 um den Wert der Liegenschaften in die Höhe zu treiben,
28 einen Verkauf vertretbar erscheinen zu lassen und einen
29 höheren Erlös bei Veräußerung zu erzielen.

30
31 Mit dem Verkauf verliert das Land das Instrument der städ-
32 tebaulichen Planung, weil eine spätere Beplanung, welche
33 etwa die Nutzbarkeit reduziert, dann i. d. R. nur gegen Ent-
34 schädigung möglich ist. Zudem behält das Land, solange es
35 Eigentümer ist, die Möglichkeit, außerhalb der Planung eine
36 Nutzung zu sichern, die den Bedürfnissen weiter Kreise der
37 Bevölkerung entspricht (z.B. sozialer Wohnungsbau statt
38 Luxuswohnungen).

39
40 **4. Sicherung einer gemeinwohlorientierten Liegenschafts-**
41 **politik im Falle von Liegenschaften des Bundes und der**
42 **Bahn**

43 Eine gemeinwohlorientierte Liegenschaftspolitik muss ins-
44 besondere in Bezug auf die Liegenschaften des Bundes und
45 der DB AG verfolgt werden, die in Berlin einen großen Teil
46 der Flächen der öffentlichen Hand ausmachen.

47
48 a) Liegenschaften des Bundes allgemein

49
50 Diese Flächen unterliegen in der Regel einer öffentlichen
51 Zweckbindung. Dem wird die Unterscheidung zwischen
52 Verwaltungsvermögen und Finanzvermögen nicht immer
53 gerecht: Grundstücke, die auf Bundesebene für öffentliche
54 Zwecke nicht mehr benötigt werden, können auf Ebene des
55 Landes oder der Bezirke für öffentliche Zwecke dringend
56 gebraucht werden. Es kann nicht im Gemeinwohl liegen,
57 wenn diese Liegenschaften vom Bund zur Gewinnerzielung
58 verkauft werden; denn das Gemeinwohl ist nicht teilbar.

59
60 Liegenschaften in Staateigentum sind oftmals mithilfe von
61 Enteignung in dieses Eigentum gelangt. Ihnen haftet dann
62 seit dem Entzug des Privateigentums zugunsten vordringli-

01 cher Gemeinwohlinteressen eine besondere Gemeinwohl-
02 verantwortung an, die das öffentliche Eigentum dauerhaft
03 prägt und berücksichtigt werden muss.

04
05 Allgemein geht man heute für planfestgestellte Infrastruk-
06 turanlagen vom Bestehen einer staatlichen Infrastruktur-
07 verantwortung aus. Diese folgt gerade auch aus der Grund-
08 stücksbezogenheit der Infrastrukturnetze. Die Schwere des
09 Grundrechtseingriffs schließt es aus, diese Netze beliebig zu
10 errichten und wieder abzustoßen. Diese Anlagen sind daher
11 zu erhalten, auch wenn der Aufgabenträger oder die genaue
12 Zweckbestimmung sich im Laufe der Zeit geändert hat.
13 Aktuell ist z.B. die Nutzung ehemaliger Bahntrassen für
14 Energieversorgungsleitungen.

15
16 b) Liegenschaften der DB AG

17
18 Die Bahnanlagen der DB AG sind nahezu alle gegen Ende des
19 19. oder Anfang des 20. Jahrhunderts durch die Länder auf
20 Grund von Planfeststellung und Enteignung errichtet wor-
21 den. Das ehemalige Reichsbahngelände in den westlichen
22 Bezirken Berlins gilt daher als planfestgestellt und konnte
23 nicht Gegenstand der Bauleitplanung, etwa des Baunut-
24 zungsplanes, sein.

25
26 Im Jahre 1920 bei Übergang der Länderbahnen auf das
27 Reich auf Grund der Weimarer Reichsverfassung bestand
28 das Streckennetz im Wesentlichen schon. Das Reichseigen-
29 tumsgesetz von 1873 (REG) ordnete damals das Eigentum
30 an Vermögensgegenständen entsprechend dem Widmungs-
31 zweck dem Reich oder den Bundesstaaten zu. Es sah in § 6
32 REG aber einen Rückfall der vom Reich nicht mehr benötig-
33 ten Vermögensgegenstände an die Bundesstaaten vor.

34
35 Entsprechend kann auch heute, soweit für früheres Reichs-
36 bahngelände in Berlin die Zweckbestimmung auf Bundes-
37 ebene nicht aufrechterhalten wird, die (Rück-) Übertragung
38 der Eisenbahngrundstücke nur an das Land Berlin erfolgen.
39 Keinesfalls dürfen die Grundstücke am Land vorbei veräu-
40 ßert werden. Seit der Eisenbahnneuordnung von 1993 hält
41 die DB AG das Eigentum an ehemaligem Reichsbahngelände
42 als Treuhänder für den Bund. Anders kann jedenfalls Art.
43 87e GG nicht verstanden werden. Die DB AG unterliegt
44 daher, wenn der Widmungszweck durch den Bund nicht
45 mehr verfolgt wird, entsprechend dem Rechtsgedanken des
46 § 6 REG in Berlin der Pflicht zur (Rück)-Übertragung des
47 Eigentums an das Land Berlin.

48
49 Der sich aus allgemeinen Enteignungsgrundsätzen ergebende
50 Rechtsgedanke des § 6 REG konkretisiert sich z.B. auch
51 im Bundesfernstraßengesetz. Bei Bundesfernstraßengelän-
52 de leben mit dem Wegfall der zweckgebundenen Nutzung
53 des Bundes die Nutzungsrechte des Landes wieder auf, das
54 nicht durch Verkauf der Liegenschaft an der Wahrnehmung
55 seiner Rechte und Pflichten gehindert werden darf. Dies gilt,
56 damit die öffentliche Zweckbindung durch das Land auf-
57 rechterhalten werden kann, dessen Aufgabenträgerschaft
58 durch den Rückzug des Bundes wieder auflebt.

59
60 Im Falle der Eisenbahn knüpft das GG Aufgabenträgerschaft
61 des Bundes an dessen Eigentum. Gibt der Bund sein Eigen-
62 tum an der planfestgestellten Infrastruktur auf, lebt die

01 Aufgabenträgerschaft des Landes wieder auf. Wenn das
02 Land aber nicht Eigentümer wird, kann es seine mit der
03 Trägerschaft verbundenen Aufgaben nicht oder nur zu er-
04 schwerten Bedingungen durchsetzen (z. B. an Privat veräu-
05 ßertes Bahngelände in Wannsee, das kaum genutzter, teu-
06 rerer Privatparkplatz wurde). Die für die Infrastruktur des
07 Landes benötigten Grundstücke können daher nicht einfach
08 von der DB AG „verscherbelt“ werden.

09
10 Trotzdem erfolgt in Berlin eine Vermarktung der planfestge-
11 stellten von der DB nicht benötigten ehemaligen Reichs-
12 bahngrundstücke, die dem Land zurück zu übertragen wä-
13 ren, durch die DB AG und ihre Töchter unter rein ökonomi-
14 schen Gesichtspunkten. Bei diesen Verkäufen wird nicht
15 einmal der allgemein bei Veräußerung von Staatsvermögen
16 zu beachtende, oben unter 2. erörterte Wirtschaftlichkeits-
17 begriff i. S. d. GG beachtet. Die Interessen des Landes wer-
18 den völlig außer Acht gelassen.

19
20 Die Wahrnehmung der Länderinteressen wird in Bezug auf
21 diese Liegenschaften nach Gesetzesänderungen aus neuerer
22 Zeit noch gefährdet und erschwert, weil § 23 Allgemeines
23 Eisenbahngesetz (AEG) eine zügige Beseitigung der Bahnan-
24 lagen zugunsten von Investitionsvorhaben ermöglicht.

25
26 Berlin sollte daher grundsätzlich entscheiden, wie es sich im
27 Rahmen der Anhörung nach § 23 AEG positioniert, ob es
28 den Fortbestand der öffentlichen Zweckbestimmung
29 wünscht, ob es das öffentliche Eigentum des Landes an den
30 Grundstücken fordert und der Privatisierung der Infrastruk-
31 turanlagen entgegentritt. Gegebenenfalls ist die (Rück-)
32 Übertragung der betroffenen Bahnanlagen auf das Land zu
33 verfolgen.

34
35 Wegen der Bedeutung dieser Liegenschaften für die Stadt-
36 entwicklung kann das Land eigentlich auf seine Ansprüche
37 an diesen Liegenschaften nicht verzichten, sondern es muss
38 seine Rechte mit allen Mitteln durchzusetzen suchen. Der
39 (weiteren) Vermarktung der Eisenbahnanlagen durch den
40 Bund und die DB AG muss Berlin schon im Vorfeld entgegen-
41 treten.

42 43 **Antrag 14/II/2012**

44 **FA X - Natur, Energie, Umweltschutz**

45 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

46 47 **Erhalt der Gatower Rieselfelder Karolinenhöhe als Gebiet 48 für die Naherholung, für den Landschaftsschutz und eine 49 landwirtschaftliche Nutzung.**

50 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die
51 Mitglieder der SPD-Abgeordnetenhausfraktion werden
52 aufgefordert, sich bei den Berliner Wasserbetrieben (BWB)
53 dafür einzusetzen, dass die im Besitz der BWB befindlichen
54 Rieselfelder Karolinenhöhe auch in Zukunft ihre Funktionen
55 als Landschaftsschutzgebiet, aber auch als Nacherholungs-
56 gebiet und landwirtschaftliche Nutzfläche zu erfüllen. Das
57 Areal der Rieselfelder in der Größe des Tiergartens hat wich-
58 tige Funktionen für die ganze Stadt, deren Erhalt konkrete
59 Daseinsvorsorge bedeuten. Daher sollte ein in Diskussion
60 stehender Verkauf an Private unterbleiben.

61
62 Die BWB sind aufgefordert, unter Beteiligung der Betroffe-

Antrag 14/II/2012

Annahme (K)

01 nen vor Ort (Bürgern, dem Landschaftspflegeverband Span-
02 dau e.V. und den Landwirten, dem Bezirksamt Spandau, der
03 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt) ein
04 schon lange ausstehendes Nachnutzungskonzept und die
05 dazugehörige, konkrete Umsetzungsplanung (möglichst inkl.
06 Betreiberkonzept) vorzulegen. Dabei muss auch betrachtet
07 werden, welche Wirkungen von dieser fast 300 ha großen
08 Fläche als Naturraum bezüglich der klimatologischen Bedeu-
09 tung in Hinblick auf die Anpassung an den Klimawandel
10 (Kaltluftentstehung, Frischluftschneise usw.) und der hydro-
11 logischen Bedeutung in Bezug auf den Gewässerhaushalt
12 und die Bodenbeschaffenheit der angrenzenden Regionen
13 erwartet werden. Außerdem ist dieses Nachnutzungskon-
14 zept um ein Sanierungskonzept zu ergänzen, das sowohl
15 einen Finanzierungs- und Umsetzungsplan umfassen muss.

17 **Antrag 15/II/2012**

18 **FA X - Natur, Energie, Umweltschutz**

19 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

21 **Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel bei Park- 22 plätzen durch Änderung der Bauordnung**

23 Die SPD-Mitglieder im Senat und die SPD-Fraktion im Abge-
24 ordnetenhaus werden aufgefordert, durch eine Gesetzesini-
25 tiative die Bauordnung von Berlin dahingehend zu ergänzen,
26 dass bei größeren Parkplätzen (mindestens 8 Stellplätze) die
27 Anpflanzung von Bäumen (je 4 Stellplätze ein Baum) und die
28 Schaffung von Mulden/ Rigolen für die Regenwassersamm-
29 lung verlangt werden kann.

30
31 Die Temperaturen in Berlin werden bis 2050 um bis zu 2,5
32 Grad steigen. Diese absehbare Entwicklung erfordert so-
33 wohl verstärkt Maßnahmen des Klimaschutzes als auch der
34 Anpassung an den Klimawandel. Höhere Temperaturen,
35 insbesondere in Hitzeperioden, wirken sich negativ auf das
36 Wohlbefinden und die Gesundheit der Menschen aus. Eine
37 Maßnahme, mit der auf den Klimawandel reagiert werden
38 kann, ist die verstärkte Anpflanzung von Bäumen. So sind
39 Bäume nicht nur als Schattenspender wichtig, sondern auch
40 zur Kühlung für das Stadtklima, da über ihr Laub Wasser
41 verdunstet. Mulden und Rigolen dienen der Bewässerung
42 der Vegetation.

43
44 Wegen diesen Vorteilen für das Stadtklima wäre es wün-
45 schenswert, wenn die zuständigen Behörden Bauherren bei
46 der Neuerrichtung oder Änderung größerer Parkplätze Auf-
47 lagen zur Anpflanzung und Schaffung von Mulden und Rigo-
48 len machen könnten. Die aktuelle Bauordnung Berlins sieht
49 derartige Auflagen nicht vor, obwohl in der Praxis festzustel-
50 len ist, dass z. B. bei Errichtung von Parkplätzen für Super-
51 märkte entsprechend klimarelevante Maßnahmen zwar von
52 den Behörden angeregt, aber von den Bauherren nicht oder
53 nur im geringen Umfang durchgeführt werden.

54
55 Die Bauordnungen der Länder Rheinland-Pfalz, Saarland und
56 Schleswig-Holstein sehen in den jeweiligen Landesbauord-
57 nungen Anpflanzungspflichten bei Parkplätzen bzw. die
58 Möglichkeit der Anordnung entsprechender Anpflanzungen
59 vor.

21 **Antrag 15/II/2012**

22 **Annahme (K)**

60
61
62

01 **Antrag 16/II/2012**

02 **KDV Lichtenberg**

03 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

04

05 **Antrag zum Bebauungsplanentwurf XVII-4 „Ost-**

06 **kreuz“ (Arbeitstitel „An der Mole“) und zur städtebauli-**

07 **chen Entwicklung des Gebietes**

08 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhaus-
09 ses und des Senats werden ersucht sich dafür einzusetzen,
10 dass im Zuge der Entwicklung des Neubaugebietes an der
11 Rummelsburger Bucht/Ostkreuz und der Bebauungsplanung
12 (Arbeitstitel des B-Planes „An der Mole“) folgende Aspekte
13 unbedingt Berücksichtigung finden:

- 14 1. Das Land Berlin verzichtet auf das wiederholt öffent-
15 lich geäußerte, vermeintlich unumgängliche Primat
16 der Erzielung eines möglichst hohen Verkaufserlöses
17 der im Eigentum des Landes stehenden Grundstücke
18 im Bereich des o. g. Planungsgebietes zugunsten der
19 nachfolgend genannten Entwicklungsziele.
- 20 2. Der derzeitige Entwurf der Bebauungsplanung wird an
21 folgende nachhaltige, sozial- bzw. wohnungspolitische
22 und standortangemessene Entwicklungsziele ange-
23 passt und der BVV zur Beschlussfassung vorgelegt:
 - 24 a) Schaffung erschwinglichen Wohnraums (zumindest
25 anteilig) durch Investitionsanreize für nachhaltige In-
26 vestorenmodelle (z.B. Genossenschaften, Genossen-
27 schaftsfond, Baugruppenmodelle, Mehrgenerationen-
28 häuser, sonstige Investitionsmodelle mit einer projekt-
29 internen Mischung der Mietpreisgestaltung u. ä.).
30 Ein etwaiger Verkauf landeseigener Grundstücke er-
31 folgt nur an Investoren, die sich vertraglich an die
32 Schaffung eines relevanten Anteils preiswerten und
33 familienfreundlichen Wohnraums (bezahlbare 4-5-
34 Zimmerwohnungen) binden. Ein Bieterverfahren fin-
35 det zwingend auf der Grundlage eines vorherigen Kon-
36 zeptwettbewerbes statt.
 - 37 b) Erhalt und Betonung des einzigartigen innerstädti-
38 schen Charakters der Rummelsburger Bucht als Nah-
39 erholungsgebiet durch weitestgehenden Erhalt des
40 bisherigen Baumbestandes und eines durchschnittlich
41 25 Meter breiten Abstands der Bebauungsgrenze zum
42 Ufer des Sees (variierend zwischen 15 und 30 Meter
43 bei unregelmäßiger Linienführung der Bebauungsgren-
44 ze) und eine deutliche Erhöhung des Grünflächenan-
45 teils im Vergleich zum derzeitigen Entwurf des B-
46 Planes. Bei der Führung des Uferweges ist dabei die
47 Fläche für separate Radwege mit einzuplanen.
 - 48 c) Standortangemessene reduzierte Bebauungsdichte
49 mit einer Absenkung der derzeit geplanten Geschoss-
50 flächenzahl und einer verringerten Traufhöhe in Orien-
51 tierung an der umgebenden Bauhöhe (maximal 5-
52 geschossig seeseitig, maximal 7-geschossig straßensei-
53 tig).
 - 54 d) Das Verhältnis zwischen Wohnungsbau und Gewerbe-
55 flächenbau beträgt mindestens 75% zu 25% zugunsten
56 des Wohnungsbaus.
 - 57 e) Festschreibung eines großzügigen Anteils Spielplatzflä-
58 che im B-Plan und Realisierung durch zukünftige Inves-
59 toren (Bestandteil des Wettbewerbs, s. a) und vertrag-
60 liche Sicherung).
 - 61 f) Alle künftigen Investoren beteiligen sich im Verhältnis
62 ihres Anteils an der Gesamtbaumasse am Bau einer

Antrag 16/II/2012

Zurückgestellt / Empfehlung folgt auf dem LPT

01 Mole, die den Erlebnisraum „Wasser“ zugänglich
02 macht und das Gebiet damit zusätzlich aufwertet. Ent-
03 sprechendes ist vertraglich im Zuge der Veräußerung
04 der Grundstücke zu sichern.
05

06 Das historische sog. „Pumpenhäuschen“ wird als eigenstän-
07 dige Fläche mit der Auflage zur Sanierung und mit einer
08 gemeinwesenbezogenen standortangemessenen (vorzugs-
09 weise gastronomischen!) Nutzungsbindung in einer geeig-
10 neten Rechtsform an private Interessenten übertragen, die
11 den Erhalt des Gebäudes garantiert (z.B. Erbbaupacht) und
12 eine zukünftige Einflussnahme des Landes Berlins auf des-
13 sen Nutzung sichert. Die Übertragung erfolgt schnellstmög-
14 lich mit den genannten Auflagen, im Ergebnis eines Interes-
15 senbekundungsverfahrens und unabhängig von der weite-
16 ren Bebauungsplanung.
17

18 **Antrag 17/II/2012**

19 **KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**

20 **Der Landesparteitag möge beschließen**
21

22 **ICC als Messe-, Kongress- und Kulturstandort erhalten**

23 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus wird aufgefordert,
24 sich dafür einzusetzen, dass das Abgeordnetenhaus die
25 notwendigen Mittel zur Sanierung des ICC bereitstellt, damit
26 der Erhalt und der Fortbestand des ICC als Messe-, Kon-
27 gress- und Kulturstandort gewährleistet ist.
28

29 **Antrag 18/II/2012**

30 **Jusos Berlin**

31 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
32

33 **Das Tempelhofer Feld muss auch nachts frei sein**

34 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Abge-
35 ordnetenhauses sowie des Berliner Senats auf, sich für eine
36 Abschaffung der Schließzeiten des Parkgeländes auf dem
37 Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof einzusetzen.
38

39 **Antrag 19/II/2012**

40 **Abt. 5 | Pankow**

41 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
42

43 **Kommunale Wohnungsbaugesellschaften engagieren sich 44 für öffentliche Spielplätze**

45 Die SPD Berlin tritt dafür ein, dass die landeseigenen Woh-
46 nungsbaugesellschaften verpflichtet werden, die Errichtung,
47 die Sanierung und die Pflege von ausgewählten, im unmit-
48 telbaren Umfeld ihrer Wohnungs- und Gewerbebauten
49 befindlichen öffentlichen Spielplätzen Berlins zu überneh-
50 men.
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

Antrag 17/II/2012

Erledigt durch tätiges Handeln (Kein Konsens)

Antrag 18/II/2012

Ablehnung (K)

Antrag 19/II/2012

Überweisung an FA VIII - Soziale Stadt (K)

01 **BEZIRKE**

02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

Antrag 20/II/2012

KDV Lichtenberg

Der Landesparteitag möge beschließen:

Eigenständigkeit der Bezirke erhalten – Personaleinsparungen verhindern

Nach dem Beschluss des Hauptausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses vom 12. September 2012 müssen die Bezirke ihr Personal auf insgesamt 20.000 Vollzeitäquivalente reduzieren. Dies geht zurück auf den Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU, der das Ziel von 100.000 Beschäftigten in der Verwaltung vorsieht.

Ebenso wird dort die Berechnungsgrundlage der bezirklichen Personalzuteilung verändert: Nicht mehr die zu erledigenden Aufgaben sind Bemessungsgrundlage, wie es immer noch bei der Finanzaufteilung der Fall ist, sondern einzig und alleine die Einwohnerzahl. Nach den neuen Regeln ist es zum Beispiel vollkommen unerheblich, wie viele Kinder in einem Bezirk wohnen oder wie viele Kilometer Straße der Bezirk hat oder wie viel Grünfläche ein Bezirk anzubieten hat; die Anzahl der Mitarbeiter im Jugend-, im Grünflächen- und im Tiefbauamt hängen einzig und allein von der Bevölkerungsgröße ab.

Diese Regelung führt weiterhin dazu, dass im Wesentlichen nur die Bezirke Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg, Treptow-Köpenick, Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf Personal abbauen müssen. Dafür jedoch in solchen Größenordnungen, dass die genannten Bezirke nicht einmal mehr alle Kernaufgaben erfüllen können. Im Jugendbereich müssen die letzten kommunalen Jugendclubs in freie Trägerschaft übergeben werden. Sind diese Bezirke erst einmal auf ihre gesetzlichen Aufgaben zurechtgestutzt worden, ist es nur eine Frage der Zeit, bis die anderen Bezirke gezwungen werden, es ihnen gleichzutun.

Nicht einmal aus rein finanzpolitischen Gründen macht diese Maßnahme Sinn. Bezirke wie Lichtenberg, die eigentlich nach der Kostenleistungsrechnung „Gewinn“ erwirtschaften und sogar Personal einstellen wollen, wird dies verboten, nur um das politisch fragwürdige Ziel von 100.000 Beschäftigten zu erreichen.

Wir lehnen einen solchen Raubbau an der Bezirksverwaltung ab. Wir sind solidarisch mit den betroffenen Bezirken und wollen uns dem schrittweisen Abbau bezirklicher Selbstverwaltung entgegenstellen. Aus unserer Sicht darf der Staat Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht ausschließlich Privaten überlassen. Ein solch indirekter Zwang zur Privatisierung durch die Finanzverwaltung und dem Abgeordnetenhaus ist daher besonders verwerflich. Wir fordern daher für die Bezirke das Recht, Personal selbstbestimmt halten und einstellen zu dürfen. Defizitäre Bezirke sind insoweit aus zu finanzieren, um mindestens eine elementare Versorgung sicherstellen zu können.

Antrag 20/II/2012

Ablehnung (Kein Konsens)

01 **Antrag 21/II/2012**

02 **Jusos Berlin**

03 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

04

05 **Eigenständigkeit der Bezirke erhalten – Personaleinsparungen verhindern**

06
07 Nach dem Beschluss des Hauptausschusses vom 12. September 2012 müssen die Bezirke ihr Personal auf insgesamt 20.000 Vollzeitäquivalente reduzieren. Dies geht zurück auf den Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU, der das Ziel von 100.000 Beschäftigten in der Verwaltung vorsieht.

12

13 Ebenso wird dort die Berechnungsgrundlage der bezirklichen Personalzuteilungen verändert: Nicht mehr die zu erledigenden Aufgaben sind Bemessungsgrundlage, wie es immer noch bei der Finanzzuteilung der Fall ist, sondern einzig und alleine die Einwohneranzahl. Nach den neuen Regeln ist es zum Beispiel vollkommen unerheblich, wie viele Kinder in einem Bezirk wohnen oder wie viel Kilometer Straße der Bezirk hat; die Anzahl der Mitarbeiter im Jugend- und im Tiefbauamt hängen einzig und allein von der Bevölkerungsgröße ab.

23

24 Diese Regelung führt weiterhin dazu, dass im Wesentlichen nur die Bezirke Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg, Treptow-Köpenick, Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf Personal abbauen müssen. Dafür jedoch in solchen Größenordnungen, dass alles was nicht Kernaufgabe ist, privatisiert werden muss. So wird etwa die Aufgabe der Grünflächenpflege schrittweise vollständig an Private übertragen. Im Jugendbereich müssen die letzten kommunalen Jugendclubs in freie Trägerschaft übergeben werden. Sind diese vier Bezirke erst einmal auf ihre gesetzlichen Aufgaben zurechtgestutzt worden, ist es nur eine Frage der Zeit, bis die anderen gezwungen werden, es ihnen gleichzutun.

36

37 Nicht einmal aus rein finanzpolitischen Gründen macht diese Maßnahme Sinn. Bezirken, die eigentlich nach der Kostenleistungsrechnung „Gewinn“ erwirtschaften und sogar Personal einstellen wollen, wird dies verboten, nur um das politisch fragwürdige Ziel von 100.000 Beschäftigten zu erreichen.

43

44 Wir lehnen einen solchen Raubbau an der Bezirksverwaltung ab. Wir sind solidarisch mit den betroffenen Bezirken und wollen uns dem schrittweisen Abbau bezirklicher Selbstverwaltung entgegenstellen. Aus unserer Sicht darf der Staat Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht ausschließlich Privaten überlassen. Ein solcher indirekter Zwang zur Privatisierung durch die Finanzverwaltung ist daher besonders verwerflich.

52

53 Wir fordern daher für die Bezirke das Recht, Personal selbstbestimmt halten und einstellen zu dürfen. Defizitäre Bezirke sind insoweit auszufinanzieren, um mindestens eine elementare Versorgung sicherstellen zu können.

57

58

59

60

61

62

Antrag 21/II/2012

Erledigt bei Annahme Antrag 20/II/2012 (Kein Konsens)

01 **BILDUNG**

02
03
04
05 **Antrag 22/II/2012**

06 **AG Migration**

07 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

08
09 **Schaffung einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Ge-**
10 **setzesentwurfs für die Anerkennung nicht-reglementierter**
11 **ausländischer Hochschulabschlüsse in Landeshoheit**

12 Die sozialdemokratischen Senatsmitglieder werden aufge-

13 fordert:

14 Die SPD spricht sich für die Bildung einer Arbeitsgruppe in
15 Kooperation mit den zuständigen Senatsressorts (und dem
16 Büro des/der Landesintegrationsbeauftragte/n) aus, welche
17 einen Gesetzesentwurf zur Anerkennung nicht-
18 reglementierter ausländischer Hochschulabschlüsse erarbei-
19 tet.

20
21 **Antrag 23/II/2012**

22 **AfA Berlin**

23 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

24
25 **Schaffung einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Ge-**
26 **setzesentwurfes für die Anerkennung nicht-**
27 **reglementierter ausländischer Hochschulabschlüsse in**
28 **Landeshoheit**

29 Die SPD spricht sich für die Bildung einer Arbeitsgruppe in
30 Kooperation mit den zuständigen Senatsressorts (und dem
31 Büro des/der Landesintegrationsbeauftragte/n) aus, welche
32 einen Gesetzesentwurf zur Anerkennung nicht-
33 reglementierter ausländischer Hochschulabschlüsse zu
34 erarbeiten hat. Dabei hat die Arbeitsgruppe sich am Lan-
35 desparteitagsbeschluss (Antrag 55/I/2012) zu orientieren.
36 Des Weiteren sind, neben SenatsvertreterInnen, die in den
37 Gewerkschaften für ausländische Hochschulabschlüsse
38 zuständigen GewerkschaftlerInnen in diese Arbeitsgruppe
39 zu integrieren. Diese AG-Mitglieder können von den Dach-
40 verbänden DGB und Verdi (und IHK) ernannt werden. Wei-
41 terhin sollen alle Parteien im AGH vertreten sein. Die Berli-
42 ner SPD wird im entsprechenden Gremium u. a. durch ein
43 Mitglied der LAG Migration und Vielfalt Berlin vertreten. Die
44 Arbeitsgruppe soll die Mitgliederzahl von 35 stimmberech-
45 tigten Akteuren nicht überschreiben, jedoch offen tagen.

46
47 **Antrag 24/II/2012**

48 **Jusos Berlin**

49 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

50
51 **Rückläuferschulen und -klassen konsequent verhindern**

52 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Abge-
53 ordnetenhauses und des Senats auf sich für eine Regelung
54 einzusetzen, die die Einrichtung von eigenen „Rückläufer-
55 klassen“ an Integrierten Sekundarschulen (ISSen) oder gan-
56 zen „Rückläufer-ISSen“ ausschließt. Dies kann beispielsweise
57 durch eine Deckelung der Klassenfrequenzrichtwerte bei 24
58 SchülerInnen in der 7. Klasse geschehen, sodass jede 8.
59 Klasse an Berliner ISSen pauschal in der Lage wäre zum
60 Schuljahresbeginn ein oder zwei SchülerInnen neu aufzu-
61 nehmen. Sollte diese Praxis in einzelnen Bezirken zwangs-
62 weise die Einrichtung weiterer Züge in den 7. Klassen erfor-

Antrag 22/II/2012

Überweisung an die sozialdemokratischen Senatsmitglie-
der (K)

Antrag 23/II/2012

Erlедigt bei Annahme Antrag 22/II/2012 (K)

Antrag 24/II/2012

Überweisung an FA V - Stadt des Wissens (K)

01 dern, so ist dies durch das Land Berlin zu gewährleisten.

02

03 **Antrag 25/II/2012**

04 **Forum Netzpolitik**

05 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

06

07 **Digitale Lernmittelfreiheit jetzt umsetzen!**

08 Der freie und ungehinderte Zugang zu Wissen und Informa-
09 tionen muss auch in der digitalen Welt zum Grundrecht
10 werden. Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
11 heißt dies insbesondere: Staatlich finanzierte Wissens- und
12 Kulturgüter müssen für jedermann frei zur Verfügung ste-
13 hen! Wir setzen uns für eine digitale Form der Lehrmittel-
14 freiheit ein, die allen Bürgerinnen und Bürgern zu Gute
15 kommt. Wir wollen damit in Kindergarten und Schule an-
16 fangen und über die universitäre Bildung hinaus lebenslan-
17 ges Lernen in Berlin und andernorts möglich machen.

18

19 Die Berliner SPD fordert deshalb eine umfassende Evaluati-
20 on von freien schulischen Lehrmitteln und deren Einsatz im
21 Land Berlin besonders in Hinblick auf edukative und volks-
22 wirtschaftliche Innovationspotentiale. Hierzu wird der Senat
23 beauftragt unter Einbeziehung aller relevanten Bezugsgrup-
24 pen (Lehrer, Lehrerverbände, Schüler, Eltern, Fachverlage
25 etc.) ein ein- bis zweijähriges Evaluierungsverfahren durch-
26 führen. Für das Land Berlin birgt dies ein gewaltiges Poten-
27 tial für bessere und gerechtere Bildung und ist somit eine
28 zentrale Aufgabe für die nächsten Jahre.

29

30 Lehrmittelfreiheit war immer schon mehr als der kostenlose
31 Zugang zu Lehr- und Lernunterlagen. Es war und ist das
32 klare Bekenntnis, dass die möglichst umfassende Bereitstel-
33 lung von Lehr- und Lernunterlagen eine öffentliche Aufgabe
34 zur Verbesserung der Bildung und damit Chancengleichheit
35 in einer Gesellschaft darstellt. Diese Ziele von Lehrmittel-
36 freiheit gilt es in der digitalen Gesellschaft weiterhin anzu-
37 streben und mit OER vielfältig auszubauen. Die Bandbreite
38 an Mitteln und Wegen, mit denen sich eine Gesellschaft
39 diesen Zielen annähern kann, ist dank neuer digitaler Tech-
40 nologien allerdings in den letzten Jahren deutlich größer
41 geworden. OER trägt dieser Entwicklung Rechnung. Berliner
42 Bildung soll hier neue Maßstäbe setzen.

43

44 Durch die digitalen Möglichkeiten in Produktion und Distri-
45 bution ergeben sich vielfältige Potentiale für eine Neuorien-
46 tierung in der Lehr- und Lernmittelgestaltung. Der durch die
47 UNESCO im Jahre 2002 eingeführte Begriff Open Educatio-
48 nal Ressources (kurz: OER) steht für diese Entwicklungen.

49

50 Als wichtige Faktoren sind zu prüfen:

51

- 52 ▪ die Qualitätssicherung der Lehr- und Lernmittel in offe-
53 nen, kollaborativen Prozessen
- 54 ▪ die Sicherstellung notwendiger weltanschaulicher
55 Neutralität
- 56 ▪ die Etablierung geeigneter Verfahrensschritte und -
57 methoden, um frei verfügbare Lehr- und Lernmittel er-
58 stellen, verwalten, weiterentwickeln und teilen zu kön-
59 nen.
- 60 ▪ die Förderung der Kooperation bei der Erstellung, Ver-
61 waltung, Weiterentwicklung und Verteilung von OER-
62 Lernmittel auf Seiten der Lehrerinnen und Lehrer, aber

Antrag 25/II/2012

Überweisung an FA V - Stadt des Wissens (K)

01 auch der Eltern und Schülerinnen und Schüler

02

03 Bis zum Ende der laufenden AH-Wahlperiode, gilt es neuen
04 Möglichkeiten der Lern- und Lehrmedienentwicklung in der
05 Bildung für Berlinerinnen und Berliner zu öffnen. Konkret
06 bedeutet dies die Ergänzung durch freie Lehr- und Lernmit-
07 tel in den Grundschulen. Berlin ist damit das erste deutsche
08 Bundesland, das die Basis für eine sozial gerechtere Teilha-
09 be im Bildungssektor mit den digitalen Realitäten des 21.
10 Jahrhunderts schafft. Wir wollen bereits bei den jüngsten
11 Lernenden anfangen, um hier die Grundlage für eine neue
12 medienkompetente Erziehung zu schaffen.

13

14 Open Educational Resources (OER), zu deutsch Offenen
15 Lernressourcen (OLR), bedienen sich der Möglichkeiten des
16 digitalen Fortschritts um die freie Zugänglichkeit zu Bil-
17 dungsressourcen auf ein neues Niveau für alle zu heben. Die
18 polnische Regierung hat ebenfalls vor einigen Monaten ein
19 OER-Programm gestartet, um den Klassenstufen 4 bis 6
20 landesweit mit Lern- und Lehrmittel unter freier Lizenz
21 auszustatten. Berlin gehört damit zu den Vorreitern einer
22 neuen digitalen Teilhabe in der Bildung in Europa.

23

24 Wir fordern den Senat auf, sich über den Bundesrat mittel-
25 fristig für eine Verbesserung der Schrankenregelung des
26 §52a Urheberrecht einzusetzen, sowie aktuell der Aufhe-
27 bung des §137k UrhG und damit der unbefristeten Fortset-
28 zung von §52a UrhG auf Bundesratsebene zuzustimmen.
29 Hiermit unterstützt das Land Berlin die Arbeit der SPD-
30 Bundestagsfraktion.

31

32 Wir fordern den Senat auf, dass das Land Berlin die
33 Capetown Declaration for Education als erstes Bundesland
34 unterzeichnet. Der SPD-Landesverband schließt sich dieser
35 Initiative ebenfalls als Organisation an.

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

01 **EUROPA**

02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

Wiedervorlage Antrag 65/I/2012

Vertrag vom Landesparteitag 09.06.2012

FA EU-Angelegenheiten

Der Landesparteitag möge beschließen:

Für eine wachstumsfördernde europäische Wirtschafts- und Fiskalpolitik - Fiskalpakt in der vorliegenden Form ablehnen!

Der „Fiskalpakt“ („Vertrag über Steuerung von Wachstum und Beschäftigung sowie zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik in der Eurozone“) ist zumindest in der vorliegenden Form nicht zustimmungsfähig. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des Bundestages werden aufgefordert, sich für folgende Grundsätze einzusetzen und dem Ratifizierungsgesetz nur zuzustimmen, wenn diese Grundanliegen Berücksichtigung finden:

Ergänzung um einen Wachstums- und Beschäftigungspakt. Der Fiskalpakt enthält keinerlei Ansatzpunkte, die momentane Krise in der Eurozone zu beseitigen. Der Titel ist irreführend, da der „Fiskalpakt“ keine substantiellen Bestimmungen zur Steuerung von Wachstum und Beschäftigung sowie zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik in der Eurozone enthält. In der Tat besteht die Gefahr, dass die einseitige Ausrichtung auf Haushaltsdisziplin im Ergebnis zu einem Fiasko führt: Wir erreichen weder Wachstum noch Schuldenabbau! Der Fiskalvertrag bedarf auf jeden Fall einer zwingenden Ergänzung um verbindlich verabredete europäische Maßnahmen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung. Ohne ein umfassendes Investitions- und Wirtschaftsaufbauprogramm für Europa lässt sich die Finanzkrise nicht überwinden. Es ist Aufgabe der Organe der EU, solche Maßnahmen einheitlich auszugestalten und anzuwenden. Allein über eine restriktive Fiskalpolitik wird die Konsolidierung öffentlicher Haushalte nicht gelingen. Wird die gegenwärtige Rezessionsspirale nicht durchbrochen, kann auch niemand gewährleisten, dass Hilfskredite an Mitgliedstaaten auch zurückgezahlt werden können.

Beteiligung der Finanzmärkte sicherstellen! Der Vertrag ist in Zusammenhang mit dem geplanten Europäischen Stabilitätsmechanismus zu sehen. Letzterer sieht vor, dass Mittel nur an Länder ausgezahlt werden, die den Fiskalpakt ratifiziert haben. In ähnlicher Weise ist ein Zusammenhang mit einer Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise herzustellen. Die Krise in der Eurozone ist auch – und in erster Linie – eine Krise des Finanzsektors, und nicht in erster Linie eine Staatsschuldenkrise. Eine Beteiligung des Finanzsektors ist insbesondere über eine europäische Finanztransaktionssteuer sicherzustellen.

Keine neuen Belastungen für die deutschen Bundesländer! Es besteht die berechtigte Befürchtung, dass der Fiskalpakt die den Ländern in Deutschland verfassungsrechtlich garantierten Übergangsregeln zur Einhaltung der Schuldenbremse modifiziert. Damit müssten die Regeln des Paktes bis zum Inkrafttreten des Paktes – also vermutlich der 1.1. 2014 – auch von den deutschen Bundesländern eingehalten werden. Diese Ansicht vertritt zumindest das Bundesfinanzministerium in einem Schreiben an die Länder. Dies ist nicht

Wiedervorlage Antrag 65/I/2012

Erledigt durch Bundestagsbeschluss / Parteikonvent (K)

01 akzeptabel. Ein Übergangszeitraum, der für Deutschland
02 eine Anpassung an dieses Kriterium vor 2020 vorsieht, muss
03 abgelehnt werden. Erst ab 2019 haben sich die Länder im
04 Rahmen der deutschen Schuldenregelung verpflichtet, keine
05 jährliche Neuverschuldung mehr aufzunehmen.
06 Keine weitere Einschränkung der finanziellen Handlungs-
07 möglichkeiten der Länder! Eine Zustimmung der Länder –
08 und damit auch von Berlin – kann es allenfalls dann geben,
09 wenn sich der Bund auf die Länder zubewegt und finanzielle
10 Hilfen zusagt. Das heißt: Der Bund muss die beabsichtigte
11 Senkung der Einkommensteuer aussetzen, oder den Län-
12 dern die Ausfälle erstatten. Denkbar ist es auch, über die
13 Bereitstellung von Entflechtungs- und
14 Regionalisierungsmitteln zu diskutieren. Auch die Einfüh-
15 rung von Deutschland-Bonds, wonach der Bund gemeinsam
16 mit den Ländern Anleihen begibt, wäre eine denkbare For-
17 derung.
18 Kündigungsmöglichkeit einführen! Der Vertragsentwurf
19 enthält keine Kündigungsbestimmungen. Somit gelten die
20 allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätze bzw. diejenigen
21 der Wiener Vertragsrechtskonvention. Damit hat das – auf
22 Art. 23 und Art. 59 Abs. 2 GG gestützte - Umsetzungsgesetz
23 den Rang eines einfachen Bundesgesetzes. Eine Kontrolle
24 der Anwendung der Schuldenbremse ist zwar – entgegen
25 der oftmals vertretenen Ansicht - nicht vorgesehen. Den-
26 noch wäre zumindest durch eine nachträgliche Regelung,
27 beispielsweise mithilfe einer Protokollerklärung, sicherzu-
28 stellen, dass der Fiskalvertrag durch einen Mitgliedstaat
29 gekündigt werden kann. Durch völkerrechtliche Verpflich-
30 tung darf die Verantwortung von Bundestag und Bundesrat
31 für die Ausgestaltung des Grundgesetzes, auch der in Art.
32 115 normierten Schuldenregelung, nicht ausgehebelt wer-
33 den.
34 Kein Automatismus ohne Wachstumsimpulse! Der Fiskalver-
35 trag sieht vor, die gesamtstaatliche Verschuldung, wenn sie
36 über 60 % des nationalen BIP liegt, um jährlich 1/20 zu re-
37 duzieren. Zwar ist diese Pflicht bereits im Stabilitäts- und
38 Wachstumspakt enthalten. Sie ist dort aber einer politi-
39 schen Entscheidung des Rates nachgeschaltet und damit
40 letztlich auch der nationalen Parlamente. Wird sie durch
41 den völkerrechtlichen Fiskalpakt in den rechtlichen Status
42 eines einfachen Bundesgesetzes erhoben, verpflichtet sie
43 auch den deutschen Gesetzgeber und kann zu einer mitun-
44 ter weitreichenden Einschränkung der haushaltspolitischen
45 Gesamtverantwortung führen. Ein solcher Eingriff ist ohne
46 die begleitenden wachstumsfördernden Maßnahmen abzu-
47 lehnen.
48 Parlamentsbeteiligung sicherstellen! Der Fiskalvertrag ver-
49 pflichtet die Mitgliedstaaten, die sich im Defizitverfahren
50 gemäß Stabilitäts- und Wachstumspakt befinden, analog zu
51 den Regeln im reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakt
52 jährlich ein Haushalts- und Wirtschaftspartnerschaftsprog-
53 ramm vorzulegen. In diesem sollen von der EU-Kommission
54 zu genehmigende Strukturreformen verbindlich niederge-
55 legt werden. Dies geschieht bislang ohne Beteiligung der
56 nationalen Parlamente, in deren Entscheidungshoheit sol-
57 che Strukturreformen aber liegen. Sie dürfen durch eine
58 völkerrechtliche Verpflichtung der Verantwortung der Par-
59 lamente nicht entzogen werden.
60 Schuldentilgungsfonds einrichten! Der Fiskalpakt sieht keine
61 Regelungen zur Lösung der Altschuldenproblematik vor. Der
62 Abbau von Altschulden kann nicht allein durch Konsolidie-

01 rung auf der Ausgabenseite gewährleistet werden. Im Fis-
02 kalvertrag und den begleitenden Dokumenten (Protokoller-
03 klärung, Denkschrift) fehlt ein Verfahren zum Umgang mit
04 den bestehenden gesamtstaatlichen Defiziten. Die SPD
05 fordert in Anlehnung an den Vorschlag des Sachverständi-
06 genrats, einen Schuldentilgungsfonds einzurichten. In die-
07 sen wird der Teil der Schulden, der 60% übersteigt, ausgelag-
08 ert, und über die Ausgabe von Europäischen Anleihen
09 finanziert. Es bedarf einer klaren Verpflichtung seitens der
10 Bundesregierung dazu, diesen oder vergleichbare Vorschlä-
11 ge EU-weit zu erörtern und aufzugreifen.

12 **Wiedervorlage Antrag 66/I/2012**

13 **Vertagt vom Landesparteitag 09.06.2012**

14 **KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**

15 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

16 Die Berliner SPD fordert die SPD Bundestagsabgeordneten
17 auf, dem im Bundestag eingebrachten ESM und dem Fiskal-
18 pakt nicht zuzustimmen!
19

20 **Wiedervorlage Antrag 67/I/2012**

21 **KDV Mitte**

22 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

23 **Für eine wachstumsfördernde europäische Wirtschafts-**
24 **und Fiskalpolitik - Fiskalpakt in der vorliegenden Form**
25 **ablehnen!**

26 Der „Fiskalpakt“ („Vertrag über Steuerung von Wachstum
27 und Beschäftigung sowie zur Koordinierung der Wirt-
28 schaftspolitik in der Eurozone“) ist zumindest in der vorlie-
29 genden Form nicht zustimmungsfähig. Die sozialdemokrati-
30 schen Mitglieder des Senats und des Bundestages werden
31 aufgefordert, sich für folgende Grundsätze einzusetzen und
32 dem Ratifizierungsgesetz nur zuzustimmen, wenn diese
33 Grundanliegen Berücksichtigung finden:
34

35 Ergänzung um einen Wachstums- und Beschäftigungspakt.
36 Der Fiskalpakt enthält keinerlei Ansatzpunkte, die momen-
37 tane Krise in der Eurozone zu beseitigen. Der Titel ist irre-
38 föhrend, da der „Fiskalpakt“ keine substantiellen Bestim-
39 mungen zur Steuerung von Wachstum und Beschäftigung
40 sowie zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik in der Euro-
41 zone enthält. In der Tat besteht die Gefahr, dass die einsei-
42 tige Ausrichtung auf Haushaltsdisziplin im Ergebnis zu einem
43 Fiasko führt: Wir erreichen weder Wachstum noch Schul-
44 denabbau! Der Fiskalvertrag bedarf auf jeden Fall einer
45 zwingenden Ergänzung um verbindlich verabredete europä-
46 ische Maßnahmen zur Förderung von Wachstum und Be-
47 schäftigung. Ohne ein umfassendes Investitions- und Wirt-
48 schaftsaufbauprogramm für Europa lässt sich die Finanzkrise
49 nicht überwinden. Es ist Aufgabe der Organe der EU, solche
50 Maßnahmen einheitlich auszugestalten und anzuwenden.
51 Allein über eine restriktive Fiskalpolitik wird die Konsolidie-
52 rung öffentlicher Haushalte nicht gelingen. Wird die gegen-
53 wärtige Rezessionsspirale nicht durchbrochen, kann auch
54 niemand gewährleisten, dass Hilfskredite an Mitgliedstaaten
55 auch zurückgezahlt werden können.

56 Beteiligung der Finanzmärkte sicherstellen! Der Vertrag ist
57 in Zusammenhang mit dem geplanten Europäischen Stabili-
58 tätsmechanismus zu sehen. Letzterer sieht vor, dass Mittel
59 nur an Länder ausgezahlt werden, die den Fiskalpakt ratifi-

Wiedervorlage Antrag 66/I/2012

Erledigt durch Bundestagsbeschluss / Parteikonvent (K)

Wiedervorlage Antrag 67/I/2012

Erledigt durch Bundestagsbeschluss / Parteikonvent (K)

01 ziert haben. In ähnlicher Weise ist ein Zusammenhang mit
02 einer Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise
03 herzustellen. Die Krise in der Eurozone ist auch – und in
04 erster Linie – eine Krise des Finanzsektors, und nicht in
05 erster Linie eine Staatsschuldenkrise. Eine Beteiligung des
06 Finanzsektors ist insbesondere über eine europäische Fi-
07 nanztransaktionssteuer sicherzustellen.

08 Keine neuen Belastungen für die deutschen Bundesländer!
09 Es besteht die berechnete Befürchtung, dass der Fiskalpakt
10 die den Ländern in Deutschland verfassungsrechtlich garan-
11 tierten Übergangsregeln zur Einhaltung der Schuldenbremse
12 modifiziert. Damit müssten die Regeln des Paktes bis zum
13 Inkrafttreten des Paktes – also vermutlich der 1.1. 2014 –
14 auch von den deutschen Bundesländern eingehalten wer-
15 den. Diese Ansicht vertritt zumindest das Bundesfinanzmi-
16 nisterium in einem Schreiben an die Länder. Dies ist nicht
17 akzeptabel. Ein Übergangszeitraum, der für Deutschland
18 eine Anpassung an dieses Kriterium vor 2020 vorsieht, muss
19 abgelehnt werden. Erst ab 2019 haben sich die Länder im
20 Rahmen der deutschen Schuldenregelung verpflichtet, keine
21 jährliche Neuverschuldung mehr aufzunehmen.

22 Keine weitere Einschränkung der finanziellen Handlungs-
23 möglichkeiten der Länder! Eine Zustimmung der Länder –
24 und damit auch von Berlin – kann es allenfalls dann geben,
25 wenn sich der Bund auf die Länder zubewegt und finanzielle
26 Hilfen zusagt. Das heißt: Der Bund muss die beabsichtigte
27 Senkung der Einkommensteuer aussetzen, oder den Län-
28 dern die Ausfälle erstatten. Denkbar ist es auch, über die
29 Bereitstellung von Entflechtungs- und
30 Regionalisierungsmitteln zu diskutieren. Auch die Einfüh-
31 rung von Deutschland-Bonds, wonach der Bund gemeinsam
32 mit den Ländern Anleihen begibt, wäre eine denkbare For-
33 derung.

34 Kein Automatismus ohne Wachstumsimpulse! Der Fiskalver-
35 trag sieht vor, die gesamtstaatliche Verschuldung, wenn sie
36 über 60 % des nationalen BIP liegt, um jährlich 1/20 zu re-
37 duzieren. Zwar ist diese Pflicht bereits im Stabilitäts- und
38 Wachstumspakt enthalten. Sie ist dort aber einer politi-
39 schen Entscheidung des Rates nachgeschaltet und damit
40 letztlich auch der nationalen Parlamente. Wird sie durch
41 den völkerrechtlichen Fiskalpakt in den rechtlichen Status
42 eines einfachen Bundesgesetzes erhoben, verpflichtet sie
43 auch den deutschen Gesetzgeber und kann zu einer mitun-
44 ter weit reichenden Einschränkung der haushaltspolitischen
45 Gesamtverantwortung führen. Ein solcher Eingriff ist ohne
46 die begleitenden wachstumsfördernden Maßnahmen abzu-
47 lehnen.

48 Parlamentsbeteiligung sicherstellen! Der Fiskalvertrag ver-
49 pflichtet die Mitgliedstaaten, die sich im Defizitverfahren
50 gemäß Stabilitäts- und Wachstumspakt befinden, analog zu
51 den Regeln im reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakt
52 jährlich ein Haushalts- und Wirtschaftspartnerschaftspro-
53 gramm vorzulegen. In diesem sollen von der EU-Kommission
54 zu genehmigende Strukturreformen verbindlich niederge-
55 legt werden. Dies geschieht bislang ohne Beteiligung der
56 nationalen Parlamente, in deren Entscheidungshoheit sol-
57 che Strukturreformen aber liegen. Sie dürfen durch eine
58 völkerrechtliche Verpflichtung der Verantwortung der Par-
59 lamente nicht entzogen werden.

60 Schuldentilgungsfonds einrichten! Der Fiskalpakt sieht keine
61 Regelungen zur Lösung der Altschuldenproblematik vor. Der
62 Abbau von Altschulden kann nicht allein durch Konsolidie-

01 rung auf der Ausgabenseite gewährleistet werden. Im Fis-
02 kalvertrag und den begleitenden Dokumenten (Protokoller-
03 klärung, Denkschrift) fehlt ein Verfahren zum Umgang mit
04 den bestehenden gesamtstaatlichen Defiziten. Die SPD
05 fordert in Anlehnung an den Vorschlag des Sachverständi-
06 genrats, einen Schuldentilgungsfonds einzurichten. In die-
07 sen wird der Teil der Schulden, der 60% übersteigt, ausgelag-
08 ert, und über die Ausgabe von Europäischen Anleihen
09 finanziert. Es bedarf einer klaren Verpflichtung seitens der
10 Bundesregierung dazu, diesen oder vergleichbare Vorschlä-
11 ge EU-weit zu erörtern und aufzugreifen.

12

13 **Wiedervorlage Antrag 68/I/2012**

14 **Vertagt vom Landesparteitag 09.06.2012**

15 **KDV Reinickendorf**

16 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

17

18 **Finanzmärkte mit der deutschen Zustimmung zum Fiskal-**
19 **pakt verbindlich an den Kosten der Finanzkrise beteiligen –**
20 **Abbau des europäischen Sozialstaats verhindern!**

21 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-

22 Mitglieder des Bundesrates auf, die Zustimmung zum Fis-

23 kalpakt in Bundestag und Bundesrat an klare Bedingungen

24 zu knüpfen! Wir fordern

25 die Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer

26 unverzüglich in die Wege zu leiten

27 mit der Einführung der Finanztransaktionssteuer verbindlich

28 notfalls auch zunächst in der Eurozone oder auch nur in

29 einzelnen Ländern wie Frankreich und Deutschland zu be-

30 ginnen

31 endlich den Einstieg in eine EU-weite Steuerharmonisierung

32 durch die Verabredung verbindlicher Mindeststeuersätze,

33 um den Steuersenkungswettbewerb zwischen den EU-

34 Staaten der vergangenen Jahre zu beenden.

35 eine verbindliche Ergänzung des Fiskalpakts durch einen

36 europäischen Wachstumspakt,

37 die Jugendarbeitslosigkeit in Europa nachdrücklich zu be-

38 kämpfen, denn unser Europa kann nur gelingen, wenn die

39 Jugend unsere Überzeugungen nach Frieden und Freiheit

40 engagiert weiterführt,

41 die Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer auch für

42 die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu verwenden.

43

44 **Wiedervorlage INITIATIVANTRAG Ini01/I/2012**

45 **(eingebracht mit den erforderlichen Unterschriften)**

46 **Vertagt vom Landesparteitag 09.06.2012**

47 **ANTRAGSTELLER: Gotthard Krupp-Boulboulé (Charlotten-**
48 **burg-Wilmersdorf) u. a.**

49 **Der Landesparteitag möge beschließen**

50

51 **ERKLÄRUNG DES BERLINER SPD-LANDESPARTEITAGES**

52 **9.6.2012**

53 Mit Empörung erleben wir zurzeit, dass eine beispiellose

54 Kampagne gegen das griechische Volk entfesselt wird, um

55 zu erzwingen, dass es seine Forderungen nach Aufhebung

56 des Memorandums der Troika (aus EU, EZB und IWF) auf-

57 gibt.

58

59 Dieses Memorandum, dessen Erfüllung durch die griechi-

60 sche Regierung ultimativ von der Merkel-Regierung gefor-

61 dert wird, diktiert dem griechischen Volk drastische Lohn-

62 kürzungen und Massenentlassungen, Aufhebung der Tarif-

Wiedervorlage Antrag 68/I/2012

Erledigt durch Bundestagsbeschluss / Parteikonvent (K)

Wiedervorlage Ini01/I/2012

Annahme in der Fassung der AK (K)

ERKLÄRUNG DES BERLINER SPD-LANDESPARTEITAGES

9.6.2012

Als Sozialdemokraten stehen wir solidarisch an der Seite der

griechischen Bevölkerung und weisen jede Stimmungsmache

gegen sie aufs Schärfste zurück.

01 verträge und massive Einschränkungen der Arbeitnehmer
02 und Gewerkschaftsrechte, einen Karlschlag gegen das sozia-
03 le Sicherungssystem, brutale Sparmaßnahmen bei den
04 Krankenhäusern, in der Bildung ... Ein ganzes Land wird in
05 die Katastrophe getrieben.

06
07 Diesem barbarischen Diktat und allen Parteien, die diesem
08 Troika-Memorandum Folge leisten, hat das griechische Volk
09 in den Wahlen am 6. Mai eine massive Ablehnung erteilt
10 und keine Regierungsbildung für seine Umsetzung der Troi-
11 ka-Pläne zugelassen.

12
13 Wir verurteilen den Versuch, die souveräne und demokrati-
14 sche Entscheidung der überwältigenden Mehrheit der grie-
15 chischen Bevölkerung auszulöschen, u. a. durch erpresseri-
16 sche Drohungen wie der Kanzlerin Merkel, „die Verpflich-
17 tungen, die Griechenland im Memorandum eingegangen ist,
18 muss auch erfüllt werden“, oder durch die in regierungsnä-
19 hen Kreisen kursierende Vorstellung, „Griechenland zu
20 einem europäischen Protektorat zu machen.“

21
22 Als Sozialdemokraten stehen wir solidarisch an der Seite der
23 griechischen Bevölkerung und weisen jede chauvinistische
24 Stimmungsmache gegen das griechische Volk aufs Schärfste
25 zurück.

26
27 In diesem Sinne erklärt der Landesparteitag der SPD Berlin
28 öffentlich, dass er die Demokratie und Souveränität verhöhn-
29 enden Akte der Terrorisierung des griechischen Volkes
30 durch Merkel-Regierung und die Troika zurückweist. Der
31 Landesparteitag betont seine uneingeschränkte Respektie-
32 rung des souveränen, demokratischen Willens des griechi-
33 schen Volkes.

34
35 Wir wenden uns an alle SPD-Gliederungen und erwarten
36 vom SPD-Parteivorstand in entsprechenden Erklärungen
37 Stellung zu beziehen.

38
39 **Antrag 26/II/2012**
40 **KDV Mitte**

41 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
42 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

43
44 **SPE-Logo auf SPD Materialien nach und nach einführen!**

45 Die SPD wird erstmalig für die Wahlen zum Europäischen
46 Parlament 2014 die Werbematerialien – insbesondere die
47 Plakate – neben dem SPD-Logo auch mit dem SPE-Logo
48 versehen.

49 Daneben wird das SPE-Logo auch in das SPD-Parteibuch
50 sowie die „SPD-Card“ eingedruckt.

51 Jedes neu aufgenommene Mitglied erhält Informationen
52 über Organisation und Aufgaben der SPE.

53 Nach Evaluierung der Erfahrungen wird das Logo auch bei
54 weiteren Wahlen, insbesondere zum Deutschen Bundestag,
55 verwandt.

56
57
58
59
60
61
62

Antrag 26/II/2012
Annahme (K)

01 **Antrag 27/II/2012**
02 **FA II - EU-Angelegenheiten**
03 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
04 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
05
06 **SPE-Logo auf SPD-Materialien nach und nach einführen!**
07 Die SPD wird erstmalig für die Wahlen zum Europäischen
08 Parlament 2014 die Werbematerialien – insbesondere die
09 Plakate – neben dem SPD-Logo auch mit dem SPE-Logo
10 versehen.
11 Daneben wird das SPE-Logo auch in das SPD-Parteibuch
12 sowie die „SPD-Card“ eingedruckt.
13 Jedes neu aufgenommene Mitglied erhält Informationen
14 über Organisation und Aufgaben der SPE.
15 Nach Evaluierung der Erfahrungen wird das Logo auch bei
16 weiteren Wahlen, insbesondere zum Deutschen Bundestag,
17 verwandt.
18
19 **Antrag 28/II/2012**
20 **FA II - EU-Angelegenheiten**
21 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
22 **Der Parteikonvent möge beschließen:**
23
24 **Für eine neue demokratisch legitimierte Europäische**
25 **Grundordnung!**
26 Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Geltende „Vertrag
27 über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ und der
28 Vertrag zur Gründung der Europäischen Union unter Einbe-
29 ziehung der Grundrechtscharta durch einen neuen Grundla-
30 genvertrag zur Gründung einer „Europäischen Politischen
31 Union“ (EPU) ersetzt wird. Dieser ist mit größtmöglicher
32 Transparenz durch einen „Konvent zur Zukunft Euro-
33 pas“ und unter Beteiligung der Zivilgesellschaft zu erarbei-
34 ten.
35 Es werden innerstaatlich die rechtlichen Voraussetzungen
36 geschaffen, dass über die Annahme dieses neuen Grundla-
37 genvertrags im Rahmen eines Volksentscheids entschieden
38 werden kann.
39 Sobald ein neuer Grundlagenvertrag verhandelt ist, wird
40 über diesen in Deutschland per Volksentscheid abgestimmt.
41
42 **Antrag 29/II/2012**
43 **KDV Mitte**
44 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
45 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
46
47 **Für eine neue demokratisch legitimierte Europäische**
48 **Grundordnung!**
49 Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Geltende „Vertrag
50 über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ und der
51 Vertrag zur Gründung der Europäischen Union durch einen
52 neuen Grundlagenvertrag zur Gründung einer „Europäi-
53 schen Politischen Union“ (EPU) ersetzt wird. Ziel der neuen
54 Grundordnung müssen vergleichbare und angenäherte
55 Lebensbedingungen sein, und eine Eindämmung des Fi-
56 nanzkapitalismus. Und eben kein reines Wettbewerbseuro-
57 pa, in dem auf einem gemeinsamen Binnenmarkt die Men-
58 schen, Unternehmen und Nationen gegeneinander in Stel-
59 lung gebracht werden. Dafür braucht man keine politische
60 Union. Für eine echte politische Union brauchen wir neue
61 demokratische Strukturen und auch die Übertragung von
62 nationalen Souveränitätsrechten an die europäische Ebene.

Antrag 27/II/2012
Erledigt bei Annahme Antrag 26/II/2012 (K)

Antrag 28/II/2012
Annahme (K)

Antrag 29/II/2012
Erledigt bei Annahme Antrag 28/II/2012 (K)

01 Dann können wir uns auch eine echte Notenbank und Euro-
02 bonds leisten, weil es dann auch eine gemeinsame Kontrolle
03 von Ausgaben, Finanz- und Steuerpolitik gibt. Dieser neue
04 Grundlagenvertrag ist mit größtmöglicher Transparenz
05 durch einen „Konvent zur Zukunft Europas“ und unter Betei-
06 ligung der Zivilgesellschaft zu erarbeiten.

07 Es werden innerstaatlich die rechtlichen Voraussetzungen
08 geschaffen, dass über die Annahme dieses neuen Grundla-
09 genvertrags im Rahmen eines Volksentscheidts entschieden
10 werden kann.

11 Sobald ein neuer Grundlagenvertrag verhandelt ist, wird
12 über diesen in Deutschland per Volksentscheid abgestimmt.

13

Antrag 30/II/2012

KDV Lichtenberg

16 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

17 **Der Parteikonvent möge beschließen:**

18 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

19

Keine Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen

21 Wir lehnen es ab, dass die EU-Mitgliedsstaaten auf eigene
22 Entscheidung hin im Schengen-Raum künftig wieder Grenz-
23 kontrollen einführen dürfen.

24 Die Freizügigkeit über die Innengrenzen hinweg ist ein iden-
25 titätsstiftendes Merkmal eines zusammenwachsenden Eu-
26 ropas. Erneute Grenzkontrollen stellen einen massiven
27 Rückschritt dar.

28 Die Wiedereinführung der nationalen Grenzkontrollen, insbe-
29 sondere um "illegale" Einwanderer abzuhalten, empfinden
30 wir eindeutig für den falschen Weg. Anstatt sowohl die
31 eigenen Grenzen als auch die Außengrenzen der EU herme-
32 tisch abzuriegeln, brauchen wir in der EU einen humanitä-
33 ren Umgang mit Flüchtlingen. Statt den Menschen in Europa
34 den Grenzübertritt zu erschweren, muss es Ziel sein, das
35 Grundrecht der Freizügigkeit allen Menschen zu gewähren
36 und Grenzen weiter abzubauen. Auch Deutschland und
37 andere Länder, die keine Außengrenze zu den Ländern
38 bilden aus welchen eine Vielzahl von Flüchtlingen in die EU
39 kommt, dürfen sich ihrer Verantwortung in der Flüchtlings-
40 politik nicht entziehen.

41

42 Die Flüchtlinge stellen keine Gefahr für die EU dar, sondern
43 vielmehr eine Bereicherung. Zudem gehört es zu unserer
44 Pflicht, uns den Nöten der Flüchtlinge anzunehmen, anstatt
45 auf hoher See ihren Tod in Kauf zu nehmen und eine "Fes-
46 tung Europa" zu errichten.

47

Antrag 31/II/2012

Jusos Berlin

50 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

51 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

52

Für eine humane Flüchtlingspolitik – Gegen die Wiederein- 54 führung nationaler Grenzkontrollen

55 Wir lehnen es ab, dass die EU-Mitgliedsstaaten auf eigene
56 Entscheidung hin oder gemeinsam innerhalb des Schengen-
57 Raums künftig wieder Grenzkontrollen einführen dürfen.

58

59 Die Freizügigkeit über die Innengrenzen hinweg ist ein iden-
60 titätsstiftendes Merkmal eines zusammenwachsenden Eu-
61 ropas. Erneute Grenzkontrollen stellen einen massiven
62 Rückschritt dar.

Antrag 30/II/2012

Annahme (K)

Antrag 31/II/2012

Erledigt bei Annahme Antrag 30/II/2012

01
02 Die Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen, um Ge-
03 flüchteten die Weiterreise aus dem Staat, in welchem sie
04 Asyl beantragt haben, innerhalb der EU zu gewähren, leh-
05 nen wir ab.

06
07 Die EU muss die Rechte von Geflüchteten gewährleisten. Wir
08 lehnen es ab, dass sich einzelne Staaten dieser Verantwor-
09 tung entziehen.

10
11 Vielmehr muss die Drittstaatenregelung in Frage gestellt
12 werden. Das Recht der Freizügigkeit muss allen Menschen
13 gewährt werden.

14 15 **Antrag 32/II/2012**

16 **KDV Friedrichshain-Kreuzberg**

17 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

18 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

19 20 **Aufnahme von Afghanen in die BRD**

21 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bundes-
22 tages werden aufgefordert,

23 Initiativen zu starten, dass bei Abzug der Deutschen Streit-
24 kräfte die afghanischen Beschäftigten deutscher Institutio-
25 nen und deren engere Familienmitglieder die Möglichkeit
26 erhalten nach Deutschland auszureisen und hier eine unbe-
27 fristete Aufenthaltsgenehmigung mit allen rechtlichen Mög-
28 lichkeiten zur Teilhabe am Arbeitsmarkt erhalten. Entspre-
29 chende Integrationsprogramme sind aufzulegen.

30 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Europaparlaments
31 werden aufgefordert analoge Initiativen auf europäischer
32 Ebene für die anderen Staaten anzuregen.

33 34 **Antrag 33/II/2012**

35 **Jusos Berlin**

36 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

37 38 **Für ein Verbot der Hisbollah in der EU!**

39 Spätestens nach dem auf israelische Touristen gerichteten
40 Terroranschlag im bulgarischen Burgas, bei dem 7 Men-
41 schen ums Leben kamen, muss die islamistische Terrororga-
42 nisation Hisbollah wieder in den Fokus der deutschen Innen-
43 und Außenpolitik gerückt werden. Die Hisbollah ist in
44 Deutschland wesentlich daran beteiligt, Spenden für den
45 Terror gegen Israel zu organisieren. So sammelt die schiiti-
46 sche Organisation mittels sogenannter (gemeinnütziger!)
47 Wohltätigkeitsvereine Spenden für „Märtyrerkinder“ und ist
48 darüber hinaus, wie zuletzt beim sogenannten Al-Quds-
49 Marsch am 18.08.2012 bestätigt, maßgeblich daran betei-
50 ligt, antisemitische Propaganda gegen Israel zu verbreiten.
51 In Berlin stieg die Unterstützerzahl dieser Terror-
52 Organisation gar an. In der gesamten EU kann die Hisbollah
53 nach Schätzungen auf mehrere Tausend Unterstützerinnen
54 und Unterstützer zugreifen, die auf Anordnung des irani-
55 schen Regimes oder der Führung im (Süd)-Libanon terroris-
56 tisch aktiv werden können.

57
58 In der Vergangenheit hat die Organisation bewiesen, dass
59 sie die Ermordung von Jüdinnen und Juden sowie Gegnerin-
60 nen und Gegner des iranischen Regimes als Mittel zur
61 Durchsetzung ihrer politischen Ziele anwendet. In Berlin
62 wurden 1992 vier kurdisch-iranische Oppositionspolitiker

Antrag 32/II/2012

**Überweisung an FA I - Internationale Politik, Frieden und
Entwicklung (K)**

Antrag 33/II/2012

**Überweisung an FA I - Internationale Politik, Frieden und
Entwicklung (K)**

01 von Anhängern der Hisbollah ermordet. Zwei Jahre später
02 verübten Hisbollah-Terroristen einen Anschlag auf das jüdi-
03 sche Gemeindezentrum in Buenos Aires, bei dem 80 Men-
04 schen ermordet und 300 weitere verletzt wurden. Bis zum
05 vermutlichen Anschlag in Burgas, am Jahrestag des Attenta-
06 tes in der argentinischen Hauptstadt, führte die Organisati-
07 on weitere Anschläge rund um den Globus durch. Der Chef
08 der Hisbollah, Hassan Nasrallah, verteidigte den Terrorismus
09 der Organisation jüngst.

10

11 Die Hisbollah ist eine Terrororganisation, die nicht davor
12 zurückschreckt, in erster Linie Jüdinnen und Juden in aller
13 Welt umzubringen. Alle bisherigen Hoffnungen, wonach die
14 Organisation eine moderate Kraft im Libanon werden kön-
15 ne, haben sich als Trugschluss erwiesen. Die aktuellen Um-
16 brüche im Syrien zeigen auf, dass die Hisbollah die brutale
17 Unterdrückung der syrischen Opposition aktiv unterstützt
18 und wesentlicher Bestandteil der Achse Teheran- Damaskus
19 ist. Um von ihrem drohenden Machtverfall im Zuge der
20 regionalen Veränderungen abzulenken, werden militärische
21 Aktionen der Hisbollah gegen Israel erwartet.

22

23 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages, des
24 Berliner Abgeordnetenhauses und des Senats werden daher
25 aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die Hisbollah analog
26 zur Hamas auf die EU-Terrorliste zu setzen und deren Aktivi-
27 täten in Deutschland zu verbieten!

28

29 **Antrag 34/II/2012**

30 **Jusos Berlin**

31 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

32

33 **Positionspapier zur Eurofrage – Deutschland als Teil des**
34 **Problems begreifen**

35 Europa befindet sich in einer substanziellen Krise. Seit dem
36 Zusammenbruch der Bank Lehman Brothers reißt die Serie
37 an Hiobsbotschaften für die Finanz- und Realwirtschaft der
38 europäischen Staaten nicht mehr ab. Während noch 2008
39 von der weltweit größten Finanz-, dann von der schlimms-
40 ten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg gesprochen
41 wurde, liegt nun angeblich eine Schuldenkrise europäischer
42 Haushalte vor, die den Fortbestand des Euro und der ge-
43 samten Europäischen Union bedroht. Beinahe im Wochen-
44 takt werden Pakete geschnürt und Reformen der makro-
45 ökonomischen Governance-Architektur des Euroraums
46 verkündet, um ein Auseinanderfallen der gemeinsamen
47 Währung zu verhindern. Doch diese Neujustierungen mar-
48 kieren keinen qualitativen Bruch mit dem für die Krise des
49 Währungsraums mitverantwortlichen makroökonomischen
50 Euro-Regime der Vorkrisenzeit. Vielmehr wurde dieses –
51 maßgeblich auf Betreiben Deutscher AkteurInnen hin –
52 reproduziert und verschärft.

53

54 **1. Keine Revision des Maastricht-Vertrags, nirgends!**

55 Um der Krise Einhalt zu gebieten, setzten Europas Staats-
56 und RegierungschefInnen in den vergangenen Monaten an
57 verschiedenen Punkten an, verfehlten jedoch die neuralgi-
58 schen. Weder Europäisches Semester, noch „Sixpack“, die
59 Universalisierung der deutschen Schuldenbremse, Euro-
60 Plus-Pakt oder die Einrichtung eines dauerhaften Europäi-
61 schen Stabilisierungsmechanismus sind in der Lage, die
62 asymmetrische Konstruktion der Europäischen Wirtschafts-

Antrag 34/II/2012

Überweisung an FA II - EU-Angelegenheiten (K)

01 und Währungsunion zu überwinden.

02

03 Die Beschlüsse reproduzieren das 1992 geschaffene Maast-
04 richt-Regime, das eine Zentralisierung der Geldpolitik bei
05 der Europäischen Zentralbank festschreibt, ohne ihr die für
06 eine makroökonomische Koordinierung notwendige politi-
07 sche Union zur Seite zu stellen. Damals setzten sich deut-
08 sche Vorstellungen von einer unabhängigen, ausschließlich
09 auf Inflationsbekämpfung fixierten und wirtschaftspolitisch
10 nicht flankierten Zentralbank durch. Französische Gouver-
11 nement-Économique-Konzeptionen hatten das Nachsehen.
12 Allenfalls unverbindliche, der „Offenen Methode der Koor-
13 dinierung“ folgende Richtlinien – zumeist neoliberalen Cha-
14 rakters – wurden der Geldpolitik zur Seite gestellt. Stattdes-
15 sen ergänzte der Stabilitäts- und Wachstumspakt 1997 die
16 Maastricht-Bestimmungen. Er schrieb die Maximalschul-
17 dengrenze bei 60% und eine Defizitgrenze von 3% des Brut-
18 toinlandsprodukts fest. Die alleinige Fixierung auf öffentli-
19 che Verschuldung ließ Privatschulden und Leistungsbilanzen
20 jedoch völlig außer Acht. Staaten mit geringen Staatsschulden
21 – etwa Spanien und Irland – gerieten infolge der durch die
22 Krise notwendig gewordenen Stabilisierungsmaßnahmen
23 und der explodierenden Zinssätze für Staatsanleihen den-
24 noch in Zahlungsprobleme.

25

26 Ob die GIIPS-Staaten tatsächlich unter einer zu hohen
27 Schuldenlast ächzen, ist nach wie vor unklar. Bislang hat es
28 die Finanzwissenschaft nicht vermocht, eine belastbare
29 Grenze für öffentliche Verschuldung festzustellen. Staaten
30 wie Japan etwa zahlen auf Staatsanleihen trotz höherer
31 Staatsverschuldung deutlich geringere Zinsen als Griechen-
32 land, Italien, Spanien, Portugal oder Irland.

33

34 Den konservativen und neoliberalen Kräften in Europa ist es
35 dennoch gelungen, als vermeintliche Ursache für die Krise
36 die nachlässige Haushaltsführung und die Überschuldung
37 einzelner europäischer Staaten festzulegen. Daraus ablei-
38 tend werden strikte Spardiktate an verschuldete Staaten als
39 Lösung der Krise gesehen. Sowohl die Analyse der Krisenur-
40 sache als auch die Maßnahmen zur Krisenbekämpfung sind
41 grundlegend falsch!

42

43 Die Krise ist nicht Folge von hoher Staatsverschuldung durch
44 schlechte Haushaltsführung. Wie sich an den Beispielen
45 Spanien und Irland belegen lässt, sind selbst Staaten, die
46 nach den Kriterien der Wirtschafts- und Währungsunion
47 vorbildlich gewirtschaftet haben, nun im Sog der Krise und
48 müssen enorme Zinsen auf ihre Staatsanleihen zahlen. Rich-
49 tig ist allerdings, dass einige Länder eine zu hohe Verschul-
50 dung erreicht haben. Dies ist in einigen Fällen eine direkte
51 Konsequenz aus der Rettung systemrelevanter Finanzinsti-
52 tute und hat daher wenig mit falschem Wirtschaften in den
53 Jahren zuvor zu tun.

54 Wenn nun sowohl von konservativer Seite als auch aus den
55 Reihen der Sozialdemokratie eine konsequente Entschul-
56 dungspolitik mit drastischen Einsparungen gefordert wird,
57 gleichzeitig aber zukunftsweisende Investitionen zur Ankur-
58 belung der Wirtschaft verlangt werden, ist dies ein Wider-
59 spruch in sich.

60

61 Erstens zeigt sich seit zwei Jahren, dass sich die Krise mit
62 Hilfe einer rigorosen Privatisierungs- und Sparpolitik immer

01 weiter verschlimmert. Nicht nur brechen damit in den be-
02 troffenen Staaten Steuereinnahmen für öffentliche Investi-
03 tionen und die Möglichkeit zur Steigerung der Binnen-
04 nachfrage weg, es wird auch ein großer Teil der Bevölkerung
05 in Armut gestürzt. Wir verurteilen die von populistischen
06 Medien und Politikern angeheizte Stimmung, ganze Völker
07 hätten jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt. Der Großteil
08 der Bevölkerung Griechenlands, Spaniens, Italiens, Portugals
09 oder Irlands gehört nicht zu den Verursachern der Krise,
10 muss diese nun aber aufgrund der neoliberalen Politik be-
11 zahlen.

12
13 Zweitens ist es nötig, dass alle europäischen Staaten mehr
14 Anstrengungen in den Bereichen Bildung, Ausbildung, For-
15 schung, Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge und
16 erneuerbare Energien unternehmen, um ihre Wirtschaft
17 wieder zu beleben. Diese Anstrengungen erfordern aber
18 notwendigerweise finanzielle Investitionen, die also auch
19 die Aufnahme neuer Schulden beinhalten können. Deshalb
20 ist ein Instrument wie die deutsche Schuldenbremse kein
21 exportfähiges Modell. Sie würde die notwendigen Investiti-
22 onen in Griechenland und anderen Ländern verhindern,
23 statt diesen Ländern zu helfen.

24
25 Das Maastricht-Regime – unterinstitutionalisiert und der
26 neoklassischen Theorie folgend – hat versagt. Die Wachs-
27 tumsraten und Beschäftigungszahlen nahmen sich in den
28 vergangenen Jahren äußerst bescheiden aus, Leistungsbi-
29 lanzen der Mitgliedstaaten liefen auseinander, eine wirt-
30 schaftspolitische Koordinierung fand nicht statt, das System
31 europäischer Wettbewerbsstaaten führte zu einem Race to
32 the bottom der Staatsausgaben und Sozialleistungen. Den-
33 noch schreiben die aktuellen Reformbemühungen die
34 Maastricht-Logik fort; ein Bruch ist längst nicht in Sicht.

35 36 **2. Thatchers langer Schatten: Deutschland als Europas** 37 **Hegemon**

38 Als treibende Kraft hinter der Verschärfung der Maastricht-
39 Regeln entpuppt sich die Bundesrepublik. Die Machtbalance
40 hat sich weiterhin zuungunsten der EU und Frankreichs in
41 Richtung Berlin verschoben. Wie bereits 1992 und 1997
42 wurden deutsche Konzepte europäisiert. Die Verankerung
43 der tendenziell deflationären und zum Sozialabbau einla-
44 denden deutschen Schuldenbremse in fast allen Verfassun-
45 gen der Eurostaaten ist ein weiterer Schritt in Richtung
46 eines deutschen Europas; Margaret Thatchers 22 Jahre alte
47 Befürchtung entpuppt sich als weitsichtige Prognose.

48
49 Zur üblichen Ablehnung einer wirtschaftspolitischen Koordi-
50 nierung auf europäischer Ebene und einer grundlegenden
51 Reform der EZB gesellt sich zunehmender Nationalismus.
52 Europaskepsis, D-Mark-Nostalgie und Chauvinismus gegen-
53 über den in Schwierigkeiten geratenen europäischen Staa-
54 ten greifen hierzulande um sich und gefährden das europäi-
55 sche Integrationsprojekt.

56 Der Narrativ vom fleißigen Deutschen, der jetzt für die fau-
57 len Südländer zahlen muss, bricht sich Bahn und knüpft an
58 nationalistische Diskurse aus vergangenen Jahren an. Der
59 Klassenkonflikt wird von konstruierten nationalen Gegen-
60 sätzen überdeckt.

61
62 Verkannt wird dabei die Rolle, die Deutschland in der ge-

01 genwärtigen Krise des Euroraums spielt. Die übermäßige
02 Exportfixierung erlaubte es der Bundesrepublik, sich an
03 vielen Euroländern gesundzustoßen. Stagnierende Lohn-
04 stückkosten – bedingt durch sinkende Reallöhne bei gleich-
05 zeitiger Produktivitätssteigerung – begünstigten die Entste-
06 hung enormer Leistungsbilanzungleichgewichte im Euro-
07 raum. Die Konsequenz dieser einseitigen Exportfixierung
08 tragen die NachbarInnen der Bundesrepublik. Deutschland
09 ist also keineswegs der gesunde Musterknabe, der seinen
10 verkrusteten Arbeitsmarkt auf Vordermann gebracht und
11 kluge Lohnzurückhaltung geübt hat, sondern Teil des Prob-
12 lems.

13

14 **3. Was jetzt zu tun wäre**

15 Um die strukturellen Defizite des Euroraums zu überwinden,
16 ist eine Revision des Maastricht-Vertrags notwendig. Fol-
17 gende Schritte können zur Errichtung eines Post-Maastricht-
18 Regimes beitragen:

- 19 ▪ Aufbau einer politischen Union: Langfristig ist zusätzlich
20 zur schon bestehenden Währungsunion eine echte
21 Wirtschafts- und Sozialunion aufzubauen. Dies wäre ein
22 erster wichtiger Schritt hin zu einer europäischen Föderation.
23 Diese bedarf nicht einer sog. "Europäischen
24 Wirtschaftsregierung", sondern eines starken Europäischen
25 Parlaments, einer ihm gegenüber verantwortlichen
26 Kommission zur Ausführung und Kontrolle euro-
27 päischer Vorschriften und eigenständige nationale Par-
28 lamente und Regierungen. Diese müssen weiterhin
29 verantwortlich für ihre eigene nationale Haushaltspoli-
30 tik sein, so wie auch Bundesländer ihren Haushalt ohne
31 Diktat der Bundesregierung beschließen können. Wohl
32 aber können das Europäische Parlament, der Minister-
33 rat und ein evtl. zu schaffendes beratendes Gremium
34 aus den Vertretern nationaler Parlamente Empfehlungen
35 und Warnungen aussprechen, um Kohärenz und
36 Transparenz in der Haushaltspolitik der gesamten Uni-
37 on zu gewähren.
- 38 ▪ Aufbau des sozialen Europas: Die Geschichte des wie-
39 dervereinigten Deutschlands zeigt, dass finanzielle Hil-
40 fen in verschiedenster Form nötig sind, um den Lebens-
41 standard wirtschaftlich sehr unterschiedlicher Regionen
42 anzugleichen. Echte Solidarität und "mehr Europa" be-
43 deutet für uns auch, die befürchtete Massenarmut in
44 den nun betroffenen Krisenstaaten durch finanzielle
45 Transferleistungen zu bekämpfen und die dortige Wirt-
46 schaft zu fördern. Verpflichtet ist die Bundesrepublik
47 dazu einerseits aufgrund ihrer Stellung als größter und
48 reichster Mitgliedsstaat in der EU, andererseits auf-
49 grund der einseitig auf Export ausgerichteten deut-
50 schen Wirtschaft, die mit jahrelangen Lohnzurückhal-
51 tungen und Leistungsbilanzüberschüssen das wirt-
52 schaftliche Auseinanderdriften der EU noch befördert
53 hat und damit mitverantwortlich für die Krise in Spani-
54 en, Portugal und Griechenland ist. Eine solche solidari-
55 sche Hilfe könnte zum Beispiel auf der seit Jahren be-
56 stehenden Europäischen Regionalpolitik aufbauen. Für
57 eine echte solidarische Politik müsste die Europäische
58 Regionalpolitik allerdings sowohl finanziell als auch in-
59 stitutionell ausgebaut, der Zugang zur Förderung er-
60 leichtert werden und Zuschüsse zu regionalen sozialen
61 und bildungspolitischen Programmen möglich sein. Wir
62 fordern eine deutliche Aufstockung des vom Europäi-

- 01 schen Parlament kontrollierten EU-Budgets, zum Bei-
02 spiel durch Einführung einer EU-Steuer. Die Verteilung
03 dieser EU-Gelder muss zudem grundsätzlich überdacht
04 werden.
- 05 ▪ Revision des Stabilitäts- und Wachstumspakts: Anstelle
06 der bislang gültigen ausschließlichen Fixierung auf öf-
07 fentliche Verschuldung fordern wir die Inblicknahme
08 privater Verschuldung. Um die Handelsbilanzungleich-
09 gewichte des Euroraums symmetrisch zu korrigieren,
10 müssen Löhne in Deutschland über einen längeren Zeit-
11 raum stärker als in den Defizitländern steigen.
 - 12 ▪ Verhinderung einer europaweiten Verankerung der
13 deutschen Schuldenbremse.
 - 14 ▪ Reform der Europäischen Zentralbank: Wir fordern eine
15 Abkehr von der Fixierung auf Inflationsvermeidung. Bei
16 der Ausrichtung ihrer Zinspolitik muss die EZB auch an-
17 dere Zielgrößen – etwa Beschäftigung – einbeziehen.
18 Zudem muss die Europäische Zentralbank einer demo-
19 kratischen Kontrolle unterworfen werden.

20
21 Kurzfristig gilt es, den Euroraum zu stabilisieren. Hierzu
22 sollten folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- 23 ▪ Die EZB muss versichern, dass sie in jedem Fall Staats-
24 anleihen der in Zahlungsschwierigkeiten geratenen
25 Staaten aufkauft (Funktion als „Lender of last resort“),
26 um die Zinsen, die Regierungen auf Staatsanleihen zah-
27 len, niedrig zu halten.
- 28 ▪ Ausgabe gemeinsamer Eurobonds: Eine unbedingt
29 erforderliche Maßnahme ist das von der SPD vorge-
30 schlagene System, in dem 60% der nationalen Staatsan-
31 leihen in einem europäischen Verbundsystem (sog. Eu-
32 robonds) ausgegeben werden. Dies würde einerseits
33 die Spekulation gegen einzelne Mitgliedsstaaten über-
34 flüssig machen, andererseits nicht, wie von Union und
35 FDP behauptet, die Zinsen auf deutsche Staatsanleihen
36 übermäßig steigen lassen. Wir begrüßen außerdem
37 Maßnahmen wie die Einführung eines Europäischen
38 Währungsfonds, einer Finanztransaktionssteuer, Steu-
39 ererhöhungen für Wohlhabende für einen notwendigen
40 Lastenausgleich und eine effektive Gläubigerbeteiligung
41 beim Schuldenabbau.
- 42 ▪ Gewährung nicht-konditionalisierter Transferzahlungen
43 an in Zahlungsschwierigkeiten geratene Staaten (über
44 den ESM).
- 45 ▪ Bereitstellung von Investitionsmitteln für Staaten, die in
46 wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind. (Marshall-
47 Plan).

49 **4. Der Schlüssel liegt in Berlin ... leider!**

50 Vornehmste Aufgabe muss es sein, den Narrativ vom Vor-
51 bild Deutschland zu dekonstruieren. Der deutsche neomer-
52 kantilistische Sonderweg ist eine Sackgasse und sollte nicht
53 zur Nachahmung für die gesamte Eurozone empfohlen
54 werden. Wir treten entschieden für eine Neujustierung des
55 wirtschaftspolitischen Kurses der Bundesrepublik ein. In-
56 nerhalb der – maßgeblich bundesrepublikanische Hand-
57 schrift tragenden – Maastricht-Logik forcierte die deutsche
58 Exportfixierung die Wettbewerbsschwäche der nun in die
59 Krise geratenen europäischen Mitgliedstaaten. Sicher sind
60 auch dort Anpassungsleistungen notwendig, doch die
61 Hauptlast muss auf deutscher Seite liegen.
62 Offenkundig sind deutsche Verhaltensmuster zur Eurofrage

01 jedoch beständig. Die längst überfällige Revision des Maast-
02 richt-Vertrags im jungsozialistischen Sinne blieb bislang aus;
03 auch die gegenwärtige krisenhafte Zuspitzung der struktu-
04 rellen Probleme im Euroraum hat daran nichts geändert. Die
05 sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Europas
06 müssen für die Schaffung eines europaweiten Bewusstseins,
07 welches die Fahrlässigkeit deutscher wirtschaftspolitischer
08 Konzeptionen brandmarkt, Sorge tragen. Ein Bruch mit
09 diesen deutschen ökonomischen Paradigmen ist unerläss-
10 lich für ein solidarisches Europa.

11 Das Gefühl zunehmender Ohnmacht gegenüber Brüssel und
12 vor allem Berlin heizt Nationalismus in ganz Europa an.
13 Wiedererstarkendem Nationalismus muss mit einer Verla-
14 gerung nationalstaatlicher Kompetenzen auf EU-Ebene bei
15 gleichzeitiger Demokratisierung der EU-Institutionen begeg-
16 net werden. Mehr Europa, nicht weniger muss die Antwort
17 auf die gegenwärtige krisenhafte Zuspitzung im Euroraum
18 sein. Die wirtschaftliche und politische Einheit Europas
19 bleibt auch in Zukunft unser erklärtes Ziel.

20 Für eine wirksame und nachhaltige Bekämpfung der Krise
21 müssen kurzfristige und langfristige Maßnahmen getroffen
22 werden. Diese müssen neben wirtschaftlichen Gesichtspun-
23 kten auch sozialen Aspekten standhalten und zudem die
24 Demokratie in Europa schützen und fördern. Daher lehnen
25 wir die Beschlüsse des Europäischen Rates zur Einrichtung
26 eines neuen fiskalpolitischen Pakts zur Überwachung der
27 Haushaltspolitik einzelner Mitgliedsstaaten ab. Das Ziel
28 dieses Pakts ist es, alle Mitgliedsstaaten auf die Linie der
29 neoliberalen Logik Deutschlands und Frankreichs zu bringen.
30 Dabei werden die Parlamente in Europa entmündigt: einer-
31 seits nicken nationale Parlamente bereits getroffene Ent-
32 scheidungen bloß noch ab, andererseits kann das europäi-
33 sche Parlament höchstens Stellungnahmen abgeben. In eine
34 solche Europäische Union können die BürgerInnen kein
35 Vertrauen finden, da sie jegliche Einflussnahme sowohl auf
36 die nationale als auch auf die europäische Politik verlieren.
37 Es steht zu befürchten, dass dies nur den populistischen und
38 europafeindlichen Parteien hilft und langfristig der Europäi-
39 schen Union großen Schaden zufügen wird.

40 Wir fordern ein konsequentes Eintreten der Sozialdemokra-
41 tie für die europäische Idee und die Förderung eines Euro-
42 pas, in der alle Mitgliedsstaaten gleichberechtigt zusam-
43 menarbeiten. Wir verurteilen eine Haltung, die das deut-
44 sche Wirtschaftsmodell und deutsche Politik anderen Mit-
45 gliedsstaaten aufzwingen will. Der Auftritt Deutschlands und
46 Frankreichs gleicht einem Bremsklotz für Europa. Eine Union
47 kann nur bestehen, wenn sich alle gegenseitig respektieren
48 und bereit sind, voneinander zu lernen. In diesem Sinne
49 fordern wir mehr denn je die Umsetzung des europäischen
50 Leitgedanken, der die unterschiedlichen Lebensweisen in
51 Europa begrüßt: „In Vielfalt geeint“.

52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

01 **FINANZEN**

05 **Antrag 35/II/2012**

06 **Abt. 15 | Pankow**

07 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

09 **„Doppik“**

10 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die SPD-
11 Mitglieder im Berliner Senat werden dazu aufgefordert, die
12 sog. „Doppik“ mit einer Vermögensrechnung einzuführen.
13 Bislang war die Haushaltspolitik einseitig durch einen Blick
14 auf Bankkonten geprägt, der Umgang mit öffentlichen Ver-
15 mögen hat dagegen nicht den Stellenwert, der ihm gebührt.
16 Der Grundsatz von „Klarheit und Wahrheit“ im Berliner
17 Haushalt kann nur umgesetzt werden, wenn jährlich eine
18 zutreffende Analyse über die Entwicklung der gesamten
19 Vermögenswerte (d.h. nicht nur Kassenstände und Kredite)
20 sondern auch Wertentwicklung der Liegenschaften erstellt
21 wird.

23 **Antrag 36/II/2012**

24 **KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**

25 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

27 **Die Stadteilmütter in Berlin müssen eine Erfolgsstory bleiben**

29 Die Mitglieder der SPD Abgeordnetenhausfraktion und die
30 SPD Mitglieder im Senat werden aufgefordert, sich umge-
31 hend für den Erhalt der Projekte Stadteilmütter im Land
32 Berlin einzusetzen. Die Finanzierung muss für alle Bezirke in
33 gleicher Weise und mit ausreichenden Mitteln gesichert
34 werden. Es ist dringend ein einheitliches Landesprogramm
35 zu erarbeiten, dass den Fortbestand der Stadteilmütter
36 dauerhaft sichert.

38 **Antrag 37/II/2012**

39 **AfA Berlin**

40 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

42 **Die Stadteilmütter in Berlin müssen eine Erfolgsstory bleiben**

44 Die Mitglieder der SPD Abgeordnetenhausfraktion und die
45 SPD Mitglieder im Senat werden aufgefordert, sich umge-
46 hend für den Erhalt der Projekte Stadteilmütter im Land
47 Berlin einzusetzen. Die Finanzierung muss für alle Bezirke in
48 gleicher Weise und mit ausreichenden Mitteln gesichert
49 werden. Es ist dringend ein einheitliches Landesprogramm
50 zu erarbeiten, dass den Fortbestand der Stadteilmütter
51 dauerhaft sichert.

53 **Antrag 38/II/2012**

54 **Abt. 09 | Spandau**

55 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

56 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

58 **GEMA-Gebühren nicht erhöhen**

59 Die Fraktionen der SPD im Abgeordnetenhaus zu Berlin
60 sowie im Deutschen Bundestag werden aufgefordert, sich
61 dafür einzusetzen, dass die GEMA-Gebühren in ihrem alten
62 Format erhalten bleiben und nicht erhöht werden.

Antrag 35/II/2012

Überweisung an AH-Fraktion (K)

Antrag 36/II/2012

Annahme (K)

Antrag 37/II/2012

Erledigt bei Annahme Antrag 36/II/2012 (K)

Antrag 38/II/2012

Annahme (K)

01 **Antrag 39/II/2012**
02 **Abt. 05 | Reinickendorf**
03 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
04
05 **Sozialversicherungsbeiträge ausschließlich paritätisch**
06 **finanzieren!**
07 Die SPD Landesverband Berlin bekennt sich ausdrücklich zur
08 paritätischen Finanzierung von Sozialversicherungsbeiträ-
09 gen.
10
11 Bereits erfolgte Einbrüche in die paritätische Finanzierung
12 (Pflegeversicherung, Rentenversicherung (hier
13 Riesterrente)) sind abzustellen. Es ist paritätisch zu finanzia-
14 ren.
15
16 **Antrag 40/II/2012**
17 **Abt. 05 | Reinickendorf**
18 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
19
20 **Trennung der Banken vollziehen**
21 Die SPD-Fraktion im Bundestag und der Bundesvorstand der
22 SPD werden sich dafür einsetzen, dass spätestens in der
23 nächsten Legislaturperiode (und vorab im Wahlprogramm
24 der SPD für die Bundestagswahl 2012) ein politischer
25 Schwerpunkt darin liegen wird, die Bankenlandschaft in
26 Deutschland und möglichst auch in Europa neu zu ordnen.
27
28 Insbesondere sind die Institute in unabhängige Bankberei-
29 che, nämlich das Investmentbanking und das Realwirt-
30 schaftsbanking zu trennen.
31
32 **Antrag 41/II/2012**
33 **Jusos Berlin**
34 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
35
36 **„Sparen in der Krise verschärft die Krise“ – Wir benötigen**
37 **Investitionen, höhere Staatseinnahmen**
38
39 **Die Regierung Merkel: Falsche Analysen**
40 In der medialen Berichterstattung der letzten Monate gab
41 es kaum einen Tag, an dem man nichts über vermeintlich
42 ausufernde Staatsschulden lesen konnte. Die Berichterstat-
43 tung war und ist in der Regel sehr einseitig. Es wird ein
44 neoliberales Schreckgespenst einer "Staatsschuldenkrise"
45 gezeichnet, wobei konsequent versucht wird, die Solidarität
46 in Europa zu verunglimpfen und zu bekämpfen. Als Ur-
47 sachen für die schlechten Refinanzierungsmöglichkeiten man-
48 cher europäischer Länder werden Klischees und Stereotype,
49 wie beispielsweise die Kampagne des Boulevards gegen die
50 europäischen „Südländer“, aufgebaut.
51
52 Durch einseitige Schuldzuweisungen werden die wahren
53 Auslöser der Krise bewusst verschleiert und eine gerechte
54 und geeignete Lösung des Problems erschwert. Denn die
55 wahren Ursachen der Verschuldung der sogenannten Kri-
56 senländer liegen nicht in einer vermeintlichen „laxen Haus-
57 haltspolitik“ der vergangenen Jahre begründet. Dies lässt
58 sich daran erkennen, dass Spanien bis zur Bankenrettung
59 2008 die Maastricht-Kriterien von 3% Neuverschuldung und
60 einem Schuldenstand von weniger als 60% des Bruttoin-
61 landsprodukts (BIP) besser eingehalten hat als Deutschland.
62 Spanien und Irland erreichten vor der Krise sogar Über-

Antrag 39/II/2012
Erledigt bei Annahme Leitantrag 01/II/2012 Fassung AK (K)

Antrag 40/II/2012
Annahme (K)

Antrag 41/II/2012
Zurückgestellt / Empfehlung folgt auf dem LPT

01 schüsse im Staatshaushalt, Belgien und Italien konnten ihre
02 Schuldenquote reduzieren. Davon, dass die Ursache der
03 Krise darin liegt, dass diese Länder über ihre Verhältnisse
04 gelebt hätten, kann also absolut nicht die Rede sein.

05

06 Die starke Erhöhung der Staatsverschuldung ergibt sich
07 vielmehr daraus, dass aufgrund der Banken- und Wirt-
08 schaftskrise nationale Kredite zur Rettung der Banken auf-
09 gebracht werden mussten. Die Bankenkrise als Krise des
10 Kapitalismus war neben systemimmanenten Elementen
11 geprägt von Steuersenkungen auf Kosten des Staatshalts.
12 Das wahre Problem liegt daher in der neoliberalen Politik,
13 die auch in Europa vorherrschte.

14 Wir wenden uns entschieden gegen nationalistische Be-
15 schimpfungen und distanzieren uns von diesen einseitigen
16 und inhaltlich falschen Krisenerklärungen. Auch die SPD darf
17 diese falschen Analysen nicht übernehmen. Stattdessen
18 bekennen wir uns zu gemeinsamen und solidarischen euro-
19 päischen Antworten in der Staatsschuldenfrage. Der Austritt
20 oder Ausschluss von Staaten aus dem Euro kann dabei keine
21 Lösung sein. Derartige Gedankenspiele schaden massiv dem
22 europäischen Gedanken und werden daher von uns aufs
23 schärfste verurteilt.

24

25 **Falsche Instrumente**

26 Als Lösung der vermeintlichen Staatsschuldenkrise wird das
27 wirtschaftsliberale Denken weitergeführt: Sparen führt zwar
28 zu einer Senkung der Ausgaben, kann aber zugleich meist
29 auch das BIP senken und hat daher keinen positiven Einfluss
30 auf die Schuldenquote, denn diese ergibt sich aus dem
31 Verhältnis vom Schuldenstand zum BIP. Fälschlicherweise
32 wird dabei die Führung von Staatshaushalt und Privathaushalt
33 gleichgesetzt. Weil Privatpersonen sparen müssen,
34 wenn sie kein Geld mehr haben, sollen dies nun auch die
35 europäischen Staaten machen: Die Schuldenbremse und der
36 Fiskalpakt schreiben zur Lösung der „Staatsschuldenkri-
37 se“ feste Schuldengrenzen vor und verordnen Sanktionen
38 für Überschreitungen. Sie greifen damit nachteilig in eines
39 der höchsten Rechte der Parlamente – das Budgetrecht –
40 ein. Damit wird jede Möglichkeit zur Gestaltung der Politik
41 genommen. In den Ländern der Europäischen Union werden
42 die Parlamente einem Sparzwang unterworfen, woraufhin
43 sie gerade im sozialen Bereich massive Einsparungen vor-
44 nehmen müssen, beispielsweise bei der Arbeitslosenversi-
45 cherung, der Rente und den (Mindest-)Löhnen. Sogar der
46 Internationale Währungsfonds kommt - nach einer langen
47 Zeit des Argumentierens pro Austeritätspolitik - in einem
48 Arbeitspapier mittlerweile zu dem Schluss, dass Kürzungen
49 von Staatsausgaben in besonderer Weise krisenverschär-
50 fend wirken. Kürzungspolitiken treffen außerdem die
51 Schwächsten in der Gesellschaft, die an der Ursache der
52 Krise keinen Anteil haben, und senken die Kaufkraft unnötig.
53 Besonders betroffen davon sind Kommunen, die kaum die
54 Möglichkeiten haben, ihre Einnahmen zu erhöhen, und
55 dadurch sämtliche freiwillige Leistungen in den Bereichen
56 Soziales und Kultur streichen müssen. Auch führt dies dazu,
57 dass Kommunen im Nothaushalt nicht mehr von gewählten
58 Politiker_innen und Politikern regiert werden, sondern
59 Behörden unterstellt sind, die über die Einhaltung der Spar-
60 vorgaben wachen, ohne Rücksicht auf deren soziale Auswir-
61 kungen. Auch in Europa wird dieses Phänomen an den so-
62 genannten „Technokratenregierungen“ in Griechenland und

01 Italien sichtbar.

02

03 Wir setzen uns für einen starken, demokratischen und hand-
04 lungsfähigen Staat ein, der Vermögen zugunsten der sozial
05 Schwachen umverteilt und für die Zukunft investiert. Daher
06 lehnen wir die neoliberale Sparpolitik mitsamt ihrer Instru-
07 mente Schuldenbremse und Fiskalpakt ab. Wir fordern die
08 SPD auf, sich demgemäß zu positionieren und sich von der
09 schwarz-gelben Regierung abzugrenzen.

10

11 **Die Lösung der Krise:**

12 **Für Investitionen und Umverteilung**

13 In der Krise muss der Staat den Einbruch der privaten Nach-
14 frage kompensieren, er muss die Wirtschaft stützen und
15 dem Einbruch der Wirtschaft so entgegenwirken. Nicht
16 Sparer_innen, sondern Schuldner_innen ermöglichen durch
17 Verschuldung die in der Krise notwendigen Investitionen.
18 Staatsschulden erfüllen diese Rolle in besonderem Maße, da
19 das Gemeinwesen langfristige infrastrukturelle Investitionen
20 tätigt, politisch lenkend eine umverteilende und sozial ge-
21 rechte Investitionssteuerung übernehmen kann und eine
22 sehr große Refinanzierungskapazität hat. Die stimulierenden
23 Investitionen können nicht nur aus der Krise führen, sie
24 bieten auch die Perspektive, entstandene Investitionslücken
25 zu schließen. Zudem führen sie zu nachhaltigem Wirt-
26 schaftswachstum und neuen Arbeitsplätzen.

27

28 Daher fordern wir:

- 29 ■ einen Ausbau des Schienennetzes im Nah- und Fern-
30 verkehr
- 31 ■ einen Ausbau der erneuerbaren Energien und der
32 Energienetze
- 33 ■ mietenverträgliche Investitionen in die energetische
34 Gebäudesanierung und die Erforschung von Stromspei-
35 chertechnologien
- 36 ■ einen Ausbau der frühkindlichen Bildung und der Be-
37 treuungsangebote
- 38 ■ eine stärkere Ausfinanzierung von Bildungseinrichtun-
39 gen und Weiterbildungsmöglichkeiten
- 40 ■ Investitionen in den Bereichen Arbeit und Soziales

41

42 Es bedarf daher einer Entdramatisierung von Staatsschulden
43 entgegen konservativer und neoliberaler Denkmuster. Das
44 Argument der mangelnden "Generationengerechtigkeit"
45 von investiver Politik kann dabei als falsch entlarvt werden.
46 Es werden nicht nur Schulden, sondern auch deren Gegen-
47 werte vererbt. Von der Verbesserung der Infrastruktur und
48 Investitionen in den Bildungsbereich profitieren kommende
49 Generationen. Daraus wird erkennbar, dass sich die Verteilungs-
50 frage nicht zwischen der heutigen und zukünftigen
51 Generation stellt, zwischen denen in der konservativen
52 Deutung ein Konflikt aufgebaut wird, sondern dass die Ver-
53 teilungsfrage vielmehr zwischen den verschiedenen Schich-
54 ten innerhalb jeder Generation neu gestellt werden muss.

55

56 Deutschland ist in der Krise teilweise einer nachfrageorien-
57 tierten Wirtschaftspolitik gefolgt und hatte mit Programmen
58 wie dem Kurzarbeiter_innengeld, das vom damaligen SPD-
59 Arbeitsminister Olaf Scholz in einer großen Koalition einge-
60 führt worden ist, kaum unter den Folgen der Krise zu leiden.

61

62 Deshalb fordern wir eine Abkehr von Merkels neoliberalem

01 Sparzwang hin zu einer investiven Politik in ganz Europa.
02 Dabei ist besonders zu beachten, dass die Investitionen eine
03 Umverteilung innerhalb der Gesellschaft bewirken und
04 besonders die Unter- und Mittelschicht gestärkt wird. Auch
05 die SPD und ihre mögliche Kanzlerkandidat_innen müssen
06 sich zu einer umverteilenden Investitionspolitik bekennen!
07

08 **Für eine Erhöhung der Einnahmeseite**

09 Um die notwendigen Investitionen zu verwirklichen, muss –
10 neben der Schuldenaufnahme in der Krise – die Einnahme-
11 basis des Staates langfristig gestärkt werden. Für diese
12 Forderung gibt es breite gesellschaftliche Unterstützung.
13 Der Spitzensteuersatz muss auf 75 % erhöht werden, die
14 Reichensteuer muss beibehalten werden. Darüber hinaus
15 müssen Kapitalerträge die gleiche Besteuerung erfahren wie
16 andere Einkommensarten und das Ehegattensplitting muss
17 abgeschafft werden. Auch Erbschaften und Vermögen müs-
18 sen stärker besteuert werden. Wir stehen daher für eine
19 Finanztransaktionssteuer sowie eine europaweit koordinier-
20 te Vermögensabgabe. Außerdem muss Steuerhinterziehung
21 konsequenter bekämpft werden. Zudem muss über Umver-
22 teilung innerhalb der öffentlichen Haushalte nachgedacht
23 werden, die sich an stärkerer sozialer Gerechtigkeit orien-
24 tiert. Die Steuersenkungen der vergangenen Jahrzehnte
25 müssen zurückgenommen werden.

26
27 Wir fordern die SPD auf, sich für eine stärkere Besteuerung
28 hoher Einkommen und besonders von Erbschaften und
29 Vermögen einzusetzen und die daraus gewonnenen Ein-
30 nahmen für mehr Bildungschancen, eine gute Infrastruktur,
31 den Ausbau erneuerbarer Energien und für eine bessere
32 Sozialpolitik einzusetzen.

34 **Für eine vertiefte europäische Integration und gemeinsa- 35 me Konzepte**

36 Die Krise lässt sich nicht national bewältigen. Alle Instru-
37 mente müssen immer im Blickwinkel eines gemeinsamen
38 Europas angewandt werden. Wir setzen uns daher für die
39 Erhöhung der Steuern auf hohe Einkommen, Kapitalerträge
40 und Erbschaften in ganz Europa ein. Auch müssen europa-
41 weit mehr Investitionen für eine gerechtere Gesellschaft
42 getätigt werden.

43
44 Zu einem föderalen Europa als Ziel sozialdemokratischer
45 Politik gehört auch eine koordinierte Fiskal- und Wirt-
46 schaftspolitik:

47
48 Wir brauchen zunächst eine gemeinsame Schuldenhaftung
49 und eine aktivere Rolle der EZB. Der bisherigen Politik des
50 Einlenkens jeweils im letzten Moment vor dem drohenden
51 Auseinanderbrechen der Währungsunion – wie von Angela
52 Merkel immer wieder praktiziert – muss eine langfristige
53 gemeinschaftliche Alternative entgegengesetzt werden. Das
54 Dogma der Geldwertstabilität muss hinterfragt werden:
55 Japan (Schuldenstand bei 236% in Relation zum BIP) und die
56 USA (Schuldenstand bei 106% in Relation zum BIP) weisen
57 eine deutlich höhere Schuldenquote auf als die sogenann-
58 ten europäischen Krisenstaaten. Trotzdem haben diese
59 Staaten keine Probleme mit der Refinanzierung. Dies kommt
60 unter anderem durch die aktivere Rolle der Zentralbanken
61 zu Stande. Der Aufkauf von Staatsanleihen derjenigen Uni-
62 onsstaaten, die unter horrenden Zinszuschlägen leiden, ist

01 daher ein Teil der Lösung. Die EZB kann dadurch anhaltende
02 Liquidität gewährleisten und ein Investitionsklima schaffen,
03 welches zur Genesung der Europäischen Ökonomien bei-
04 trägt. Im Zuge dessen wird außerdem durch die de facto
05 erreichte gemeinschaftliche Schuldenhaftung eine weitere
06 Spreizung von Zinssätzen innerhalb der Währungsunion
07 verhindert. Spekulative Angriffe und Turbulenzen werden
08 damit unterbunden und eine stabile Refinanzierungspers-
09 spektive aufgebaut. Dies gibt darüber hinaus Raum für die
10 benötigten Investitionen.

11
12 Auch müssen Exportüberschüsse in einzelnen europäischen
13 Ländern abgebaut werden. Diese sorgen für Ungleichge-
14 wichte innerhalb der EU und belasten die derzeitigen Krisen-
15 länder, in denen sich – spiegelbildlich zu den Überschüssen
16 – hohe Außenhandelsdefizite ergeben. Dadurch können sie
17 nur schwer Wirtschaftswachstum generieren und die Krise
18 überwinden. Insbesondere Deutschland benötigt daher eine
19 stärkere Binnennachfrage durch Beschäftigungszuwächse
20 und aktive Lohnpolitik. Vor allem bei niedrigen Einkommen
21 sind Lohnzuwächse geboten. Daher setzen wir uns für einen
22 Mindestlohn ein. Grundsätzlich muss jedoch den Defizitlän-
23 dern auch geholfen werden ihre Außenhandelsungleichge-
24 wichte auf aktive Weise abzubauen.

25 Die demokratische Legitimität des europäischen Projektes
26 darf nicht durch immer stärker beschleunigte Entschei-
27 dungsprozesse als Krisenreaktionen untergraben werden.
28 Das Ziel eines föderalen Europas kann nur durch weitere
29 umfangreiche – durch die Bevölkerung legitimierte –
30 Vergemeinschaftungsschritte erreicht werden. Wir stellen
31 uns daher klar gegen Technokratenregierungen und beken-
32 nen uns zu einem demokratisch legitimierten, solidarischen
33 Europa inklusive politischer Union. Wir wirken dabei inner-
34 halb der Partei und öffentlich für pro-europäische Positio-
35 nierungen und grenzen uns klar von konservativen Re-
36 Nationalisierungsanstrengungen ab.

37

38 **Antrag 42/II/2012**

39 **KDV Steglitz-Zehlendorf**

40 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

41

42 **Steuerabkommen**

43 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhaus-
44 ses und des Senats von Berlin werden aufgefordert, im
45 Bundesrat eine Zustimmung des Landes Berlin zu einem
46 Steuerabkommen mit der Schweiz zu verhindern, in wel-
47 chem die Anonymität der Nachzahlenden erhalten bleibt
48 und der Satz der generellen Nachbesteuerung nicht höher
49 liegt als in der aktuell vorliegenden Fassung.

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

Antrag 42/II/2012

Annahme (K)

01 **GESUNDHEIT**

02
03
04
05 **Antrag 43/II/2012**

06 **ASG Berlin**

07 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

08
09 **Aktionsprogramm Gesundheit aufbauen**

10 Prävention und Gesundheitsförderung sind eine wichtige
11 Säule und die zentrale Zukunftsaufgabe der Gesundheitspo-
12 litik. Mit dem auf Vorschlag der ASG Berlin entwickelten
13 „Aktionsprogramm Gesundheit“ soll das Niveau der
14 Gesundheitsförderung in Berlin weiter erhöht werden.

15 Die SPD Berlin erkennt das Bemühen der Senatsverwaltung
16 für Gesundheit, in dieser Legislaturperiode das „Aktionspro-
17 gramm Gesundheit“ des Landes Berlin zu konzipieren und
18 schrittweise umzusetzen, an.

19 Die SPD Berlin fordert die sozialdemokratischen Mitglieder
20 des Senats und die Abgeordnetenhausfraktion dazu auf, die
21 Umsetzung im Sinne der Gesundheitsförderung der Bürge-
22 rinnen und Bürger Berlins weiterhin aktiv zu begleiten.

23
24 Ziele des Aktionsprogramms sind dabei

- 25 ■ Identifikation und Verbreitung („Roll-Out“) von Good-
26 Practice-Maßnahmen
- 27 ■ Verstetigung sinnvoller Maßnahmen, für die ein Bedarf
28 identifiziert wurde und
- 29 ■ Einwerbung und Bündelung von Mitteln und Ressour-
30 cen unterschiedlicher Kostenträger.

31
32 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die
33 Abgeordnetenhausfraktion werden zudem aufgefordert, bei
34 der Vorlage des Entwurfs des Doppelhaushalts 2014/2015
35 Mittel für die operative Umsetzung des Aktionsprogramms
36 Gesundheit sowie für dessen wissenschaftliche Begleitung
37 auszuweisen.

38 Zudem werden die sozialdemokratischen Mitglieder des
39 Berliner Senats aufgefordert, sich über den Bundesrat für
40 die Verabschiedung eines bundesweiten Gesundheitsförde-
41 rungs- und Präventionsgesetzes in Deutschland einzusetzen.

Antrag 43/II/2012

Annahme (K)

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

GLEICHSTELLUNG

Wiedervorlage Antrag 82/I/2012

Vertagt vom Landesparteitag 09.06.2012

ASF

Der Landesparteitag möge beschließen:

Quotierte geschäftsführende Vorstände auf allen Ebenen der Partei

Um das gemeinsam formulierte Ziel einer paritätischen Besetzung der Vorstände und Gremien der SPD Berlin auf allen Ebenen zu erreichen, werden die geschäftsführenden Vorstände auf allen Ebenen der Partei jeweils zur Hälfte mit Frauen und Männern besetzt.

Der SPD-LV entwickelt bis zum nächsten Landesparteitag Vorschläge für Sanktionsmöglichkeiten bei Nichteinhaltung der satzungsgemäßen Besetzung der Parteigremien.

Antrag 44/II/2012

AG Schwusos Berlin

Der Landesparteitag möge beschließen:

Respekt und Unterstützung für intersexuelle Menschen

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands tritt für eine Anerkennung und den Schutz von intersexuellen Menschen als Teil unserer gesellschaftlichen Vielfalt ein. Daher lehnt die SPD geschlechtszuordnende Operationen im Kindesalter ab.

Die Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich für die Einführung der Geschlechtskategorie „anderes“ im Personenstandsregister einzusetzen, die es intersexuellen Menschen ermöglicht, sich nicht den Kategorien „weiblich“ oder „männlich“ zuordnen zu müssen.

Dieses Anliegen soll außerdem in das SPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2013 aufgenommen werden.

Antrag 45/II/2012

Abt. 13 | Pankow

Der Landesparteitag möge beschließen

Der Bundesparteitag möge beschließen

Respekt vor intersexuellen Menschen

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands unterstützt ausdrücklich die Bemühungen der Bundestagsfraktion der SPD ein neues Recht für und zur Intersexualität zu schaffen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschland spricht sich gegen, Geschlechtszuweisende Operationen bei Kindern aus und tritt für ein sofortiges Verbot dieser Operationen ein.

Die SPD wird ihre Fraktionen / Regierungen unterstützen, sich im Bundestag und Bundesrat für die Schaffung eines dritten Geschlechtes, im Personenstandswesen, neben „M= männlich“ „W = weiblich“ „A = anders“ einzusetzen und die rechtlichen Voraussetzungen dazu herbeizuführen.

Die SPD folgt im großen Rahmen der Empfehlung des Ethikrates zur Intersexualität.

Wiedervorlage Antrag 82/I/2012

Annahme (K)

Antrag 44/II/2012

Annahme (K)

Antrag 45/II/2012

Erliegt bei Annahme Antrag 44/II/2012 (K)

01 **Antrag 46/II/2012**

02 **KDV Tempelhof-Schöneberg**

03 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

04 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

05

06 **Respekt und Unterstützung für intersexuelle Menschen**

07 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands tritt für eine
08 Anerkennung und den Schutz von intersexuellen Menschen
09 als Teil unserer gesellschaftlichen Vielfalt ein. Daher lehnt
10 die SPD geschlechtszuordnende Operationen im Kindesalter
11 ab.

12 Die Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich für die
13 Einführung der Geschlechtskategorie „anderes“ im Perso-
14 nenstandsregister einzusetzen, die es intersexuellen Men-
15 schen ermöglicht, sich nicht den Kategorien „weiblich“ oder
16 „männlich“ zuordnen zu müssen.

17

18 **Antrag 47/II/2012**

19 **KDV Mitte**

20 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

21 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

22

23 **Respekt und Unterstützung für intersexuelle Menschen**

24 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands tritt für eine
25 Anerkennung und den Schutz von intersexuellen Menschen
26 als Teil unserer gesellschaftlichen Vielfalt ein. Daher lehnt
27 die SPD geschlechtszuordnende Operationen im Kindesalter
28 ab. Die Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich für
29 die Einführung der Geschlechtskategorie „anderes“ im Per-
30 sonenstandsregister einzusetzen, die es intersexuellen Men-
31 schen ermöglicht, sich nicht den Kategorien „weiblich“ oder
32 „männlich“ zuordnen zu müssen.

33

34 **Antrag 48/II/2012**

35 **AG Schwusos Berlin**

36 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

37

38 **Rückwirkende Gleichstellung von verpartnerten Landesbe-**
39 **amten der Rechtsprechung anpassen**

40 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhaus-
41 es und des Senats werden aufgefordert, darauf hinzuwir-
42 ken, dass die verpartnerten Landesbeamten und Richter
43 rückwirkend ab dem 01.08.2001 im Besoldungs- und Ver-
44 sorgungsrecht den verheirateten KollegInnen gleichgestellt
45 werden.

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

Antrag 46/II/2012

Erledigt bei Annahme Antrag 44/II/2012 (K)

Antrag 47/II/2012

Erledigt bei Annahme Antrag 44/II/2012 (K)

Antrag 48/II/2012

Annahme in der Fassung der AK (K)

Rückwirkende Gleichstellung von verpartnerten Landesbe-
amten der Rechtsprechung anpassen

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhaus-
es und des Senats werden aufgefordert, darauf hinzuwir-
ken, dass die verpartnerten Landesbeamten und Richter
rückwirkend ab dem 01.08.2001 im Besoldungs- und Ver-
sorgungsrecht den verheirateten KollegInnen gleichgestellt
werden.

Der für das öffentliche Dienstrecht zuständige Zweite Senat
des Bundesverfassungsgerichts hat in seinem Urteil vom
19.06.2012 (2 BvR 1397/09) zur Gleichstellung von verpart-
nerten mit verheirateten Beamten festgestellt, dass ver-
partnerte Beamten und Richter im Besoldungs- und Versor-
gungsrecht rückwirkend ab dem Inkrafttreten des Lebens-
partnerschaftsgesetzes am 01.08.2001 gleichgestellt werden
müssen.

Das Land Berlin hat 2008 und 2012 seine Landesbeamten
bereits gleichgestellt, allerdings rückwirkend ab dem
03.12.2003. Dies ist nachzubessern.

01 **Antrag 49/II/2012**
02 **KDV Steglitz-Zehlendorf**
03 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
04 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
05
06 **Adoptionsrecht**
07 Eingetragene Lebensgemeinschaften werden im Adoptions-
08 recht Ehepaaren gleich gestellt.
09
10 ***INNERES / RECHT***
11
12
13
14 **Wiedervorlage Antrag 85/I/2012**
15 **Vertagt vom Landesparteitag 09.06.2012**
16 **KDV Pankow**
17 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
18
19 **Seniorenvertretung stärken!**
20 Die SPD spricht sich dafür aus, die Wahl der Seniorenvertre-
21 tungen in den Bezirken am gleichen Tag wie die Abgeordne-
22 tenhaus- und BVV-Wahlen durchzuführen.
23 Außerdem soll bei der Wahl der Seniorenvertretung auch
24 die Briefwahl zulässig sein.
25
26 **Wiedervorlage Antrag 86/I/2012**
27 **Abt. 01 | Pankow**
28 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
29
30 **Seniorenvertretung stärken!**
31 Die SPD spricht sich dafür aus, die Wahl der Seniorenvertre-
32 tungen in den Bezirken am gleichen Tag wie die Abgeordne-
33 tenhaus- und BVV-Wahlen durchzuführen.
34 Außerdem soll bei der Wahl der Seniorenvertretung auch
35 die Briefwahl zulässig sein.
36
37 **Wiedervorlage Antrag 88/I/2012**
38 **Vertagt vom Landesparteitag 09.06.2012**
39 **KDV Reinickendorf**
40 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
41
42 Die SPD-Fraktion Berlin wird dazu aufgefordert, zeitnah eine
43 Bundesratsinitiative zur Abschaffung von Asylflughafenver-
44 fahren nach § 18a Asylverfahrensgesetz zu initiieren.
45
46 **Wiedervorlage ÄNDERUNGSANTRAG 2**
47 **ZUM ANTRAG 88/I/2012**
48 **Vertagt vom Landesparteitag 09.06.2012**
49 **Jusos Berlin**
50
51 Füge an in Zeile 07 hinter „initiiieren.“:
52 „Darüber hinaus wird der Senat dazu aufgefordert, sich
53 gegen die Inbetriebnahme des „Asylgewahrsams“ am neuen
54 Flughafen BER zu stellen und damit zu verhindern, dass das
55 Asylflughafenverfahren durchgeführt werden kann, um
56 somit schutzsuchenden Menschen ihr Recht auf ein faires
57 Asylverfahren zu gewähren.“
58
59
60
61
62

Antrag 49/II/2012
Annahme (K)

Wiedervorlage Antrag 85/I/2012
Annahme (K)

Wiedervorlage Antrag 86/I/2012
Erledigt bei Annahme 85/I/2012 (K)

Wiedervorlage Antrag 88/I/2012
Annahme (K)

Wiedervorlage Änderungsantrag zum Antrag 88/I/2012
Annahme (K)

01 **Wiedervorlage Antrag 89/I/2012**

02 **KDV Mitte**

03 **Vertagt vom Landesparteitag 09.06.2012**

04 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

05

06 **Flughafenverfahren**

07 1. Die Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag und deren
08 Mitglieder sowie der sozialdemokratischen Vertreter Berlins
09 im Bundesrat werden aufgefordert, sich für eine Abschaf-
10 fung des sog. Flughafenverfahrens gemäß § 18a AsylVerfG
11 einzusetzen und erforderlichenfalls eine entsprechende
12 Gesetzesinitiative in den Deutschen Bundestag einzubrin-
13 gen.

14 2. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion im
15 Berliner Abgeordnetenhaus und im Berliner Senat sowie
16 deren Vertreter in den Organen der Flughafengesellschaft
17 werden aufgefordert, ihre Möglichkeiten zu nutzen, um den
18 Bau eines sog. „Abschiebegefängnisses“ zur Durchführung
19 von Flughafenasylverfahren auf dem künftigen Flughafen
20 „Willy-Brandt“ zu verhindern.

21

22 **Wiedervorlage Antrag 90/I/2012**

23 **Vertagt vom Landesparteitag 09.06.2012**

24 **AG Migration**

25 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

26

27 **Ein Flughafenverfahren am Flughafen Berlin-Brandenburg**
28 **ist überflüssig und kontraproduktiv**

29 Das Land Berlin lehnt das geplante Flughafenverfahren auf
30 dem Großflughafen Berlin-Brandenburg bbi aus folgenden
31 Gründen ab:

32 Geringe Fallzahlen: Das geplante Verfahren betrifft nur
33 einen geringen Personenkreis und ist heute nicht mehr
34 zeitgemäß. Bei der Einführung des Verfahrens nach Art 18
35 Asylverfahrensgesetz im Jahr 1995 haben ca. 5.000 Perso-
36 nen jährlich in einem Flughafenverfahren bundesweit um
37 Asyl nachgesucht. Diese Zahlen sind in 2010 auf ca. 700
38 Flüchtlinge pro Jahr bundesweit gefallen, davon sind 57
39 Flüchtlinge in einem Flughafenverfahren übernommen
40 worden. Die Zahl derjenigen Flüchtlinge, die die Zielgruppe
41 des Verfahrens bilden, schwankt zwischen null und fünf
42 Personen jährlich.

43 Unverhältnismäßige Kosten: Die anfallenden Kosten für den
44 Bau einer Hafteinrichtung auf dem Gelände des Flughafens
45 sind durch die tatsächlich erwartbaren Fallzahlen nicht
46 gerechtfertigt.

47 Das Flughafenverfahren verstößt gegen internationale Ver-
48 träge: Bereits 1996 stellte der Europäische Menschen-
49 rechtsgerichtshof fest, dass das Flughafenverfahren faktisch
50 eine ungerechtfertigte Freiheitsentziehung darstelle. Auch
51 die von der Bundesrepublik ratifizierte Kinderrechtskonven-
52 tion der UN, die allein reisenden minderjährige Flüchtlinge
53 unter den besonderen Schutz des Staates stellt, findet im
54 Flughafenverfahren keine Berücksichtigung (Art 3 UN-KRK).
55 Da die Zahl der abgewiesenen Flüchtlinge, deren Zurückwei-
56 sung nicht vollzogen werden kann, gleichbleibend hoch ist,
57 führt dies zu einer faktischen Inhaftierung von Flüchtlingen
58 im Flughafenverfahren.

59 Der Transitbereich eines Flughafens stellt, wie vom Asylver-
60 fahrensgesetz fabuliert, kein exterritoriales Gebiet dar, in
61 ihm gilt Recht und Gesetz der Bundesrepublik Deutschland.
62 Die Landearbeitsgemeinschaft stellt fest, dass das bisherige

Wiedervorlage Antrag 89/I/2012

Erledigt bei Annahme 88/I/2012 (K)

Wiedervorlage Antrag 90/I/2012

Erledigt bei Annahme 88/I/2012 (K)

01 „Wegducken“ der politisch Verantwortlichen in Berlin die
02 politische und gesellschaftliche Brisanz des geplanten Baus
03 der Hafteinrichtung auf dem Flughafen ignoriert. Zudem
04 stellt eine klare Positionierung gegen die Pläne des CSU-
05 geführten Bundesinnenministeriums zur Einführung eines
06 flächendeckenden Flughafenverfahrens, auch in Zusam-
07 menarbeit mit dem SPD-geführten Land Brandenburg, eine
08 gute Möglichkeit das Profil der Berliner SPD in flüchtlingspo-
09 litischen Fragen zu schärfen.

11 **Antrag 50/II/2012**

12 **Abt. 6 | Steglitz-Zehlendorf**

13 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

14
15 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des
16 Abgeordnetenhauses werden aufgefordert, das im SchulG
17 § 52.4 verankerte Rauchverbot in Schulen analog der For-
18 mulierung im KitaFöG zu ergänzen: Bei Aktivitäten außer-
19 halb der Schule darf in Gegenwart der Kinder nicht geraucht
20 werden.

22 **Antrag 51/II/2012**

23 **AG Migration**

24 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

25 26 **Resolution: Lehren aus dem „NSU“-Skandal ziehen – 27 Es darf nichts bleiben, wie es ist!**

28 Die „Aufklärungsarbeit“ um den NSU Terror bringt im Wo-
29 chenrhythmus neue unfassbare Verquickungen zwischen
30 staatlichen Sicherheitsbehörden und rechten Terroristen
31 hervor. Oben drauf kommen dann noch die zufälligen „Pan-
32 nen“ – wie es verharmlosend genannt wird. Einen Verfas-
33 sungsschutz, der weder Verfassung noch Bürger schützt,
34 braucht niemand. Da hilft dann auch nicht der Slogan „De-
35 mokratie schützen“, wenn es doch nicht mehr ist, als ein
36 bedeutungsloser Satz für die Abteilung Marketing.

37
38 Wir sind uns jedoch bewusst, dass eine Abschaffung Prob-
39 leme beim Schutz der Verfassung – wenn die Aufgabe denn
40 ernsthaft betrieben wird, ohne auf dem rechten Auge blind
41 zu sein – mit sich bringen kann. Eine politische Umsetzung
42 scheint auch mehr als unerreichbar zu sein. Eine umfassen-
43 de Herangehensweise ist gebraucht. Deshalb fordern wir
44 unsere sozialdemokratischen Abgeordneten im Bundestag
45 auf, sich für eine grundlegende Reform des Bundesamtes
46 für Verfassungsschutz einzusetzen. Das Abrutschen in das
47 Klein-Klein bei den Reformdiskussionen und das Kompe-
48 tenzgerangel zwischen Bund und Ländern sind vor dem
49 Hintergrund der NSU-Mordserie und des Ausmaßes des
50 Versagens der Polizei und Verfassungsschutzbehörden des
51 Bundes und mehrerer Länder skandalös.

52 Die sozialdemokratischen Mandatsträgerinnen und -träger
53 in Bund und in den Ländern werden aufgefordert, nicht
54 nachzulassen und eine grundlegende Reform des deutschen
55 Sicherheitsapparates voranzubringen. Folgende grundsätzli-
56 chen Aspekte sollten bei einer Reform, aber auch bei der
57 Aufklärungsarbeit zum NSU Fall generell berücksichtigt
58 werden:

60 **Abschaffung des Militärischen Abschirmdienstes (MAD)**

61 Wir fordern die Abschaffung des Militärischen Abschirm-
62 dienstes (MAD).

Antrag 50/II/2012

Annahme (K)

Antrag 51/II/2012

Annahme in der Fassung der AK (K)

Resolution: Lehren aus dem „NSU“-Skandal ziehen – Es darf nichts bleiben, wie es ist!

Die „Aufklärungsarbeit“ um den NSU Terror bringt im Wo-
chenrhythmus neue unfassbare Verquickungen zwischen
staatlichen Sicherheitsbehörden und rechten Terroristen
hervor. Oben drauf kommen dann noch die zufälligen „Pan-
nen“ – wie es verharmlosend genannt wird. Einen Verfas-
sungsschutz, der weder Verfassung noch Bürger schützt,
braucht niemand. Da hilft dann auch nicht der Slogan „De-
mokratie schützen“, wenn es doch nicht mehr ist, als ein
bedeutungsloser Satz für die Abteilung Marketing.

Wir sind uns jedoch bewusst, dass eine Abschaffung Prob-
leme beim Schutz der Verfassung – wenn die Aufgabe denn
ernsthaft betrieben wird, ohne auf dem rechten Auge blind
zu sein – mit sich bringen kann. Eine politische Umsetzung
scheint auch mehr als unerreichbar zu sein. Eine umfassen-
de Herangehensweise ist gebraucht. Deshalb fordern wir
unsere sozialdemokratischen Abgeordneten im Bundestag
auf, sich für eine grundlegende Reform des Bundesamtes
für Verfassungsschutz einzusetzen. Das Abrutschen in das
Klein-Klein bei den Reformdiskussionen und das Kompe-
tenzgerangel zwischen Bund und Ländern sind vor dem
Hintergrund der NSU-Mordserie und des Ausmaßes des
Versagens der Polizei und Verfassungsschutzbehörden des
Bundes und mehrerer Länder skandalös.

Die sozialdemokratischen Mandatsträgerinnen und -träger
in Bund und in den Ländern werden aufgefordert, nicht
nachzulassen und eine grundlegende Reform des deutschen
Sicherheitsapparates voranzubringen. Folgende grundsätzli-
chen Aspekte sollten bei einer Reform, aber auch bei der
Aufklärungsarbeit zum NSU Fall generell berücksichtigt
werden:

Abschaffung des Militärischen Abschirmdienstes (MAD)

Wir fordern die Abschaffung des Militärischen Abschirm-
dienstes (MAD).

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

Es darf nichts bleiben, wie es ist!

Die kleinlichen Diskussionen um Kompetenzen zeigen auf, dass durch die ständig neu aufgedeckten Skandale um die Aufklärungsarbeit beim NSU Terror ein Verstumpfen der Verantwortlichen eingesetzt hat. Der anfängliche – evtl. auch nur symbolische – Tatendrang ist einem „wie rette ich meine Schäfchen“ gewichen. Deshalb darf es kein Tabu bei den Reformdiskussionen um den Verfassungsschutz geben. Eine unabhängige Expertenkommission mit maßgeblicher Beteiligung gesellschaftlicher Akteure soll hierzu Vorschläge unterbreiten.

Mehr Sehschärfe im Kampf gegen Rechts

Der Umgang mit dem NSU-Terror zeigt uns, dass die deutschen Sicherheitsbehörden strukturell die Gefahr von Rechts bagatellisieren. Wir fordern die Stärkung der Arbeit gegen Rechtsextremismus und die Erweiterung der Aufklärungsarbeit auch auf rechte Internetaktivitäten wie die PI-News, die immer wieder zu Hetzjagd auf engagierte Menschen aufrufen. Hierzu müssen insbesondere die Abteilungen zur Überwachung des rechten Terrors beim Bundesamt für Verfassungsschutz aufgewertet und strukturell wie personell verstärkt werden.

Umfassende Demokratische Kontrolle

Die hervorragende Arbeit des NSU-Ausschusses beweist, dass wir die demokratische Kontrolle stärken und konsequent durchführen müssen. Wenn man sich die Verweigerung der Informationsweitergabe an den NSU-Ausschuss seitens der Landes- und Bundesverantwortlichen anguckt und die ständig stückweise rausgerückten Informationen betrachtet, dann kommt man zu der Erkenntnis, dass irgendwo auf die Bremse getreten wird. Sei es der Innensenator Henkel aus Berlin, der sein Wissen nur zögerlich und stückweise preisgibt oder die vielen weiteren Beteiligten. Deshalb gehört das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundestages deutlich aufgewertet. Das Informationsrecht, aber auch die Infrastruktur müssen deutlich verbessert werden, wenn die demokratisch legitimierten Vertreterinnen und Vertreter diese Aufgabe wirklich wahrnehmen können sollen. Ansonsten entsteht – ohne von Verschwörungstheorien getrieben zu sein – der Eindruck, dass hier systematisch verschwiegen und die Aufklärung sabotiert wird. Dieses Eigenleben der Sicherheitsbehörden muss durch mehr Demokratie beendet werden.

Debatte um institutionellen Rassismus selbstbewusst führen – Mentalitätswechsel voranbringen

Wir fragen: Wo bleibt die Debatte über den institutionellen Rassismus in den Sicherheitsdiensten? Es scheint, als weigerten sich die politisch Verantwortlichen, aber auch ein großer Teil der Gesellschaft, die Frage nach dem wirklichen Problem zu stellen. Auch hier lässt sich vom Ausland lernen. Die in Großbritannien 1997 eingesetzte unabhängige Stephen-Lawrence-Untersuchungskommission, die den rassistischen Mord an Stephen Lawrence untersuchen und generelle Erkenntnisse hinsichtlich der Untersuchung und Verfolgung rassistisch motivierter Straftaten identifizieren sollte, kann ein Beispiel für die Aufarbeitung in Deutschland sein. Gesellschaftlich relevante Akteure wie Bischof von Stepney, Dr. John Sentamu, oder der Direktor des Jewish Council for

Es darf nichts bleiben, wie es ist!

Die kleinlichen Diskussionen um Kompetenzen zeigen auf, dass durch die ständig neu aufgedeckten Skandale um die Aufklärungsarbeit beim NSU Terror ein Verstumpfen der Verantwortlichen eingesetzt hat. Der anfängliche – evtl. auch nur symbolische – Tatendrang ist einem „wie rette ich meine Schäfchen“ gewichen. Deshalb darf es kein Tabu bei den Reformdiskussionen um den Verfassungsschutz geben. Eine unabhängige Expertenkommission mit maßgeblicher Beteiligung gesellschaftlicher Akteure soll hierzu Vorschläge unterbreiten.

Mehr Sehschärfe im Kampf gegen rechte Gewalt

Der Umgang mit dem NSU-Terror zeigt uns, dass die deutschen Sicherheitsbehörden strukturell die Gefahr von rechter Gewalt bagatellisieren. Wir fordern die Stärkung der Arbeit gegen Rechtsextremismus und die Erweiterung der Aufklärungsarbeit auch auf rechte Internetaktivitäten wie die PI-News, die immer wieder zu Hetzjagd auf engagierte Menschen aufrufen. Hierzu müssen insbesondere die Abteilungen zur Überwachung des rechten Terrors beim Bundesamt für Verfassungsschutz aufgewertet und strukturell wie personell verstärkt werden.

Umfassende Demokratische Kontrolle

Die hervorragende Arbeit des NSU-Ausschusses beweist, dass wir die demokratische Kontrolle stärken und konsequent durchführen müssen. Wenn man sich die Verweigerung der Informationsweitergabe an den NSU-Ausschuss seitens der Landes- und Bundesverantwortlichen anguckt und die ständig stückweise rausgerückten Informationen betrachtet, dann kommt man zu der Erkenntnis, dass irgendwo auf die Bremse getreten wird. Sei es der Innensenator Henkel aus Berlin, der sein Wissen nur zögerlich und stückweise preisgibt oder die vielen weiteren Beteiligten. Deshalb gehört das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundestages deutlich aufgewertet. Das Informationsrecht, aber auch die Infrastruktur müssen deutlich verbessert werden, wenn die demokratisch legitimierten Vertreterinnen und Vertreter diese Aufgabe wirklich wahrnehmen können sollen. Ansonsten entsteht – ohne von Verschwörungstheorien getrieben zu sein – der Eindruck, dass hier systematisch verschwiegen und die Aufklärung sabotiert wird. Dieses Eigenleben der Sicherheitsbehörden muss durch mehr Demokratie beendet werden.

Debatte um institutionellen Rassismus selbstbewusst führen – Mentalitätswechsel voranbringen

Wir fragen: Wo bleibt die Debatte über den institutionellen Rassismus in den Sicherheitsdiensten? Es scheint, als weigerten sich die politisch Verantwortlichen, aber auch ein großer Teil der Gesellschaft, die Frage nach dem wirklichen Problem zu stellen. Auch hier lässt sich vom Ausland lernen. Die in Großbritannien 1997 eingesetzte unabhängige Stephen-Lawrence-Untersuchungskommission, die den rassistischen Mord an Stephen Lawrence untersuchen und generelle Erkenntnisse hinsichtlich der Untersuchung und Verfolgung rassistisch motivierter Straftaten identifizieren sollte, kann ein Beispiel für die Aufarbeitung in Deutschland sein. Gesellschaftlich relevante Akteure wie Bischof von Stepney, Dr. John Sentamu, oder der Direktor des Jewish Council for

01 Racial Equality, Dr. Richard Stone, trugen mit Reformvor-
02 schlägen und der Öffentlichkeitsarbeit der Kommission
03 maßgeblich zur Aufarbeitung des Themas bei. Das muss
04 auch in Deutschland nicht möglich sein!

05

06 **Interkulturelle Öffnung des Bundesamtes für Verfassungs-** 07 **schutzes**

08 Es ist gut, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz immer
09 mehr Menschen mit Migrationshintergrund für seine Arbeit
10 rekrutiert. Aber geht es vornehmlich um Mitarbeit im Be-
11 reich der Aufklärungsarbeit vor Ort, wo die Sprachkompe-
12 tenzen und auch die Herkunft die Arbeit erleichtern. Es zeigt
13 sich jedoch, dass insbesondere auch auf höheren Hier-
14 archieebenen mehr Vielfalt und interkulturelle Kompetenz
15 dringend notwendig ist.

16 Hierbei soll der Bundesverfassungsschutz Vorreiter sein. Die
17 interkulturelle Öffnung des Bundesamtes für Verfassungs-
18 schutz soll unter Beteiligung der Bundesbeauftragten für
19 Migration und Integration erfolgen und mit konkreten Ziel-
20 vorgaben und Maßnahmen unterlegt werden. Zudem soll
21 die interkulturelle Öffnung des Bundesamtes für Verfas-
22 sungsschutz auch Bestandteil des Nationalen Aktionsplans
23 Integration werden.

24 Wir fordern deshalb einen jährlichen Statusbericht der
25 Verfassungsschutz-Ämter, welcher u. a. den Fortschritt bei
26 der Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund
27 dokumentiert, aber auch die Aktivitäten bei der Schulung
28 der Mitarbeiter in den Bereich interkulturelle Kompetenz
29 und Anti-Rassismus. Nur so kann sich ein Mentalitätswech-
30 sel langsam vollziehen.

31

32 Innerhalb eines Jahres haben es die Sicherheitsbehörden
33 und die Politik geschafft, einen enormen Vertrauensverlust
34 gegenüber dem Staat zu erzeugen. In der Kenntnis, dass
35 unsere Demokratie auch vom Vertrauen in die demokratisch
36 gewählten Vertreterinnen und Vertreter und die von ihnen
37 kontrollierten Institutionen lebt, ist es systemrelevant,
38 schonungslos aufzuklären und neues Vertrauen zu gewin-
39 nen.

40

41 **Antrag 52/II/2012**

42 **AG Migration**

43 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

44

45 **EU-Bürgerinitiative „Let me vote“ unterstützen**

46 Die SPD Berlin unterstützt die Europäische Bürgerinitiative
47 mit dem Titel „Let me vote“ (Registriernummer der EU-
48 Kommission: ECI(2012)000006, Datum der Registrierung:
49 11.05.2012). Der Inhalt der Initiative zielt darauf ab, die
50 Rechte der EU-Bürger durch ein Recht zur Teilnahme an
51 jeder politischen Wahl in dem Mitgliedstaat zu ergänzen, in
52 dem er seinen Wohnsitz hat, zu denselben Bedingungen wie
53 die Angehörigen dieses Mitgliedstaats. Der Landesvorstand
54 der SPD Berlin und der AG Migration und Vielfalt werden
55 aufgefordert, nachdrücklich bei den Mitgliedern mit Info-
56 Veranstaltungen, Broschüren und Kampagnen dafür zu
57 werben und die Unterschriftensammlung logistisch zu un-
58 terstützen, wie das bereits bei der EU-Bürgerinitiative „Was-
59 ser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht!
60 Wasser ist ein öffentliches Gut und keine Handelswa-
61 re!“ innerhalb der SPD Berlin der Fall ist. Die Frist zur Unter-
62 schriftensammlung läuft am 10.05.2013 ab.

Racial Equality, Dr. Richard Stone, trugen mit Reformvor-
schlägen und der Öffentlichkeitsarbeit der Kommission
maßgeblich zur Aufarbeitung des Themas bei. Das muss
auch in Deutschland nicht möglich sein!

Interkulturelle Öffnung des Bundesamtes für Verfassungs- **schutzes**

Es ist gut, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz immer
mehr Menschen mit Migrationshintergrund für seine Arbeit
rekrutiert. Aber geht es vornehmlich um Mitarbeit im Be-
reich der Aufklärungsarbeit vor Ort, wo die Sprachkompe-
tenzen und auch die Herkunft die Arbeit erleichtern. Es zeigt
sich jedoch, dass insbesondere auch auf höheren Hier-
archieebenen mehr Vielfalt und interkulturelle Kompetenz
dringend notwendig ist.

Hierbei soll der Bundesverfassungsschutz Vorreiter sein. Die
interkulturelle Öffnung des Bundesamtes für Verfassungs-
schutz soll unter Beteiligung der Bundesbeauftragten für
Migration und Integration erfolgen und mit konkreten Ziel-
vorgaben und Maßnahmen unterlegt werden. Zudem soll
die interkulturelle Öffnung des Bundesamtes für Verfas-
sungsschutz auch Bestandteil des Nationalen Aktionsplans
Integration werden.

Wir fordern deshalb einen jährlichen Statusbericht der
Verfassungsschutz-Ämter, welcher u. a. den Fortschritt bei
der Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund
dokumentiert, aber auch die Aktivitäten bei der Schulung
der Mitarbeiter in den Bereich interkulturelle Kompetenz
und Anti-Rassismus. Nur so kann sich ein Mentalitätswech-
sel langsam vollziehen.

Innerhalb eines Jahres haben es die Sicherheitsbehörden
und die Politik geschafft, einen enormen Vertrauensverlust
gegenüber dem Staat zu erzeugen. In der Kenntnis, dass
unsere Demokratie auch vom Vertrauen in die demokratisch
gewählten Vertreterinnen und Vertreter und die von ihnen
kontrollierten Institutionen lebt, ist es systemrelevant,
schonungslos aufzuklären und neues Vertrauen zu gewin-
nen.

Antrag 52/II/2012

Annahme in der Fassung der AK (K)

EU-Bürgerinitiative „Let me vote“ unterstützen

Die SPD Berlin unterstützt die Europäische Bürgerinitiative
mit dem Titel „Let me vote“ (Registriernummer der EU-
Kommission: ECI(2012)000006, Datum der Registrierung:
11.05.2012). Der Inhalt der Initiative zielt darauf ab, die
Rechte der EU-Bürger durch ein Recht zur Teilnahme an
jeder politischen Wahl in dem Mitgliedstaat zu ergänzen, in
dem er seinen Wohnsitz hat, zu denselben Bedingungen wie
die Angehörigen dieses Mitgliedstaats. Der Landesvorstand
der SPD Berlin und der AG Migration und Vielfalt werden
aufgefordert, nachdrücklich bei den Mitgliedern dafür zu
werben und die Unterschriftensammlung logistisch zu un-
terstützen, wie das bereits bei der EU-Bürgerinitiative „Was-
ser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht!
Wasser ist ein öffentliches Gut und keine Handelswa-
re!“ innerhalb der SPD Berlin der Fall ist. Die Frist zur Unter-
schriftensammlung läuft am 10.05.2013 ab.

01 **Antrag 53/II/2012**
02 **AG Migration**
03 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
04
05 **Keine Verlagerung der Abschiebehaf nach Eisenhütten-**
06 **tadt**
07 Eine Verlegung der Abschiebehaf nach Eisenhüttenstadt
08 lehnen wir kategorisch ab und fordern die sozialdemokrati-
09 schen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats
10 auf, eine Verlegung zu verhindern.
11
12 **Antrag 54/II/2012**
13 **AG Migration**
14 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
15 **Der Parteikonvent möge beschließen:**
16
17 **Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen!**
18 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-
19 Landesregierungen auf, sich geschlossen für die Abschaf-
20 fung des Asylbewerberleistungsgesetzes einzusetzen und in
21 diesem Sinne die parlamentarischen Wege über Bundesrat
22 und Bundestag auszuschöpfen.
23
24 **Antrag 55/II/2012**
25 **KDV Tempelhof-Schöneberg**
26 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
27
28 **Kennzeichnungspflicht endlich vollständig umsetzen!**
29 Schon seit jeher gehört die Forderung nach einer allumfas-
30 sendenden Kennzeichnungspflicht bei der Polizei zu den originä-
31 ren Positionen der Jusos und wurde erfreulicherweise von
32 der Berliner SPD übernommen und in Regierungshandeln
33 umgesetzt.
34
35 Im Mai dieses Jahres wurde an den zuständigen Innensena-
36 tor Henkel eine Kleine Anfrage gestellt, in der Auskunft zum
37 Thema Kennzeichnungspflicht bei der Polizei eingefordert
38 wurde.
39
40 Aus der Antwort des Innensensors geht hervor, dass bei
41 bestimmten Witterungsbedingungen und Einsatzlagen die
42 Kennzeichnungspflicht aus "Kostengründen" nicht realisiert
43 werden könne. Dies führt Henkel auf die ausschließliche
44 Befestigung der Kennzeichnungsschilder auf den Einsatzja-
45 cken der Beamten zurück. Eine zusätzliche Kennzeichnung
46 auf den restlichen Bestandteilen der Uniform sei seiner
47 Auskunft zufolge aktuell nicht finanzierbar.
48
49 Wir fordern die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus
50 auf, schnellstmöglich auf eine vollständige Kennzeichnung
51 der Polizeibeamtinnen und -beamten hinzuwirken und
52 wenn nötig die dafür erforderlichen finanziellen Mittel zur
53 Verfügung zu stellen.
54
55 Die Kennzeichnung der Berliner Polizistinnen und Polizisten
56 sorgte bisher für ein Mehr an Transparenz und Bürgernähe
57 und ist somit sowohl vollständig als auch konsequent umzu-
58 setzen.
59
60
61
62

Antrag 53/II/2012
Annahme (K)

Antrag 54/II/2012
Annahme (K)

Antrag 55/II/2012
Annahme in der Fassung der AK (K)

Kennzeichnungspflicht endlich vollständig umsetzen!
Wir fordern die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus auf, schnellstmöglich auf eine vollständige Kennzeichnung der Polizeibeamtinnen und -beamten hinzuwirken und wenn nötig die dafür erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die Kennzeichnung der Berliner Polizistinnen und Polizisten sorgte bisher für ein Mehr an Transparenz und Bürgernähe und ist somit sowohl vollständig als auch konsequent umzusetzen.

01 **Antrag 56/II/2012**

02 **Jusos Berlin**

03 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

04

05 **Kennzeichnungspflicht endlich vollständig umsetzen!**

06 Schon seit jeher gehört die Forderung nach einer allumfas-
07 sendenden Kennzeichnungspflicht bei der Polizei zu den originä-
08 ren Positionen der Jusos und wurde erfreulicherweise von
09 der Berliner SPD übernommen und in Regierungshandeln
10 umgesetzt.

11

12 Im Mai dieses Jahres wurde an den zuständigen Innensena-
13 tor Henkel eine Kleine Anfrage gestellt, in der Auskunft zum
14 Thema Kennzeichnungspflicht bei der Polizei eingefordert
15 wurde.

16 Aus der Antwort des Innensensors geht hervor, dass bei
17 bestimmten Witterungsbedingungen und Einsatzlagen die
18 Kennzeichnungspflicht aus "Kostengründen" nicht realisiert
19 werden könne. Dies führt Henkel auf die ausschließliche
20 Befestigung der Kennzeichnungsschilder auf den Einsatzja-
21 cken der Beamten zurück. Eine zusätzliche Kennzeichnung
22 auf den restlichen Bestandteilen der Uniform sei seiner
23 Auskunft zufolge aktuell nicht finanzierbar.

24

25 Wir fordern die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus
26 auf, schnellstmöglich auf eine vollständige Kennzeichnung
27 der Polizeibeamtinnen und -beamten hinzuwirken und
28 wenn nötig die dafür erforderlichen finanziellen Mittel zur
29 Verfügung zu stellen. Die Nummern sollen darüber hinaus
30 durch die Kombination mit Buchstaben kürzer und leichter
31 einprägsam werden.

32

33 Die Kennzeichnung der Berliner Polizistinnen und Polizisten
34 sorgte bisher für ein Mehr an Transparenz und Bürgernähe
35 und ist somit sowohl vollständig als auch konsequent umzu-
36 setzen.

37

38 **Antrag 57/II/2012**

39 **Jusos Berlin**

40 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

41

42 **Alternativen zur Abschiebungshaft entwickeln**

43 Wir fordern die Abschaffung von Abschiebungshaft. An
44 Stelle dieser völligen Unverhältnismäßigkeit müssen mildere
45 Mittel eingeführt werden.

46

47 Ein milderes Mittel könnte beispielsweise eine regelmäßige
48 Meldepflicht sein.

49

50 Wir fordern den Senat auf Regelungen zu erarbeiten, die
51 alternativ zur Abschiebungshaft die Anwendung milderer
52 Mittel vorsehen.

53 Wir halten an unseren Forderungen der unbegrenzten Frei-
54 zügigkeit fest.

55

56 **Antrag 58/II/2012**

57 **Jusos Berlin**

58 **Angriff auf Grundrechte abwehren! – Gegen das polizeili-
59 che Abfilmen von Demonstrationen**

60

61 **Demokratische Rechte verteidigen**

62 Innensensor Frank Henkel möchte sich als Hardliner profi-

Antrag 56/II/2012

Erledigt bei Annahme Antrag 55/II/2012 (K)

Antrag 57/II/2012

Überweisung an Landesgruppe (K)

Antrag 58/II/2012

Überweisung an FA III - Innen- und Rechtspolitik (K)

Überweisung an AH-Fraktion (K)

01 lieren und plant, das grundlose Abfilmen von Demonstrationen
02 in Berlin erlauben zu lassen. Obwohl mehrere Gerichtsurteile
03 festgestellt haben, dass das verdachtsunabhängige Filmen von
04 Demonstrationen in mehreren Fällen rechtswidrig war, will
05 Frank Henkel diese Maßnahme zulassen. Sowohl der Kameraeinsatz
06 auf der Anti-Atom-Demonstration 2010 als auch auf den „Freiheit
07 statt Angst“-Demonstrationen 2009 und 2010 waren illegal. Diesen
08 Angriff auf unsere Grundrechte werden wir abwehren!
09 Das Demonstrationsrecht, die Versammlungsfreiheit und das
10 Recht auf freie Meinungsäußerung sind elementarer Bestandteil
11 unserer Demokratie. Eine Einschränkung dieser Rechte dürfen wir
12 als eine demokratische Partei niemals zulassen! Wir fordern die
13 Löschung sämtlicher Videodaten, die auf Demonstrationen
14 aufgenommen wurden, nach spätestens 48 Stunden, sofern keine
15 strafrechtlich relevanten Delikte aufgenommen wurden. Deshalb
16 können seine Pläne kein Teil von Verhandlungen zwischen
17 Koalitionspartnern sein. Auch wenn Frank Henkel versucht, mit
18 scheinbaren Einschränkungen der SPD das Gesetz schmackhaft zu
19 machen, darf es keine Zustimmung geben: Angeblich sollen nur
20 „Übersichtsaufnahmen“ zulässig sein. Dass diese Einschränkung
21 eine Farce ist, zeigt sich an dem Zusatz, „in der Regel“ seien
22 so Personen nicht zu identifizieren. Auf diese Augenwischerei
23 fallen wir nicht herein!

25

27 **Für eine gelebte Demokratie – ohne Generalverdacht und Bevormundung**

28 Der Innensenator stellt mit seinem Vorstoß alle Menschen,
29 die sich auf Demonstrationen für unsere Demokratie stark machen,
30 unter Generalverdacht strafbare und gewalttätige Handlungen
31 zu begehen. Demonstrant_innen werden so pauschal kriminalisiert.
32 Das widerspricht unserem Demokratieverständnis!
33 Menschen würden mit der neuen gesetzlichen Regelung
34 systematisch abgeschreckt, an Demonstrationen teilzunehmen,
35 was eine eklatante Einschränkung dieses Grundrechts darstellt.
36 Während die CDU alles Notwendige dafür tut, um Demonstrant_innen
37 möglichst genau ausspionieren und überwachen zu können,
38 weigert sie sich das massive Problem der Polizeigewalt auf
39 Demonstrationen vorzugehen. Mit Mühe konnte die richtige
40 Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamt_innen durchgesetzt und
41 aufrechterhalten werden, die eine straf- oder disziplinarrechtliche
42 Verfolgung von exzessiver Polizeigewalt ermöglichen sollte. Eine
43 unparteiische und verlässliche Verfolgung gibt es bis heute nicht.
44 Frank Henkel verlässt so den in Berlin eingeschlagenen Weg der
45 Deeskalation und provoziert damit, die Freiheitsrechte zu
46 beschneiden. Den Weg werden wir nicht mitgehen!
47 Hinter der Initiative des konservativen Innensensors steht ein
48 für eine Demokratie fragwürdiges Verständnis. So redet er im
49 Einklang mit der Polizeiführung davon, Demonstrationen „lenken“
50 zu wollen. Wir möchten keine staatliche Führung von
51 Demonstrationen! Es ist die gleiche Logik, die hinter der „Extremismusklausel“
52 steht: Zivilgesellschaft, die sich beispielsweise gegen Neonazis
53 und Alltagsrassismus richtet sowie sich für soziale Gerechtigkeit,
54 lebenswerte Umwelt und Freiheitsrechte einsetzt, ist per se gefährlich –
55 egal in welchem Lebensbereich. Wir streiten hingegen für eine
56 gelebte Demokratie, in der Kritik legitim ist!

61

62 **Frank Henkels Grundrechtseingriff stoppen**

01 In einer weltoffenen Stadt wie Berlin muss es staatlich ge-
02 schützte Räume für Demokratie und Meinungskundgabe
03 geben. Dafür setzen wir uns ein! Dazu gehört es, demonst-
04 rieren zu können ohne Repressionen befürchten zu müssen.
05 Wir treten für eine demokratische Kultur ein, in der alle
06 staatlichen Maßnahmen transparent sind. Alle Teilneh-
07 mer_innen müssen auf einer Demonstration sicher gehen
08 können, dass ihre Freiheitsrechte gewahrt werden! Wir als
09 Jusos werden uns dafür stark machen. Die SPD fordern wir
10 auf, es mit uns zu tun!

11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

01 **INNERES / VERWALTUNG**

02
03
04
05 **Wiedervorlage Initiativantrag Ini06/I/2012**
06 **(eingebracht mit den erforderlichen Unterschriften)**

07 **Antragsteller: Abt. 13 – Pankow und weitere**
08 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

09 Der Senat von Berlin wird aufgefordert, eine eigenständige
10 Beratungsstelle für transsexuelle- und intersexuelle Men-
11 schen zu schaffen, die mit fachkompetenten Betroffenen
12 besetzt wird.

13
14 **Ergänzung zum Initiativantrag Nr. 6:**

15 Der aktuelle Fall Alex (11-jähriges Transmädchen) zeigt, wie
16 teilweise hilflos Jugendämter und Senatsverwaltungen
17 sowie Projektträger – auch aus der Initiative sexuelle Vielfalt
18 – in diesen Fragen sind.

19
20 Da die bisherigen Initiativen und Angebote nicht ausreichen,
21 eine fundierte und fachgerechte Beratung von Schulen,
22 Ämtern, Betroffenen, Angehörigen und anderer sicher zu
23 stellen und es in Berlin seitens keiner Institution nennens-
24 werte Fachkompetenz im Fall von Transsexualität und -
25 identität, v. a. im Bereich jugendlicher Transsexualität gibt,
26 ist eine schnellstmögliche Schaffung dieser Kompetenzstelle
27 für Betroffene von existenzieller Bedeutung.

28
29 **Antrag 59/II/2012**

30 **Abt. 6 | Steglitz-Zehlendorf**

31 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

32
33 **Krisen- und Clearingeinrichtung mit der Möglichkeit zur**
34 **zeitlich befristeten Krisenintervention mit intensiver sozi-**
35 **alpädagogischer Betreuung in Verbindung mit freiheitsent-**
36 **ziehenden Maßnahmen im Rahmen der Inobhutnahme**
37 **gem. § 42 Abs. 5 SGB VIII im Einzelfall**

38 Der Senat wird gebeten, die o.g. Einrichtung außer durch
39 den Beirat auch durch ein fachlich ausgewiesenes und un-
40 abhängiges Forschungsinstitut begleiten und evaluieren zu
41 lassen. Der Senat wird gebeten, jährlich über die Arbeit der
42 Einrichtung und die Notwendigkeit ihrer Fortexistenz auf
43 der Grundlage in 1. genannten Evaluation dem Parlament zu
44 berichten.

45
46 **Antrag 60/II/2012**

47 **KDV Steglitz-Zehlendorf**

48 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

49
50 **Krisen- und Clearingeinrichtung**

51 Krisen- und Clearingeinrichtung mit der Möglichkeit zur
52 zeitlich befristeten Krisenintervention mit intensiver sozial-
53 pädagogischer Betreuung in Verbindung mit freiheitsentzie-
54 henden Maßnahmen im Rahmen der Inobhutnahme gem. §
55 42 Abs. 5 SGB VIII im Einzelfall

- 56 1. Der Senat wird gebeten, die o. g. Einrichtung außer
57 durch den Beirat auch durch ein fachlich ausgewiese-
58 nes und unabhängiges Forschungsinstitut begleiten
59 und evaluieren zu lassen.
60 2. Der Senat wird gebeten, jährlich über die Arbeit der
61 Einrichtung und die Notwendigkeit ihrer Fortexistenz
62 auf der Grundlage in 1. genannten Evaluation dem

Wiedervorlage Initiativantrag Ini06/I/2012
Ablehnung (K)

Antrag 59/II/2012
Überweisung an FA IV - Kinder, Jugend, Familie (K)

Antrag 60/II/2012
Erledigt bei Annahme Antrag 59/II/2012 (K)

01 Parlament zu berichten.

02

03 **Antrag 61/II/2012**

04 **AG Migration**

05 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

06

07 **Halbe Beteiligung ist keine Beteiligung**

08 Die Diskussionen um die Besetzung der Stelle des / der
09 Integrationsbeauftragten in den letzten Wochen haben
10 gezeigt, dass unsere Forderung bei der Diskussion um das
11 Partizipations- und Integrationsgesetz nach einer konse-
12 quenten Beteiligung des Landesbeirats für Integrations- und
13 Migrationsfragen richtig war. Und das nicht nur aus Teilha-
14 begesichtspunkten.

15 Halbe Beteiligung in Form einer reinen Anhörung ist weder
16 für den Beirat noch für die politische Seite befriedigend. Wir
17 fordern deshalb unsere sozialdemokratischen Mitglieder im
18 Abgeordnetenhaus auf, an dieser Stelle beim Partizipations-
19 und Integrationsgesetz in Richtung einer festgeschriebenen
20 Beteiligung bei der Entscheidungsfindung nachzubessern.
21 Darüber hinaus soll das Gesetz um das Vorschlagsrecht des
22 Beirates bei der Suche nach einem / einer Integrationsbe-
23 auftragten mit verankert werden.

24

25 **Antrag 62/II/2012**

26 **FA X - Natur, Energie, Umweltschutz**

27 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

28

29 **Aktion "Kehrenbürger" bekannter und attraktiver machen**

30 Der Senat wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, dass die BSR-
31 Aktion "Kehrenbürger" bekannter und attraktiver wird,
32 einerseits durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und ande-
33 rerseits z.B. indem unter den ehrenamtlichen Müllsammlern
34 Kino- und Museumskarten, Dampferfahrten o. ä. verlost
35 werden.

36

37 **Antrag 63/II/2012**

38 **AG 60 plus**

39 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

40

41 **Mobilitätsdienste**

42 Die SPD Fraktion wird gebeten, sich für die dauerhafte Er-
43 haltung der Mobilitätshilfe-Dienste

44 a) im VBB und

45 b) in den durch Organisationen in Berlin betriebenen
46 Schiebediensten einzusetzen.

47

48 **Antrag 64/II/2012**

49 **ASG Berlin**

50 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

51 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

52

53 **Pflegende Angehörige entlasten: Rechtsanspruch auf adä-
54 quate Tageszeitenbetreuung einführen!**

55 Die meisten pflegebedürftigen Menschen möchten mög-
56 lichst lange in der eigenen Wohnung oder in der Wohnung
57 ihrer Angehörigen leben. Die Versorgung und Betreuung
58 von pflegebedürftigen, häufig älteren Menschen, stellt für
59 die Familien oft eine erhebliche Herausforderung und zeitli-
60 che wie psychische Belastung dar; die Vereinbarkeit von
61 Pflege und Beruf ist erschwert, eigene Gesundheitsproble-
62 me können auftreten. Tageszeitenbetreuungsangebote

Antrag 61/II/2012

Erledigt durch Handeln des Senats (K)

Antrag 62/II/2012

Rücküberweisung an Antragsteller (K)

Antrag 63/II/2012

Annahme (K)

Antrag 64/II/2012

Überweisung an Landesgruppe (K)

01 können die Versorgung und Förderung von pflegebedürfti-
02 gen Menschen unterstützen und pflegende Angehörige
03 fühlbar entlasten. Zur besseren Vereinbarkeit von Kinderer-
04 ziehung und Beruf wurde bereits ein Rechtsanspruch auf
05 einen Platz in einer Kindertagesbetreuungseinrichtung ge-
06 schaffen. Es ist folgerichtig, einen solchen Rechtsanspruch
07 auch für die Betreuung und Versorgung Pflegebedürftiger zu
08 schaffen.

- 09 1. In der nächsten Regierungsverantwortung im Bund
10 wird sich die SPD dafür einsetzen, dass Pflegebedürfti-
11 ge einen Rechtsanspruch auf eine wohnortnahe Ta-
12 geszeitenbetreuung erhalten.
- 13 2. Mit diesem Rechtsanspruch verbunden wird die Ga-
14 rantie, dass für die wohnortnahe Tageszeitenbetreu-
15 ung genügend Angebote zur Verfügung stehen.
- 16 3. Flankierend muss sichergestellt werden, dass die Pfl-
17 egebedürftigen und ihre Angehörigen über das vorhan-
18 dene Angebot und ihren Rechtsanspruch informiert
19 sind.

20 **Antrag 65/II/2012**

21 **Jusos Berlin**

22 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

23 **Alphabetisierung vorantreiben**

24 Der Senat und die Bezirksämter müssen Plattformen zur
25 Verfügung stellen, um mit Partner_innen aus Verwaltung
26 (bspw. Jobcenter), Trägern und Vereinen Lösungen für die
27 Problematik des funktionalen Analphabetismus zu finden
28 und Angebote für gesellschaftliche Teilhabe zu schaffen.
29 Eine solche Plattform bedarf einer festen Koordination, die
30 diese Aufgabe hauptamtlich übernehmen kann. Eine gesi-
31 cherte Finanzierung einer solchen Stelle kann einen ent-
32 scheidenden Startpunkt markieren. In diesem Rahmen müs-
33 sen lokale Aktionspläne zu diesem Thema mit entsprechen-
34 der finanzieller Ausstattung entworfen werden. In Förder-
35 plänen des Senats und der Bezirke muss die Zielgruppe der
36 funktionalen Analphabeten_innen selbstverständlich auf-
37 tauchen. Um dies sicherzustellen, müssen Senat und Be-
38 zirksämter Beauftragte für Alphabetisierung einrichten.
39 Darüber hinaus fordern wir die Gremien der SPD und der
40 Jusos auf Landesebene dazu auf, dieses Thema in die öffent-
41 liche Wahrnehmung zu rücken und bundespolitisch zu the-
42 matisieren.

43 **Antrag 66/II/2012**

44 **Jusos Berlin**

45 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

46 **Keine Privatisierung der Berliner Polizei**

47 Wir lehnen die angedachte Privatisierung bei der Berliner
48 Polizei, insbesondere im Bereich der Gefangenenüberwa-
49 chung, sowie dem Objektschutz, ab.

50 Die Polizei als eine der staatlichen Kernaufgaben schlecht-
51 hin, muss auch immer in direkter staatlicher Verantwortung
52 bleiben. Insbesondere wirtschaftliche Erwägungen rechtfertigen
53 in diesem Bereich keine Erosion des Staates.

54 Auch in einem so grundrechtsintensiven Bereich wie der
55 Gefangenenüberwachung ist es nicht tragbar, wenn Private
56 hier Aufgaben für den Staat wahrnehmen.

Antrag 65/II/2012

Annahme (K)

Antrag 66/II/2012

Annahme (K)

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

Ähnliches gilt für den Objektschutz. Wir wollen Polizisten und keine privaten Sicherheitskräfte, die im öffentlichen Raum als Ordnungsmacht stehen.

Antrag 67/II/2012

KDV Steglitz-Zehlendorf

Der Landesparteitag möge beschließen:

Vermüllung stoppen - Kosten gerecht verteilen

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats von Berlin werden aufgefordert zu prüfen, wie eine zunehmende Verwahrlosung und Vermüllung des öffentlichen Raumes entgegengetreten, die Kosten für die Abfallbeseitigung gesenkt und die Abfallmenge reduziert werden kann. Insbesondere soll geprüft werden, ob eine kommunale Sonderabgabe auf die heute üblichen „to go - Verpackungen“ für Getränke und Fast Food, wie Pappbecher, Flaschen und Pizzakartons, die der BSR für ihren Reinigungsdienst zugute kommt, zulässig ist und eingeführt werden kann.

Antrag 67/II/2012

Annahme in der Fassung der AK (K)

Vermüllung stoppen - Kosten gerecht verteilen

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats von Berlin werden aufgefordert zu prüfen, wie eine Verwahrlosung und Vermüllung des öffentlichen Raumes entgegengetreten, die Kosten für die Abfallbeseitigung gesenkt und die Abfallmenge reduziert werden kann. Insbesondere soll geprüft werden, ob eine kommunale Sonderabgabe auf die heute üblichen „to go – Verpackungen“ für Getränke und Fast Food, wie Pappbecher, Flaschen und Pizzakartons, die der BSR für ihren Reinigungsdienst zugute kommt, zulässig ist und eingeführt werden kann.

01 **INTEGRATIONSPOLITIK**

02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

Antrag 68/II/2012

KDV Mitte

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ein gesondertes „Vor-Ort-Bildungsangebot“ in den Einrichtungen für Asylbewerber/-innen

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senates und die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus werden aufgefordert sich für die Einführung einer (erweiterten) "Vor-Ort-Bildungsförderung" in den Berliner Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber/-innen einzusetzen und die dafür notwendigen rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Inhalte sollten u. a. sein:

- Eine Kooperationspflicht zwischen der Schulleitung und den Einrichtungsbetreibern/-innen soll kontinuierlich aufgebaut und gestärkt werden.
- Eine Mindestanzahl an wöchentlichen Übungsstunden soll in den Einrichtungen für Asylbewerber/-innen einheitlich für das Land Berlin festgelegt werden.
- Die Bereitstellung eines auf das Sprachkompetenz der Bewohner/-innen in den jeweiligen Einrichtungen für Asylbewerber/-innen angepasstem Lernmaterials.
- Eine jährlich zentrale Durchführung von Sprachtests zur Feststellung der Sprachentwicklung in den Gemeinschaftsunterkünften, ohne negative Folgen für die Bewohner/-innen.
- U. a. die in den Einrichtungen für Asylbewerber/-innen beschäftigten Sozialarbeiter/-innen sollen das Bildungsprogramm vor Ort umsetzen

Zur Durchführung bzw. Realisierung eines "Vor-Ort-Bildungsprogramms" werden die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senates aufgefordert einen "Flüchtlingsintegrationsfond" einzuführen, um die finanziellen Rahmenbedingungen eines solchen Programms gesondert für Einrichtungen langfristig sicherzustellen, in denen Asylbewerber/-innen wohnen.

Antrag 68/II/2012

Annahme (K)

01 **KINDER / JUGEND / FAMILIE**

02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

Antrag 69/II/2012

AG Schwusos

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Gerechtigkeit im Sorgerecht

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, das BGB dahingehend zu ändern, dass das kleine Sorgerecht (§1687b BGB sowie §9 LPartG) auch für die EhepartnerInnen und LebenspartnerInnen von gemeinsam sorgeberechtigten Eltern offensteht. Dies soll im Einvernehmen mit beiden sorgeberechtigten Eltern geschehen.

Antrag 70/II/2012

KDV Tempelhof-Schöneberg

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Gerechtigkeit im Sorgerecht

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen das BGB dahingehend zu ändern, dass das kleine Sorgerecht (§1687b BGB sowie §9 LPartG) auch für die EhepartnerInnen und LebenspartnerInnen von gemeinsam sorgeberechtigten Eltern offensteht. Dies soll im Einvernehmen mit beiden sorgeberechtigten Eltern geschehen.

Antrag 71/II/2012

KDV Mitte

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Gerechtigkeit im Sorgerecht

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, das BGB dahingehend zu ändern, dass das kleine Sorgerecht (§1687b BGB sowie §9 LPartG) auch für die EhepartnerInnen und LebenspartnerInnen von gemeinsam sorgeberechtigten Eltern offensteht.

Antrag 72/II/2012

KDV Mitte

Der Landesparteitag möge beschließen:

Ausgabe der Berlin-Pässe

Die Ausgabe der Berlin-Pässe ist für alle Kinder zusätzlich bei den Bürgerämtern zu organisieren und zu gewährleisten.

Antrag 73/II/2012

Jusos Berlin

Der Landesparteitag möge beschließen:

Rahmenvertrag Jugend

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Abgeordnetenhausfraktion, des Berliner Senates, sozialdemokratischen Bezirksbürgermeister und Jugendstadträte werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, einen Rahmenvertrag Jugend für die fachliche Ausgestaltung und Finanzierung der Jugendarbeit zwischen dem

Antrag 69/II/2012

Annahme (K)

Antrag 70/II/2012

Erledigt bei Annahme Antrag 69/II/2012 (K)

Antrag 71/II/2012

Erledigt bei Annahme Antrag 69/II/2012 (K)

Antrag 72/II/2012

Ablehnung (K)

Antrag 73/II/2012

Erledigt – gleich lautender Antrag 70/I/2012 bereits überwiesen an AG Bezirksfinanzen + FA IV - Kinder, Jugend, Familie

01 Berliner Senat und den Bezirken abzuschließen. Dieser
02 Rahmenvertrag soll folgende Punkte beinhalten:
03 Festlegung auf berlinweite und einheitliche fachliche Stan-
04 dards für Angebote nach § 11 (allg. Jugendarbeit), § 13
05 (Jugendsozialarbeit) und § 16 (Familienförderung) SGB VIII.
06 Festlegung eines Stundenpreises jeweils für die Angebote
07 nach §§11, 13, 16 SGB VIII, der diese auskömmlich finanziert
08 und die finanziellen Rahmenbedingungen berücksichtigt.
09 Vereinbarung eines gerechten Zuweisungsmodells, das
10 sowohl die Ist-Menge, als auch die Anzahl der Kinder und
11 Jugendlichen, sowie den Sozialindex in den Bezirken berück-
12 sichtigt. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats
13 werden gebeten, den Landesvorstand, sowie den Landes-
14 parteitag regelmäßig über den aktuellen Stand zu informie-
15 ren. Zur Überweisung an die AG-Bezirksfinanzen der SPD
16 Berlin.

17 18 **KULTUR** 19

20 21 22 **Antrag 74/II/2012**

23 **KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**

24 **Der Landesparteitag möge beschließen**

25 26 **Vom Ausweichquartier zum Tanztheater mit internationa-** 27 **ler Ausstrahlung**

28 Der Regierende Bürgermeister und Kultursenator sowie der
29 Kulturstaatssekretär werden aufgefordert, Gespräche und
30 Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, eine dauerhafte
31 und anspruchsvolle kulturelle Nutzung des Schiller-Theaters
32 nach seiner Nutzung als Ausweichspielstätte für die Berliner
33 Opernhäuser sicherzustellen.

34
35 Der Senat wird ersucht ein Konzept für die Umwidmung des
36 Schiller-Theaters zu einer ständigen Tanztheaterbühne zu
37 prüfen, in der die bestehenden Tanztheater Berlins (z. B.
38 Staatsballett, Compagnie Sasha Waltz & Guests, Dorky-
39 park/Constanza Macras etc.) eine ständige Auftrittsmöglich-
40 keit erhalten können.

Annahme (K)

41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

01 **MEDIEN**

02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

Antrag 75/II/2012

AG 60 plus

Der Landesparteitag möge beschließen:

Vertretung von Menschen mit Behinderung und von Seniorinnen und Senioren im rbb-Rundfunkrat sicherstellen

Der Senat von Berlin wird aufgefordert, in Abstimmung mit dem Land Brandenburg bei der Besetzung des Rundfunkrates einen Sitz für eine Vertreterin oder einen Vertreter von Menschen mit Behinderung sowie einen Sitz für eine Vertreterin oder einen Vertreter der Seniorinnen und Senioren zu vergeben und § 14 des RBB-Staatsvertrages bei der nächsten anstehenden Novellierung in diesem Sinne zu erweitern.

Der Senat wird aufgefordert zu prüfen, ob dieses Ziel durch eine Erhöhung der Zahl der Mitglieder des Rundfunkrates von derzeit 30 auf dann 32 Mitglieder oder durch eine anderweitige Umstrukturierung zu erreichen ist.

Die Landesbeiräte für Menschen mit Behinderung beider Bundesländer sind an der Auswahl einer Vertreterin oder eines Vertreters von Menschen mit Behinderung zu beteiligen.

Die Berliner Landesseniorenvertretung und der Landesseniorenbeirat sind an der Auswahl einer Seniorenvertreterin oder eines Seniorenvertreters zu beteiligen.

Antrag 76/II/2012

AG Netzwerk Selbst Aktiv

Der Landesparteitag möge beschließen:

Vertretung von Menschen mit Behinderung und von Seniorinnen und Senioren im rbb-Rundfunkrat sicherstellen

Der Senat von Berlin wird aufgefordert, in Abstimmung mit dem Land Brandenburg bei der Besetzung des Rundfunkrates einen Sitz für eine Vertreterin oder einen Vertreter von Menschen mit Behinderung sowie einen Sitz für eine Vertreterin oder einen Vertreter der Seniorinnen und Senioren zu vergeben und § 14 des RBB – Staatsvertrages bei der nächsten anstehenden Novellierung in diesem Sinne zu erweitern.

Der Senat wird aufgefordert zu prüfen, ob dieses Ziel durch eine Erhöhung der Zahl der Mitglieder des Rundfunkrates von derzeit 30 auf dann 32 Mitglieder oder durch eine anderweitige Umstrukturierung zu erreichen ist.

Die Landesbeiräte für Menschen mit Behinderung beider Bundesländer sind an der Auswahl einer Vertreterin oder eines Vertreters von Menschen mit Behinderung zu beteiligen.

Die Berliner Landesseniorenvertretung und der Landesseniorenbeirat sind an der Auswahl einer Seniorenvertreterin oder eines Seniorenvertreters zu beteiligen.

Antrag 75/II/2012

Erledigt durch tätiges Handeln der Fraktion (K)

Antrag 76/II/2012

Erledigt durch tätiges Handeln der Fraktion (K)

01 **NETZPOLITIK**

02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

Antrag 77/II/2012

KDV Charlottenburg-Wilmersdorf

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Bürgerrechte wahren – Vorratsdatenspeicherung nicht umsetzen

Wir fordern die SPD Bundestagsfraktion auf, nicht an der Umsetzung der EU-Richtlinie 2006/24/EG in nationales Gesetz mitzuwirken und alle rechtlichen Schritte gegen die Vorratsdatenspeicherung auszuschöpfen. Außerdem fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder des Europaparlaments auf, sich für eine Revision der Richtlinien einzusetzen.

Antrag 78/II/2012

KDV Lichtenberg

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Parteikonvent möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung

Die SPD lehnt die grundsätzliche und verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung von Telefon und Internetverbindungen ab, da sie mit den Grundwerten der Sozialdemokratie nicht vereinbar ist.

Die Vorratsdatenspeicherung, wie sie derzeit von verschiedenen Seiten gefordert wird, stellt einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Grundrechte jedes Einzelnen dar, da hierbei die Telekommunikations-Verbindungsdaten von allen Bürgerinnen und Bürgern generell über eine Dauer von 6 Monaten gespeichert.

Sie ist ein undifferenziertes und unverhältnismäßiges Überwachungsinstrument, das die Grundrechte unververtretbar einschränkt und alle Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union unter Generalverdacht stellt.

Das Ziel der Vorratsdatenspeicherung, mit Hilfe der gespeicherten Daten, Straftaten und Terrorbedrohungen aufzudecken, erweist sich als Trugschluss. Eine Studie des BKA macht deutlich, dass sich die durchschnittliche Aufklärungsrate "von derzeit 55 % im besten Fall auf 55,006 %" erhöhen könne. Das Risiko, dass die gespeicherten Daten der Bürgerinnen und Bürger missbraucht werden, stellt dagegen ein enormes Risiko dar. So besteht die Gefahr, dass die erfassten Daten missbräuchlich auch für die Erstellung von Bewegungsprofilen verwendet werden können.

Zur Aufklärung von Straftaten, die im oder durch Zuhilfenahme des Internets begangen werden, reichen die vorhandenen rechtlichen Befugnisse aus. Hierzu gehören auch Ermittlungsbehörden, die personell und technisch so ausgestattet sind, dass eine effektive Gefahrenabwehr und Strafverfolgung im Rahmen der geltenden Gesetze möglich ist.

Eine Nutzung der VDS, aber auch anderer staatlicher Überwachungsmaßnahmen für die zivilrechtliche Verfolgung von (Urheber)-Rechtsverstößen lehnen wir grundsätzlich ab.

Antrag 77/II/2012

Annahme (K)

Antrag 78/II/2012

Erlедigt bei Annahme Leitantrag 02/II/2012 in der Fassung der AK (K)

01
02 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die Sozialde-
03 mokratische Fraktion im Europaparlament auf, sich für die
04 Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung einzusetzen.
05

06 Zudem fordern wir den Parteivorstand der SPD auf, sich
07 endlich gegen die Vorratsdatenspeicherung auszusprechen.
08 Sollte es zu einem Mitgliederbegehren innerhalb der SPD
09 kommen, welches sich gegen die Vorratsdatenspeicherung
10 ausspricht, so unterstützen wir dieses!

11

12 **Antrag 79/II/2012**

13 **KDV Mitte**

14 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

15

16 **Bürgerinnenrechte wahren – Vorratsdatenspeicherung**
17 **nicht umsetzen**

18 Wir unterstützen das Mitgliederbegehren zur Vorratsdaten-
19 speicherung.

20

21 **Antrag 80/II/2012**

22 **Jusos Berlin**

23 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

24 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

25

26 **Bürger_innenrechte wahren – Vorratsdatenspeicherung**
27 **nicht umsetzen**

28 Die SPD hat sich auf ihrem Bundesparteitag 2011 für eine
29 dreimonatige anlasslose Vorratsdatenspeicherung ausge-
30 sprochen, um die EU-Richtlinie 2006/24/EG in innerstaatli-
31 ches Recht umzusetzen. Auch wenn diese Forderung unter
32 der Mindestspeicherzeit von 6 Monaten liegt, stellt auch die
33 dreimonatige Variante der Vorratsdatenspeicherung einen
34 gravierenden Eingriff in die informationelle Selbstbestim-
35 mung und in das Grundrecht auf das Post- und Fernmelde-
36 geheimnis dar. Ferner widerspricht der Gedanke der Vor-
37 ratsdatenspeicherung dem rechtsstaatlichen Grundsatz der
38 Unschuldsvermutung. Aus einer Studie des BKA geht hervor,
39 dass durch das Fehlen der Vorratsdatenspeicherung 4292
40 Auskunftersuchen zu Straftaten bzw. zur Gefahrenabwehr
41 nicht beauskunftet werden konnten. Das entspricht einer
42 Quote von ca. 0,07 % der jährlich registrierten Straftaten
43 i.H.v. 5,99 Mio.

44

45 Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat zudem
46 ernsthafte Zweifel angemeldet, ob die EU-Richtlinie mit der
47 EU-Grundrechtecharta vereinbar sei. Konkret kommt das
48 Gutachten zu dem Schluss, dass ein unverhältnismäßiger
49 Eingriff in die durch Artikel 7, 15 und 16 geschützten Rechte
50 vorliegen könnte. Artikel 7 schützt die Kommunikation in-
51 nerhalb des Privat- und Familienlebens. So wird die Mög-
52 lichkeit, mit den gespeicherten Daten ein Bewegungsprofil
53 zu erstellen, als problematisch angesehen. Die Artikel 15
54 und 16 geben allen EU-Bürger_innen ein Recht auf freie
55 Berufswahl und unternehmerische Freiheit. Durch die Vor-
56 ratsdatenspeicherung wird zum Nachteil der Provider in die
57 unternehmerische Freiheit eingegriffen.

58

59 Es werden Ort, Uhrzeit und die an der Verbindung beteilig-
60 ten Stellen gespeichert. Konkret bedeutet dies am Beispiel
61 von Internetverbindungen, dass die aktuelle IP-Adresse der
62 Nutzer_innen sowie die kontaktierten Server, zu denen die

Antrag 79/II/2012

**Erledigt bei Annahme Leitantrag 02/II/2012 in der Fassung
der AK (K)**

Antrag 80/II/2012

Erledigt bei Annahme Antrag 79/II/2012 (K)

01 Verbindung hergestellt wird, protokolliert werden. Selbiges
02 gilt auch für Festnetz- und Mobilfunkverbindungen. Beim E-
03 Mail Verkehr wird außerdem der Zeitpunkt des Eintreffens
04 der Nachrichten und der Zeitpunkt des Zugriffs auf die
05 Nachrichten protokolliert. Diese Daten sollen laut Richtlinie
06 über einen Zeitraum von 6 bis 24 Monaten gespeichert
07 werden um schwere Straftaten aufzuklären. Wie weit der
08 Begriff schwere Straftat definiert wird, ist in der Richtlinie
09 nicht festgeschrieben.

10 Durch technische Hilfsmittel, wie z.B. die Nutzung von Pro-
11 xyservern, Internetcafés, ausländischen eMail Anbie-
12 ter_innen und nicht registrierten SIM-Karten können die
13 Daten schwieriger interpretierbar gemacht werden. Dies
14 kann so weit gehen, dass aus den gespeicherten Daten
15 keine sinnvollen Rückschlüsse gezogen werden können.

16
17 Die bereits getätigten Versuche, die EU-Richtlinie in inner-
18 staatliches Recht umzusetzen sind durch das Bundesverfas-
19 sungsgericht für nichtig erklärt worden.

20
21 Wir unterstützen hier das Mitgliederbegehren zur Vorrats-
22 datenspeicherung. Durch die unklare Situation in Bezug auf
23 die Rechtmäßigkeit der EU-Richtlinie 2006/24/EG fordern
24 wir die Bundestagsfraktion auf, diese Richtlinie nicht durch
25 ein nationales Gesetz umzusetzen. Außerdem fordern wir
26 die sozialdemokratischen Mitglieder im Europaparlament
27 dazu auf, sich für eine Abschaffung oder eine Revision der
28 Richtlinie einzusetzen, um Grundrechtseingriffe weitestge-
29 hend auszuschließen.

30

31 **Antrag 81/II/2012**

32 **Forum Netzpolitik**

33 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

34

35 **Offene Daten als Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe 36 und effiziente Verwaltung**

37 Die Berliner SPD setzt sich für den Ausbau der vorhandenen
38 Open-Data-Infrastruktur für Verwaltung und landeseigene
39 Betriebe ein. Offene Daten schaffen einen informativischen
40 Mehrwert. Dadurch lassen sie Bürgerinnen und Bürgern
41 sowie die Wirtschaft an staatlichen Gütern und Prozessen
42 teilhaben. Open Data umfasst z.B. aktuelle Daten zum Ver-
43 kehrsgeschehen wie Staus, Fahrpläne oder auch Karten
44 sowie das Denkmalschutzregister (vgl.

45 <http://daten.berlin.de>). Wir wollen deswegen die bereits
46 erfolgreiche Arbeit des Berliner Senats und der Open-Data-
47 Community umfassend fortsetzen.

48

49 Offene Daten sind aus sozialdemokratischer Sicht der
50 Schlüssel für transparentes staatliches Handeln. Sie erleich-
51 tern die Zugänglichkeit zur staatlichen Infrastruktur und
52 damit die Teilhabe am Gemeinwohl. Offene Daten schaffen
53 effizientere Verwaltungsstrukturen und eröffnen innovative
54 Potentiale für zukünftige Geschäftsmodelle. Für Sozialde-
55 mokratinnen und Sozialdemokraten steht fest: Wir betrach-
56 ten Open Data als Teil von Open Governance. Wir wollen
57 Prozesstransparenz schaffen sowie proaktive und bürgerna-
58 he Verwaltungsverfahren ermöglichen. Insbesondere müs-
59 sen jetzt die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag
60 sowie die Vision des Leitantrags zu digitaler Teilhabe im
61 Bereich Open Governance und Open Data praktisch umge-
62 setzt werden!

Antrag 81/II/2012

**Erledigt bei Annahme Leitantrag 02/II/2012 in der Fassung
der AK (K)**

01
02 Wir fordern dazu die Erarbeitung eines verbindlichen Masterplans für die Berliner Verwaltung bis zum Herbst 2013.
03 Ziel dieses Plans ist es Offene Daten im Land Berlin flächen-
04 deckend bis zum Ende der AH-Wahlperiode auszurollen.
05 Dieser soll in enger Absprache mit dem Land Brandenburg
06 erarbeitet werden, weil bereits heute der Umgang mit Da-
07 ten im gemeinsamen statistischen Landesamt erfolgt und
08 wir große Potentiale in einer gemeinsamen Open-Data-
09 Strategie sehen.

10
11
12 Der Masterplan soll u. a. ein mehrstufiges Vorgehen zur
13 Datenerschließung vorsehen:
14 (1) Vorhandene, bereits aufbereitete Datenbestände soll
15 unter einer freien Lizenz zugänglich gemacht werden.
16 (2) Datenbestände, die noch nicht maschinenlesbar sind,
17 werden maschinenlesbar zugänglich gemacht.
18 (3) Neue Datenbestände werden erschlossen.

19
20 Der Umgang mit Daten setzt befähigte Bürgerinnen und
21 Bürger und deswegen Zugangsgerechtigkeit voraus. Wir
22 fordern deshalb, dass offene Daten möglichst einfach und
23 niedrigschwellig zugänglich gemacht werden. Dies setzt
24 einen Kultur- und Strukturwandel in allen Verwaltungsebe-
25 nen voraus. Offene Daten sorgen durch einfachere Nach-
26 vollziehbarkeit für mehr Vertrauen in Politik und Verwal-
27 tung. Ziel muss es sein mehr Bürgerinnen und Bürger zu
28 erreichen und eine nachhaltige Dialogkultur aufzubauen –
29 dies ist im Masterplan umfangreich zu berücksichtigen.

30
31 **Antrag 82/II/2012**
32 **Forum Netzpolitik**
33 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
34 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

35
36 **Parteigeschichte und Frauenbewegung digital festhalten!**
37 Lebendige Parteigeschichte zeichnet die deutsche Sozialde-
38 mokratie aus. Zum 150-jährigen Jubiläum soll deswegen ein
39 Wiki zur Sicherung dieser Historie eingesetzt werden.

40
41 Für die ASF wird darin eine eigene Unterrubrik in der sie
42 Daten zur Frauenbewegung in Deutschland und explizit
43 durch die SPD vorangetriebene Aspekte dieser Frauenbe-
44 wegung unkompliziert sammeln und zur allgemeinen Ein-
45 sicht und Bearbeitung geschaffen. Hierzu ist eine Kooperati-
46 on mit dem FES-Projekt Erinnerungsorte
47 (<http://erinnerungsorte.fes.de>) zu prüfen.

48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

Antrag 82/II/2012
Annahme in der Fassung der AK (K)

Parteigeschichte und Frauenbewegung digital festhalten!
Lebendige Parteigeschichte zeichnet die deutsche Sozialde-
mokratie aus. Zum 150-jährigen Jubiläum soll deswegen ein
Wiki von der Bundespartei zur Sicherung dieser Historie
eingesetzt werden.

Für die ASF wird darin eine eigene Unterrubrik in der sie
Daten zur Frauenbewegung in Deutschland und explizit
durch die SPD vorangetriebene Aspekte dieser Frauenbe-
wegung unkompliziert sammeln und zur allgemeinen Ein-
sicht und Bearbeitung geschaffen. Hierzu ist eine Kooperati-
on mit dem FES-Projekt Erinnerungsorte
(<http://erinnerungsorte.fes.de>) zu prüfen.